

Soziale Arbeit 7.2008

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Siddy Wronsky –
Ein Leben für die Sozialarbeit

Riskanter Korporatismus

Community Care und
Community Living

„As well as“ – Das britische
Sure Start Programme

Soziale Arbeit

Juli 2008

57. Jahrgang

Professor Dr. Peter Reinicke ist Sozialarbeiter und Dipl.-Pädagoge und lehrt Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Berlin, Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, E-Mail: peter@reinicke.de

Professor Dr. Werner Schöning ist Volkswirt und lehrt Konzepte Sozialer Arbeit mit den Schwerpunkten Soziale Dienste, Armut, Sozialraum und sozial-ökonomische Fragestellungen an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln, Wörthstraße 10, 50668 Köln, E-Mail: w.schoenig@kfhnw.de

Katharina Motzke ist Soziologin und Dipl. Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin. Sie arbeitet als Dekanatsreferentin des Fachbereichs Sozialwesen der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln. Privatanschrift: Hittorfstraße 1, 50735 Köln, E-Mail: motzke@kikel.de

Dr. Jens Clausen ist Erziehungswissenschaftler und Gruppenanalytiker. Er lehrt an der Westfälischen Wilhelm-Universität Münster sowie an der Evangelischen Sozialpädagogischen Ausbildungsstätte, Coerdestraße 60, 48147 Münster, E-Mail: jjclausen@web.de

Kerstin Miersch ist Dipl.-Pädagogin. Sie arbeitet im Studierendencenter/International Office der Alice Salomon Hochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, E-Mail: miersch@verwaltung-asfh-berlin.de

Siddy Wronsky – Ein Leben für die Sozialarbeit 242

Peter Reinicke, Berlin

DZI-Kolumne 243

Riskanter Korporatismus 251

Der misslungene Angriff auf die Wohlfahrtsverbände als langfristiges Krisensymptom

Werner Schöning; Katharina Motzke, Köln

Community Care und Community Living 256

Wie stellt sich die Soziale Arbeit den neuen Entwicklungen in der Behindertenhilfe?

Jens Clausen, Münster

„As well as“ – Das britische Sure Start Programme 261

Kerstin Miersch, Berlin

Rundschau Allgemeines 269

Soziales 269

Gesundheit 270

Jugend und Familie 270

Ausbildung und Beruf 271

Tagungskalender 272

Bibliographie Zeitschriften 273

Verlagsbesprechungen 277

Impressum 280



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Siddy Wronsky – ein Leben für die Sozialarbeit

Peter Reinicke

Zusammenfassung

Siddy Wronsky gehört – im Besonderen als langjährige Leiterin des Archivs für Wohlfahrtspflege, der Vorgängerinstitution des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) – zu den sozialen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, die durch ihr Wirken wesentliche Anstöße und Ideen für die Sozialarbeit entwickelten und diese in theoretische Grundlagen und ihre praktische Anwendung umsetzten. Anlass für eine Würdigung durch diesen Beitrag ist die 125. Wiederkehr ihres Geburtstages.

Abstract

Siddy Wronsky belongs to those social work personalities who have created through their work – she in particular in her function as long-term head of the welfare archive, the predecessor of the German Institute for Social Issues (DZI) – substantial impacts on and ideas for social work and have translated these into theoretical principles and their practical application. The occasion for this appreciation is the 125th anniversary of her birthday.

Schlüsselwörter

soziale Persönlichkeit – Soziale Arbeit – historische Entwicklung – Theorie-Praxis – Archiv für Wohlfahrtspflege

Persönlicher Lebensweg

Siddy Wronsky wurde am 20. Juli 1883 als *Sidonie* (Kurzform: *Siddy*) *Neufeld* in Berlin geboren. Sie war das zweitälteste Kind von *Max Moses Neufeld* (1850-1931) und dessen Ehefrau *Thekla*, geborene *Kleinmann*, neben drei Schwestern und drei Brüdern. 1903 legte *Siddy Wronsky* eine wissenschaftliche Lehrerinnenprüfung ab. Diese Ausbildung erweiterte sie durch ein zweijähriges Aufbaustudium der Heil- und Sonderpädagogik unter anderem bei *Walter Fürstenheim* (1879-1967), der in Frankfurt am Main lehrte und wirkte. Verheiratet war sie mit dem Kaufmann *Eugen Wronsky*, der wie sie selbst im Archiv für Wohlfahrtspflege beschäftigt war, und der im Jahr 1932 verstarb. *Siddy Wronsky* musste Deutschland im Jahr 1934 verlassen, sie starb am 7. Dezember 1948 im Alter von 65 Jahren in Jerusalem (*Reinicke* 1998d, S. 642-645).

Berufliche Tätigkeit

Vermutlich im Rahmen der sich entwickelnden und durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützten Aktivitäten



der „Mädchen- und Frauenarbeit für soziale Hilfsarbeit“ bekam sie Kontakt zur „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur“, am 20. Juni 1906 umbenannt in „Zentrale für private Fürsorge e.V.“, und deren Leiter *Albert Levy*. Ungefähr 1914 war *Siddy Wronsky* Mitglied des Vorstandes der Zentrale, nach dem Tode *Albert Levys* im Jahr 1922 folgte sie ihm als Leiterin der Zentrale für private Fürsorge und des Archivs für Wohlfahrtspflege. Aufgabe der Zentrale war die Beratung von Bürgern und Bürgerinnen, die anderen helfen wollten. Darüber hinaus wurden alle umfangreichen Unterlagen (Drucksachen, Berichte, Mitteilungen), die Aussagen über soziale Institutionen in Berlin enthielten, gesammelt und Interessierten zur Verfügung gestellt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte sich die Zentrale den anstehenden Herausforderungen und richtete eine „Kriegsabteilung“ ein, der ein beratender „Kriegsrat“ zur Seite stand, dem auch *Siddy Wronsky* angehörte (*Die Kriegsabteilung* 1914, S. 2). Sie sah neben der Hilfe im Einzelfall die Bedeutung der Zentrale in einem anderen Bereich: „In ihrem Begriff als Zentralstelle hat sie die Groß-Berliner Wohlfahrtspflege während des Krieges zu leiten und auf die neuen Verhältnisse einzustellen versucht, was ihr wohl in der Hauptsache gelungen zu sein scheint. Ein Indiz für diese wichtige Rolle

dürfte die enge Zusammenarbeit mit dem Nationalen Frauendienst sein, in dessen Vorstand Siddy Wronsky von Beginn an mitarbeitete" (*Degethoff de Campos* 1993, S. 59-61). Für die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde 1915 eine Weiterbildung angeboten, um durch Vermittlung theoretischer Kenntnisse deren Hilfstätigkeit zu unterstützen. *Siddy Wronsky* hielt das Referat „Die Fürsorge in ihren verschiedenen Gebieten“, in dem sie unter anderem auf den „einschneidenden Einfluss für die Wohlfahrtspflege Groß-Berlins ... durch die Wirkungen, welche die in dieser Zeit zu einer ungewöhnlich hohen Entwicklung gelangte Frauenbewegung hervorgerufen hatte“, hinwies. Ausgebildete Sozialarbeiterinnen waren wichtige Kräfte „der Berliner Kriegsfürsorge“ (*Wronsky* 1916, S. 85). Im Jahr 1922 konstituierte sich auf Vorschlag von *Siddy Wronsky* die „Berliner Wohlfahrtsvereinigung“, ein Zusammenschluss von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege, um grundsätzliche Fragen der Wohlfahrtspflege gemeinsam zu lösen. Für die erste Zeit übernahm sie den Vorsitz.

Im Alter von 23 Jahren übernahm *Wronsky* die ehrenamtliche Leitung des Archivs für Wohlfahrtseinrichtungen, dem späteren Archiv für Wohlfahrtspflege. 1910 zeichnete sie gemeinsam mit ihrem Ehemann für die Herausgabe des Auskunftsbuches der sozialen Einrichtungen Berlins in der vierten Auflage verantwortlich, weitere Auflagen sollten folgen. Das Auskunftsbuch enthielt wichtige Informationen für alle, die sich mit sozialen Fragen und Problemen beschäftigten. 1925 gab sie gemeinsam mit *Ernst Behrend* und *Oskar Karstedt* die Reihe „Die Wohlfahrtspflege in Einzeldarstellungen“ heraus und von 1925 bis 1933 war sie Mitherausgeberin und verantwortliche Redakteurin der Fachzeitschrift „Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“. Die von *Siddy Wronsky* begonnene Arbeit findet heute ihre Fortsetzung in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ des Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI).

Wronsky sah das Archiv für Wohlfahrtspflege insbesondere als Weiterbildungseinrichtung. Aus den Erfahrungen ihrer praktischen Tätigkeiten, unter anderem mit Schülerinnen der Sozialen Frauenschulen und mit im Archiv um Rat Suchende, erkannte sie die Notwendigkeit für Weiterbildungsangebote. Gemeinsam mit *Dr. Ernst Joël* (1893-1929), Stadt-Oberschularzt in Berlin-Kreuzberg, Leiter der Schulgesundheitsfürsorge und der Trinkerfürsorge, führte sie zum Beispiel 1928 im Archiv für Wohlfahrtspflege „Übungen zur Erkenntnis psychologischer und sozialer Zusammenhänge“ anhand einzelner Fürsorgefälle durch.

DZI-Kolumne Flaggenparade

Dass die schönste Nebensache der Welt auch zur Hauptsache avancieren kann, bestätigen sicher nicht nur eingefleischte Fußballfans. Historisch verbürgt ist die Tatsache, dass der Gewinn des Weltmeistertitels 1954 den Deutschen nach der desaströsen Erfahrung von Nazi-Diktatur und Zweitem Weltkrieg viel Selbstwertgefühl zurückgegeben hat. Der WM-Titel 1990 wurde beiderseits der Elbe bejubelt und vermittelte wenige Monate vor der Wiedervereinigung ein vorweggenommenes Gefühl der neu gewonnenen Einheit. Durch die fröhliche, gastfreundliche WM 2006 schließlich hat sich Deutschland im Ausland Sympathien erworben. Selbst die junge Generation der Briten verbindet unser Land seitdem nicht mehr vorwiegend mit „Blitzkrieg“ und Handtuchstreit auf Mallorca, sondern mit Sommer, Sonne und Ausgelassenheit beim Public Viewing auf den Fanmeilen in Berlin und anderswo.

Ob die Europameisterschaft 2008 einmal einen ähnlichen Platz im kollektiven Gedächtnis einnehmen wird, ist noch offen. Denkwürdig war auf jeden Fall in den Metropolen die Aufgeschlossenheit der verschiedenen nationalen Fangruppen füreinander. Schon als die deutsche und die türkische Mannschaft noch beide im Rennen waren, flatterten an vielen Autos in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil die Flaggen beider Länder. Als das deutsche Team gegen die Türkei in letzter Minute das Siegestor erzielte, blieben nicht nur Krawalle aus, sondern skandierten Fans beider Couleur mit Blick auf das Halbfinale gemeinsam „Deutsch-land!“. Im Internet kursierte die deutsche Hymne mit orientalisch animierter Melodie. Das Gemeinschaftsgefühl offenbarte sich spontan, unwillkürlich – und verführte den Berliner Migrationsbeauftragten zu dem hoffnungsfrohen Fazit: „Vielleicht sind wir bei der Integration ja weiter, als manche Schlagzeilen nahelegen.“

... jedoch nicht überall: Die Freiburger Islamwissenschaftlerin *Fatma Sagir* stellte im „Tagesspiegel“ fest, in ihrer Stadt sei die Rollenverteilung klar: Wir hier, dort die anderen. Auf dem Land ticken die Uhren – und die Menschen – wohl doch noch anders.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Lehrtätigkeit

Ein wichtiger Bereich ihres beruflichen Handelns war ihr Wirken für eine qualifizierte Ausbildung der Sozialarbeiterinnen. Durch ihre beschriebenen Tätigkeiten wusste sie, welche Probleme künftige Sozialarbeiterinnen in ihrer Praxis zu bewältigen hatten und welche Qualifikationen sie dafür benötigten.

Soziale Frauenschule Berlin-Schöneberg

Alice Salomon schuf mit dem Aufbau der Jahreskurse 1899 und der Gründung der ersten Sozialen Frauenschule 1908 in Berlin die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Berufes der Sozialarbeiterin. 1918 kam es in Zusammenarbeit zwischen dem Preußischen Innen- und Kultusministerium und der Konferenz der Sozialen Frauenschulen zur Verabschiedung der ersten staatlichen Prüfungsordnung. Darin waren Übergangsregelungen für Kräfte vorgesehen, die bereits in der Praxis der Wohlfahrtspflege tätig waren. Für diese wurden Nachschulungslehrgänge eingerichtet. „Siddy Wronsky übernahm die Organisation, arbeitete das Programm aus und beriet Hörer und Dozenten. Alice Salomon war überzeugt, dass die erfolgreiche Durchführung der Lehrgänge nur den Fähigkeiten und der Hingabe Siddy Wronskys zuzuschreiben war“ (Heitz 1988, S. 23-24). Sie blieb dieser Ausbildungsbildungsstätte als nebenamtliche Dozentin erhalten, denn sie übernahm nach dem Tode *Albert Levys* das Fach Wohlfahrtspflege. „Sie las über historische und systematische Fragen der Wohlfahrtspflege, Kriegshinterbliebenen- und Beschädigtenfürsorge und Berufskunde. Daneben betreute sie die praktische Ausbildung der Schülerinnen“ (Konrad 1987, S. 461). Für *Siddy Wronsky* war die Verknüpfung von Theorie und Praxis ein wichtiges Anliegen der Sozialarbeiterausbildung. Der wissenschaftlichen Aufklärung übergeordnet war die „Bildung der Persönlichkeit“, denn wie *Siddy Wronsky* schrieb: „Die Wohlfahrtsschule soll nicht als wissenschaftliches Forschungsinstitut angesehen werden, sondern als Fachschule, die Menschen für die praktische Sozialarbeit fähig machen soll. Ihre Ausbildung muss ein bestimmtes Maß von Wissensstoff bieten und befähigen, diesen praktisch anzuwenden“ (Wronsky 1930a, S. 61).

Sonderlehrgang für Arbeiterinnen 1920

Arbeiterkindern und Kindern aus Familien mit geringem Einkommen war der Zugang zur Ausbildung an einer Sozialen Frauenschule vor 1918 kaum möglich. Die Gründe dafür lagen in den fehlenden schulischen Voraussetzungen und in den unzureichenden finanziellen Mitteln. Nach der Revolution 1918 wurde die Forderung aus Arbeiterkreisen erhoben, „an den Aufgaben der beruflichen Wohlfahrtspflege teil-

nehmen zu können“. An die Sozialen Frauenschulen wurde die Kritik gerichtet, dass sie „den Weg in den sozialen Beruf ausschließlich für Mädchen mit höherer Schulbildung öffneten. Wiederholt wurde in der Arbeiterpresse darüber Klage geführt, dass alle höheren Posten auf sozialem Gebiet schon während des Krieges und auch jetzt mit Frauen aus bürgerlichen Kreisen besetzt wurden, die akademische Bildung oder Ausbildung auf einer sozialen Frauenschule erhalten hatten, und dass daher von der Fürsorge für die kulturell weniger entwickelten Schichten die Arbeiterinnen ausgeschlossen blieben“ (Salomon 1920).

Nach Verhandlungen zwischen den Sozialen Frauenschulen, Vertretern von Gewerkschaften und verschiedenen Ministerien über die Möglichkeiten, eine Ausbildung von Frauen aus Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen zu schaffen, um dem Bedarf an Fachkräften für soziale Aufgaben aus diesen Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, wurden in Berlin, Hamburg und München sechsmonatige Sonderlehrgänge an Sozialen Frauenschulen eingerichtet. In Berlin übernahm die Soziale Frauenschule in Schöneberg diese Aufgabe. Die Leitung des Lehrgangs oblag *Alice Salomon*, *Siddy Wronsky* gehörte zum Lehrkörper. Es wurden 34 Frauen in den Lehrgang in Berlin aufgenommen, davon kamen „zwanzig aus Arbeiterfamilien, zehn aus Handwerkerfamilien, vier aus Familien von Unterbeamten“ (Bericht ohne Jahr, S. 2-3).

Jugendpflegeschule der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost

Träger dieser Ausbildungsstätte waren die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost (SAG), die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge und die Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Die erste Veranstaltung fand vom Februar bis April 1919 und die zweite vom 13. Oktober 1919 bis 28. März 1920 in den Räumen der SAG, Berlin O 17, Fruchtstrasse 62, der heutigen Straße der Pariser Kommune, statt. *Siddy Wronsky* war hier Dozentin zu der Thematik „Grundlagen für die Arbeit an der Jugend“. Sie lehrte über „Die wichtigsten in der freien Wohlfahrtspflege tätigen Verbände“. Das Ziel der Jugendpflegeschule war, dem Mangel an „vorgebildeten Hilfskräften“ zu begegnen. „Wir, die wir in der Arbeit für die Großstadtjugend stehen, die wir Arbeiterjugendpfleger brauchen, die wir Fürsorgehelfer in die Familien schicken müssen und Mitarbeiter in den Jugendämtern suchen, stellen fest, dass auf allen diesen Gebieten genügend vorgebildete Helfer, besonders auf der männlichen Seite, nicht vorhanden sind. Eine Ausbildung von Jugendpflegern im weitesten Sinne des Wortes ist also not-

wendig“, schrieb *Friedrich Siegmund-Schultze* (*Reinicke* 1985, S. 516-518).

Seminar für Jugendwohlfahrt

Die erste Einrichtung, die in Deutschland Männer für die Tätigkeit in der Sozialarbeit ausbildete, war das im Jahr 1923 von *Carl Mennicke* gegründete Seminar für Jugendwohlfahrt, die spätere Wohlfahrtsschule des Sozialpädagogischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, 1931 umbenannt in „Berliner Seminar für Sozialarbeiter“. Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Städtetag und verschiedene Ministerien des Deutschen Reiches brachten dieser Ausbildungsstätte großes Interesse entgegen. Im Kuratorium und dem Schulausschuss waren führende Vertreterinnen und Vertreter dieser Institutionen beteiligt, *Siddy Wronsky* wurde von 1924 bis 1933 als Einzelpersonlichkeit Mitglied in diesen Gremien (*Reinicke* 1987b).

Deutsche Akademie für pädagogische und soziale Frauenarbeit

Von 1925 bis 1933 war *Siddy Wronsky* Vorstandsmitglied der Deutschen Akademie für pädagogische und soziale Frauenarbeit, die Wohlfahrtspflegerinnen für Leitungs- und Forschungsaufgaben qualifizierte. Der erste Jahreskursus für Wohlfahrtspflegerinnen, Jugendleiterinnen, Volksschul- und Berufsschullehrerinnen begann im Oktober 1926. Zugelassen wurden diejenigen, „die sich für ein Studienjahr freimachen können, und die nach abgeschlossener Berufsausbildung mindestens drei Jahre ihren Beruf ausgeübt haben. Ferner werden auch Akademikerinnen mit abgeschlossenem Studium zugelassen, die den Übergang in eine soziale oder sozialpädagogische Berufsarbeit suchen. Der Unterricht wird in der Form von Arbeitsgemeinschaften erteilt. Das Programm enthält die Namen hervorragender Dozenten“ (*Reinicke* 1987a). *Siddy Wronsky* leitete die Arbeitsgemeinschaft „Zur Methodik der Wohlfahrtspflege I“. Weitere Lehrtätigkeiten sollten folgen.

Weitere Tätigkeitsfelder

Bereits in den Aufbaujahren ab 1914 kümmerte sich *Siddy Wronsky* um die Belange der Sozialen Krankenhausfürsorge. Die Entwicklung dieses Aufgabenbereiches begann in Berlin mit der Unterstützung des „Komitees Soziale Krankenhausfürsorge“, das *Alice Salomon* leitete. Das Komitee leistete Öffentlichkeitsarbeit, regelte den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften, koordinierte den Schriftwechsel mit den Behörden, den Erfahrungsaustausch der Mitarbeitenden untereinander und versuchte, Neue zu gewinnen. Am 27. März 1920 wurde die Krankenhausfürsorge in die Verantwortung der städtischen

Verwaltung übernommen. *Henriette May* und *Siddy Wronsky* waren die beiden ersten Frauen, die im Krankenhaus Berlin-Kreuzberg die Soziale Krankenhausfürsorge aufgebaut hatten und durchführten. Der Verwaltungsdirektor notierte im März 1914: „Von den Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit wird wöchentlich einmal eine Dame hier vorsprechen, bei welcher etwaige Patientinnen, deren häusliche und sonstigen Verhältnisse misslich sind, sich Rat holen können.“ Seiner vorgesetzten Behörde schrieb er am 15. April 1914, „dass als soziale Fürsorgerin für die hiesige Anstalt Frau Henriette May ... und als Vertreterin Frau S.(iddy) Wronsky ... bestimmt sind“ (*Reinicke* 2005). In dem von *Siddy Wronsky* verantworteten Rechenschaftsbericht der Berliner Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes für den Zeitraum 1914 bis 1916 hieß es: „Der Fürsorgearbeit am Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde wurden von der Ortsgruppe neue Mitarbeiterinnen zugeführt und in enge Verbindung zu der allgemeinen sozialen Krankenhausfürsorge, in der vier Mitarbeiterinnen der Ortsgruppe bereits tätig waren, gebracht. Die Fürsorge erstreckt sich auf regelmäßige Besuche auf den Stationen des Krankenhauses und auf Hilfeleistungen für die Patienten in Bezug auf Erholungsaufenthalt, Geldfürsorge, Fürsorge in den Wohnungen für die Kinder und ähnlichem“ (*Zweiter Rechenschaftsbericht* 1916, S. 13).

1926 gehörte *Siddy Wronsky* zu den Gründungsmitgliedern der Deutschen Vereinigung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus, einer Interessenvertretung, die die psychosoziale Beratung, Betreuung und ambulante Nachsorge von Krankenhauspatienten und -patientinnen aufbauen und unterstützen wollte. Diese Vereinigung arbeitet heute unter dem Namen „Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen“ (DVSG).

Zudem gehörte *Siddy Wronsky* dem Beirat des 1919 gegründeten Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt (AWO) an. Durch ihre leitende Tätigkeit in der Zentrale für private Fürsorge, im Archiv für Wohlfahrtspflege und weiteren Gremien war sie an der Gestaltung der sozialpolitischen Landschaft aktiv beteiligt. So wies sie im Jahr 1920 darauf hin, „dass sich die öffentliche Wohlfahrtspflege in der gegenwärtigen Situation nicht der Erwerbstätigen und Erwerbsfähigen und der eingeschränkten Leistungen der Sozialversicherung anzunehmen habe, dass sogar die soziale Gesetzgebung momentan nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen sollte“. Entscheidend war aus ihrer Sicht, „sich der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen anzunehmen“. Bis 1926 leitete sie die Fachkommission für literari-

sche Arbeiten und Archivwesen des Hauptausschusses der AWO und war Mitglied in der Fachkommission „Jugendwohlfahrt“, die Leitsätze zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erarbeitete. Sie beschäftigte sich insbesondere mit der Ausbildung von Fachkräften für die Jugendämter, die nach dem Erlass des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes überall in Deutschland eingerichtet wurden. Nach *Siddy Wronsky* Vorstellungen waren folgende Aspekte zu berücksichtigen: Die Ausbildung muss „umfassend und gründlich“ sein, „alle Kreise der Bevölkerung (sind) hinzuzuziehen. Die Auswahl ist nur nach der Geeignetheit für den Beruf zu treffen“. Die bisherigen Ausbildungsstätten (zum Beispiel Soziale Frauenschulen) seien dafür geeignet. Für Personen aus dem Verwaltungsbereich „ist eine ergänzende soziale Ausbildung“ und für die aus Sozialen Frauenschulen „eine ergänzende in der Verwaltungslehre einzurichten“ (*Juchacz; Heymann 1929, S. 68-69*).

Siddy Wronsky war zudem Mitglied des Hauptausschusses und des Fachausschusses „Private Fürsorge“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge und im Rahmen des XI. Kongresses des Weltbundes für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit, der 1929 in Berlin stattfand, Mitglied im Arbeitsausschuss „Soziale Führungen“.

Aktivitäten in der jüdischen Wohlfahrtspflege
Gemeinsam mit *Dr. Friedrich Ollendorff* leitete *Siddy Wronsky* die „Jüdisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft“ in Berlin-Charlottenburg. Deren Aufgabe war die „Heranbildung von Mitarbeitern für jüdische Wohlfahrtspflege durch Vorträge und Diskussionsabende [sowie die] Teilnahme an der Tätigkeit jüdischer Wohlfahrtseinrichtungen“ (*Zentrale für private Fürsorge e.V. 1921/1922, S. 89*).

Als im Februar 1925 die ersten Wahlen zum drei Jahre zuvor gegründeten „Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden“ stattfanden, konnten jüdische Frauen in Berlin zum ersten Mal ihr Wahlrecht ausüben. *Siddy Wronsky* wurde als Vertreterin des Wahlkreises Berlin für die zionistisch orientierte „Jüdische Volkspartei“ gewählt. Sie war Mitglied im Verbandstag und im Wohlfahrtsausschuss des Preußischen Landesverbandes. Der Verbandstag war neben dem Vorstand ein Entscheidungsgremium des Preußischen Landesverbandes (*Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland 1928, S. 23, S. 186*). 1929 tagte unter ihrer Leitung die „Bevölkerungspolitische Konferenz“ dieses Landesverbandes (*Konrad 1987, S. 463*). Sie war Mitglied im Hauptausschuss des Wohlfahrtsamtes der Jüdischen Gemeinde Berlin, Beisitzerin im Vorstand der 1920

gegründeten Jüdischen Kinderhilfe und Mitglied im Präsidium der 1925 gegründeten Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge (Obdachlosenarbeit). Als Vorstandsmitglied der 1917 entstandenen „Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden“ galt *Siddy Wronsky* dort als profilierte Vertreterin einer reformorientierten Sozialarbeit. Seit Mitte der 1920er-Jahre gab es eine Zusammenarbeit mit *Friedrich Ollendorff* (1889-1951), ab 1917 Vorstandsmitglied und ab 1927 Geschäftsführer der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (ZWSt). Beide waren Anhänger der zionistischen Bewegung (*Reinicke 2007*). Zum Zionismus wandte sie sich nach ihrer Erfahrung mit dem sozialen Elend unter den ostjüdischen Flüchtlingen in Berlin. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs fand sie Anschluss an das für jüdische Flüchtlinge aus dem Osten gegründete Jüdische Volksheim im Berliner Scheunenviertel und wurde Mitglied von „Poale Zion“ (hebräisch für „Arbeiter Zions“), eine zum Zionismus tendierende Gruppierung in der jüdischen Sozialdemokratie. Von 1920 bis 1923 war *Siddy Wronsky* Vorsitzende des Bundes zionistischer Frauen Deutschlands (*Wieler 1993*).

Kinder und Jugendliche aus Osteuropa waren häufig von den Folgen der Progrome betroffen, viele verloren ihre Eltern. Auch für sie galt es, Hilfen zu entwickeln. Im Jahr 1922 wurde unter Mitwirkung von *Siddy Wronsky* der Verein Ahawah (hebräisch für Liebe) gegründet, der für diese Kinder und Jugendlichen Betreuungs- und Unterbringungsmöglichkeiten schuf. Das von ihm betriebene Heim Ahawah befand sich in Berlin-Mitte, Auguststraße 14/16. Es bot 120 „jüdischen schutzlosen und verwaisten Kindern vorübergehend oder dauernd bis zum 18. Jahr“ Betreuung und Unterkunft (*Zentrale für private Fürsorge e.V. 1927, S. 47*). *Siddy Wronsky* arbeitete aktiv im seit 1904 bestehenden Jüdischen Frauenbund mit. 1914 war sie Vorsitzende der Ortsgruppe „Groß-Berlin“. Mit *Henriette May*, einer führenden Vertreterin des Frauenbundes, verband sie eine enge Zusammenarbeit.

Lehrbücher und weitere Veröffentlichungen
Siddy Wronsky erarbeitete für die in der Ausbildung und Praxis der Sozialarbeit Tätigen wichtige Materialien für das berufliche Handeln. In ihren Arbeiten spürt man das Bemühen, den jungen Beruf der Sozialarbeiterin auf eine wissenschaftlich und methodisch fundierte Grundlage zu stellen. Das erste Standardwerk war der 1921 erschienene „Leitfaden der Wohlfahrtspflege“, gemeinsam mit *Alice Salomon* herausgegeben. *Dora Peyser* (*Reinicke 1998b*) schrieb in ihrer von *Hedwig Landsberg* (*Reinicke 1998a*) angeregten Biographie über *Alice Salomon*:

„Die Anregung zum Leitfaden der Wohlfahrtspflege kam von *Siddy Wronsky*, der Leiterin der Berliner Zentrale für private Fürsorge und des Archivs für Wohlfahrtspflege, die lange Jahre an Alice Salomons Wohlfahrtsschule unterrichtete“ (*Peyser* 1958, S. 87). *Alice Salomon* äußerte: „Es gab keine ‚verkaufsfertige‘ Wissenschaft der sozialen Arbeit, die wir im Unterricht hätten anwenden können, der Lehrkörper musste sie selbst entwickeln. Es gab keine Lehrbücher – wir mussten sie schreiben. Was wir leisteten, war wirkliche Teamarbeit; eine sehr enge Zusammenarbeit, die der Schule den besonderen Charakter verlieh, den die Ausbildung zur sozialen Arbeit erforderte“ (*Salomon* 1983, S. 102-103).

Weitere Grundlagenwerke waren das „Quellenbuch zur Geschichte der Wohlfahrtspflege“, Berlin 1925 von *Siddy Wronsky* und die gemeinsam mit *Alice Salomon* unter Mitwirkung von *Eberhard Giese* 1926 herausgegebene „Soziale Therapie“, Berlin 1926. Die Anzahl ihrer Publikationen ist beachtlich. Allein nach der von *Franz-Michael Konrad* vor 20 Jahren zusammengestellten Bibliographie umfasst die Literaturliste rund 142 Arbeiten und rund 75 Rezensionen (*Konrad* 1987, S. 467-470).

Leitfaden der Wohlfahrtspflege

„Mit diesem Buch wird der Versuch gemacht, einen Überblick über die Grundlagen, die Entwicklung, den Aufgabenkreis der Wohlfahrtspflege zu geben ... Das Buch enthält ... außer dem reinen Wissensstoff auch Bildungs- und Gesinnungsstoff, wie das zum Wesen jeder sozialen Ausbildung und Schulung gehört. In diesen Auffassungen begegnete ich mich vollkommen mit meiner Mitarbeiterin *Siddy Wronsky*, der ich die Anregung zu diesem Buch verdanke, deren Beteiligung und Rat mich förderte und unterstützte weit über das hinaus, was als ihr Anteil an diesem Buch erscheint.“ (*Salomon* 1921, IV).

„Für den Unterricht in der Wohlfahrtspflege“, schrieb *Alice Salomon* im Vorwort der dritten Auflage, „stellt dieser Leitfaden, den ich zuerst auf Anregung von Frau *Wronsky* und mit ihrer Beteiligung 1920 herausgab, einen ersten Versuch dar ... Seit Erscheinen der ersten beiden Auflagen dieses Buches ist auch das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt der Frage einer Bearbeitung von Lehr- und Unterrichtsplänen für die Wohlfahrtsschulen näher getreten (1926). Es hat Kommissionen zur Ausarbeitung von Entwürfen für einzelne Fächer eingesetzt. An der Bearbeitung für den Lehr- und Unterrichtsplan in der Wohlfahrtspflege hat außer der Herausgeberin dieses Leitfadens Frau *S. Wronsky* mitgewirkt“ (*Salomon* 1928, III).

Quellenbuch zur Geschichte der Wohlfahrtspflege
Mit dem Quellenbuch schuf *Siddy Wronsky* ein Werk, das heute bedauerlicherweise in Vergessenheit geraten ist. Es setzt sich mit den Wurzeln der Geschichte der Sozialarbeit auseinander und bietet die Möglichkeit, eine Identitätsbildung für heutiges sozialarbeiterisches Tun zu entwickeln. „Ein Beruf kann seine Identität und sein Selbstverständnis nur finden, wenn er sich auch mit historischen Gegebenheiten und Erfahrungen auseinandersetzt und daraus lernt“ (*Reinicke* 1990, S. 1-2).

Das Quellenbuch enthält „Gesetze(n), Inschriften, Predigten, Satzungen, Verfassungen und Programme(n) aus der Geschichte der Wohlfahrtspflege ... Es will durch die Darbietung dieses Stoffes das Verständnis für die Bedeutung der Wohlfahrtspflege für das Kultur- und Wirtschaftsleben erleichtern und fördern“ (*Wronsky* 1925, V). Das Buch „wird endlich die Versuche, die Wohlfahrtspflege wissenschaftlich einzuordnen, durch Erkenntnis der sie bewegendenden Gesetze fruchtbarer gestalten. Es wurde auch bei den Äußerungen vieler Völker und Zeiten der Wunsch wieder rege, das Verständnis der Nationen untereinander zu vertiefen durch das Wissen, dass bei allen Kulturvölkern die gleichen Motive der gegenseitigen Hilfe und der Wunsch nach Vervollkommen der Werke der Wohlfahrtspflege geschaffen haben, die sich nur durch ihre Ausdrucksweise nach Zeit, Sprache und Wirtschaftslage voneinander unterscheiden“ (*ebd.*).

Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche

Aus *Siddy Wronskys* Archiv- und Beratungsarbeit entstand das Projekt, die Angebote und Institutionen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, in Deutschland darzustellen, um deren Wirken einer größeren Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen. Gemeinsam mit ihrer Mitarbeiterin und ehemaligen Schülerin an der Sozialen Frauenschule Schöneberg, *Margarete Miller* (1894-1976), gab sie 1925 das Auskunftsbuch „Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche“ heraus (*Archiv für Wohlfahrtspflege* 1925).

Soziale Therapie

Diese Veröffentlichung brachten *Siddy Wronsky* und *Alice Salomon* 1926 heraus. Es ist eine Zusammenstellung von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Praxisfeldern der Sozialarbeit, der Familien-, Trinker- und der Gesundheitsfürsorge sowie Jugendwohlfahrt, die im Archiv für Wohlfahrtspflege über viele Jahre zusammengetragen und so einem breiten Fachpublikum vorgestellt wurden. In ihrer Einleitung machten die Verfasserinnen deutlich, „...die Berichte der Fürsorger gelangten kaum zur Kenntnis des nächsten Mitarbeiterkreises. Selbst die ausübenden

Kräfte sahen meist nur einen Querschnitt, nur Augenblicksbilder und Entwicklungen, kurze Abschnitte. Aber erst wenn man die Schicksale der Menschen, mit denen es die Fürsorge zu tun hat, über lange Jahre verfolgt, kann man zu einem Urteil darüber gelangen, ob die Diagnose des Fürsorgers richtig war, ob die Methoden der Behandlung den beabsichtigten Erfolg erzielten, ob überhaupt menschlichen Nöten mit den Mitteln, Gesetzen und Einrichtungen beizukommen ist, über die wir bisher verfügten“ (*Wronsky* 1926, III-V).

Diese Unterlagen sollten natürlich auch den Ausbildungsstätten zur Verfügung gestellt werden. Die Verfasserinnen wollten damit Material in die Hände geben, „das zum Nachdenken anregt, das die Schwierigkeiten der Aufgaben zeigt, das die verschiedenartigste Beurteilung hervorrufen kann und zur Erörterung lehrreichen Stoff gibt“ (*ebd.*). Eine interessante Aussage beendet die Einleitung: „Bisher hat es an Material dafür gefehlt. Da es schließlich auch keine Lehrkräfte gibt, die für ihre Aufgaben an sozialen Schulen im besonderen vorbereitet sind, und da jeder Lehrer sich neu seinen Stoff suchen und erarbeiten muss, wird das soziale Bildungswesen und damit der Berufsstand der Wohlfahrtspfleger empfindlich beeinträchtigt. Die Herausgeber hoffen deshalb, mit dieser Schrift den sozialen Unterricht fruchtbarer zu machen“ (*ebd.*).

Methoden der Fürsorge, Sozialtherapie und Psychotherapie

Beide Veröffentlichungen zeigen Entwicklungen auf, die die professionelle Sozialarbeit in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts nehmen wollte. *Siddy Wronsky* und ihre Partner waren von den Hilfsmöglichkeiten dieser neuen Profession für die von ihr Beratenen und Betreuten überzeugt. Es wurden neue Wege der Einzelfallhilfe aufgezeigt, die die Ansätze des aus der amerikanischen Sozialarbeit kommenden „Casework“ berücksichtigten, ebenso die Erkenntnisse aus der Medizin und Psychologie. Im Nachrichtendienst des Evangelischen Hauptwohlfahrtsamtes Berlin wurde über die „Methoden der Fürsorge“ ausgeführt: „Ein in hohem Maße bedeutsames Büchlein, in dem die viel beachteten Ausführungen zusammengefasst sind. ... Wir sind ihr von Herzen dankbar und wünschen nur, dass die inhaltreichen und bedeutungsvollen Ausführungen von recht vielen in der Fürsorge stehenden Persönlichkeiten gelesen und durchdacht werden möchten“ (*Nachrichtendienst* 1930).

In ihrer Arbeit „Sozialtherapie und Psychotherapie“ bemerkten *Siddy Wronsky* und *Arthur Kronfeld* im

Vorwort: „Die Wohlfahrtspflege ist in einer Wandlung begriffen“ (*Wronsky; Kronfeld* 1932). Standen bisher organisatorische und materielle Fragen im Mittelpunkt, müssten sich jetzt neue Hilfsansätze „an dem Ziel der Freiheit und Selbständigkeit des Menschen im Rahmen der Gesellschaft orientieren“ (*ebd.*). Sie wollten mit ihrer Publikation Wege „für eine sinnvolle Behandlung der Hilfsbedürftigen“ (*ebd.*) aufzeigen und „die Zusammenhänge zwischen dem sozialen und seelischen Geschehen im Schicksal des Menschen innerhalb der Gesellschaft“ (*ebd.*) klarlegen werden. Zum Schluss hieß es: „Diese Veröffentlichung kann nur ein erster Schritt auf dem Wege der methodischen Gestaltung der Fürsorgearbeit sein; Ärzte und Sozialarbeiter werden aus ihren Erfahrungen auf Grund der Anwendung dieser sozialpsychologischen Behandlungsmethode Überprüfung und Ausgestaltung ermöglichen“ (*ebd.*). Betrachtet man rückblickend die Publikationen *Siddy Wronskys*, so wird wieder einmal deutlich, welchen Verlust die Sozialarbeit mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten und seinen Folgen erlitten hat.

Aktivitäten nach der Emigration

Ihre Tätigkeit in Berlin endete im Jahr 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem damit einhergehenden sofortigen Arbeitsverlust vieler anderer jüdische Bürger und Bürgerinnen. Am 7. September 1933 emigrierte *Siddy Wronsky* nach Palästina. In Haifa wurde sie von *Henrietta Szold*, Zionistin und Leiterin der Organisation zur Rettung jüdischer Kinder und Jugendlicher vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Palästina, aufgesucht. Über die Begegnung schrieb sie an ihre Schwester: „Letzten Freitag bin ich nach Haifa gefahren, um Frau Wronsky zu treffen; sie ist die geeignetste Person, um uns bei der Ausbildung von Sozialarbeitern im Lande zu helfen. *Siddy Wronsky* stand zusammen mit Dr. Alice Salomon an der Spitze der sozialen Arbeit in Deutschland“ (*Heitz* 1988, S. 22).

Sie blieb auch in Palästina äußerst aktiv. Ihre ersten Erfahrungen wurden noch in den Blättern des Jüdischen Frauenbundes veröffentlicht. Sie suchte so schnell als möglich den Kontakt zur sozialen Praxis in Haifa. *Wronsky* berichtete von einem „Willkommensgruß der jungen Fürsorgerin der Gemeinde, die hier in einem Jahr ein neues Wohlfahrtsamt aufbaute und das, was sie in einem Studienjahr im Jugendheim in Berlin lernte, in der Aufbauarbeit ihrer Heimat neuartig zu gestalten wusste. In der Zusammenarbeit mit ihr soll in den nächsten Wochen ein Eindringen in die sozialen Verhältnissen des Landes möglich werden“ (*Wronsky* 1933, S. 10). Dann verlagerte sie ihr Wirken nach Jerusalem, wo sie bis in die

letzten Lebensjahre im Sozialdepartement des Vaad Leumi (Nationalrat) tätig war. Ihre bedeutende Leistung lag in der Schaffung von Nachschulungskursen für eingewanderte Fürsorgerinnen und Fürsorger und im Aufbau der gesamten sozialen seminaristischen Schulungsstruktur. 1934 begann sie mit dem Aufbau eines Jerusalemer Sozialarbeiterseminars, des ersten im Mittleren Osten. Die Jerusalemer Fachbibliothek, deren Grundlagen ihre eigene, aus Berlin mitgebrachte Büchersammlung bildete, trägt ihren Namen (*Brief Irma Neumark* 1984).

Sie gründete einen Berufsverband der Fürsorgerinnen in Palästina, eine „Society for Mental Hygiene“, gab eine hebräischsprachige Wohlfahrtspflegezeitschrift heraus und plante und baute ein wissenschaftliches soziales Institut nach dem Berliner Vorbild des Archivs für Wohlfahrtspflege auf. 1936 leitete sie als Mitglied des „International Committees of Schools for Social Work“ die palästinensische Delegation auf dem dritten internationalen Kongress für Sozialarbeit in London.

Nach längerem Leiden starb *Siddy Wronsky* am 7. Dezember 1947, vier Monate vor der Gründung des Staates Israel. „Sie wurde ... während politischer

Unruhen in Palästina unter dem Schutz von Soldaten der britischen Mandats Herrschaft in Jerusalem auf dem Friedhof am Ölberg begraben. Verwandten und Freunden war es nicht erlaubt, den Sarg zu begleiten. Sie kannten ihre Grabstätte nicht. Erst zwanzig Jahre später konnte die Suche danach aufgenommen werden; der Grabstein wurde am 20. Oktober 1968 gesetzt. Er trägt die Inschrift „Gründerin der Sozialarbeit in Erez Israel“ (*Heitz* 1988, S. 22-23).

Persönlichkeit

Nach Aussagen von *Jona M. Rosenfeld* in einem Brief „kriegt man den Eindruck, dass sie nicht nur hoch intelligent, sondern auch außergewöhnlich energisch ihren Beruf gefördert hatte“ (*Brief Jona M. Rosenfeld* 1964). *Miriam Meron*, von 1939 bis 1947 eine der engsten Mitarbeiterinnen von *Siddy Wronsky*, wissenschaftliche Assistentin der Schule für Sozialarbeit Jerusalem, schrieb dem Verfasser: „Sie war eine geborene Sidonie Neufeld – nannte sich Siddy – kurz (unglücklich!) verheiratet mit Eugen Wronsky, der früh starb. 1933 wanderte sie als Verfolgte nach Palästina ein...1935 wurde sie durch Henrietta Szold in den jüdischen Nationalrat (die oberste Instanz der jüdischen Bevölkerung) berufen, um dort im Rahmen der Sozialpädagogischen Ab-

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

teilung die Schule für Sozialarbeit zu organisieren, die sie dann bis 1947 leitete. Sie hat nie ein Kinderheim geleitet, wohl aber die Supervision über soziale Inspektoren, der bestehenden Kinderheime, gehabt. Zu erwähnen wäre auch, dass sie als erste die Pläne für die nationale Sozialversicherung in Anlehnung an den Beveridgeplan ausarbeitete. Im Rahmen dieses Briefes würde es zu weit führen, Ihnen eine Analyse dieser sehr schwierigen und fast tragischen Persönlichkeit zu geben. Trotz außerordentlicher Intelligenz und Wissen lebte sie mit sich und der Umgebung in ständigen Konflikten, fast ohne Freunde. Die letzten fünf Jahre teilte sie ihre Wohnung mit ihrer viel jüngeren Schwester Hertha Neufeld (1887-1975), die nach ihrem Tod nach London ging. Hertha Neufeld war Sozialarbeiterin und Geschäftsführerin der Jüdischen Kinderhilfe e.V., Berlin-Mitte, Auguststr. 17. 1947 starb Siddy Wronsky allein, vereinsamt, nachdem sie einige Monate in einem privaten Sanatorium hospitalisiert war“ (*Brief Miriam Meron* 1984). Ein trauriges Ende einer bedeutenden Frau, die über mehrere Jahrzehnte ihre ganze Energie in die Gestaltung der Geschicke der deutschen Wohlfahrtspflege und der Sozialen Arbeit gab.

Literatur

Archiv für Wohlfahrtspflege (Hrsg.): Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche. Stuttgart 1925

Bericht über den Sonderlehrgang für Arbeiterinnen zur Ausbildung in der Wohlfahrtspflege, veranstaltet an der Sozialen Frauenschule zu Berlin-Schöneberg in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 30. Juni 1920. ohne Jahr., 2-3. Archiv ASFH

Brief Irma Neumark, Haifa, vom 9. September 1984 an den Verfasser

Brief Jona M. Rosenfeld vom 26. April 1964 an das DZI

Brief Miriam Meron, Tel Aviv, vom 20. Juli 1984 an den Verfasser

Degethoffs de Campos: Von der Armenpflege zum Sozialstaat. 100 Jahre Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen im Dienste der praktischen Arbeit. DZI (Berlin) 1993

Die Kriegsabteilung der Zentrale für private Fürsorge e.V. Berlin 1914

Führer durch die Jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Berlin 1928

Heitz, Gertrud: Siddy Wronsky, Pionierin sozialer Arbeit. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts 80/1988, S. 19-36

Juchacz, Maria; Heymann, Johanna: Die Arbeiterwohlfahrt. Berlin 1929

Konrad, Franz-Michael: Paradigmen sozialpädagogischer Reform in Deutschland und Palästina. Zur Erinnerung an Siddy Wronsky (1883-1947). In: Soziale Arbeit 12/1987, S. 459-470

Nachrichtendienst des Evangelischen Hauptwohlfahrtsamtes 11-12/1930

Peyser, Dora: Alice Salomon. Die Begründerin des Sozialen Frauenberufs in Deutschland. Köln/Berlin 1958

Reinicke, Peter: Die Jugendpflegesysteme der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost. Friedrich Siegmund-Schultze zum 100. Geburtstag. In: Soziale Arbeit 11/1985, S. 516-518

Reinicke, Peter: Die Deutsche Akademie für pädagogische und soziale Frauenarbeit und ihre Jahreskurse. In: Archiv für

Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 3/1987a, S. 210-222

Reinicke, Peter: Das Seminar für Jugendwohlfahrt an der Hochschule für Politik. Carl Mennicke zum 100. Geburtstag. In: Soziale Arbeit 10/1987b, S. 381-386

Reinicke, Peter: Die Berufsverbände der Sozialarbeit und ihre Geschichte. Frankfurt am Main 1990

Reinicke, Peter: Landsberg, Hedwig. In: Maier, Hugo (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg 1998a, S. 339-341

Reinicke, Peter: Peyser, Dora. In: Maier, Hugo (Hrsg.): a.a.O., 1998b, S. 467-468

Reinicke, Peter: Soziale Krankenhausfürsorge in Deutschland. Opladen 1998c

Reinicke, Peter: Wronsky, Siddy. In: Maier, Hugo (Hrsg.): a.a.O., 1998d, S. 642-645

Reinicke, Peter: Diskretion war oberstes Gebot. Henriette May – eine aktive Streiterin für die Sozialarbeit im Krankenhaus. In: FORUM sozialarbeit + gesundheit 4/2005, S. 36

Reinicke, Peter: „Die Wohlfahrtsarbeit muss sich in das jüdische Gesamtleben einfügen!“ – Friedrich Ollendorff (1889-1951). In: Hering, Sabine (Hrsg.): Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien. Frankfurt am Main 2007, S. 332-340

Salomon, Alice: Soziale Berufsausbildung für Arbeiterinnen. In: Soziale Praxis, 15/1920, S. 358-360

Salomon, Alice: Vorwort. In: Salomon, A. unter Mitwirkung von Wronsky, S.: Leitfaden der Wohlfahrtspflege. Leipzig/Berlin 1921

Salomon, Alice; Dietrich, Charlotte: 1. Jahresbericht der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit 1925. 26. September 1926, 2-5. Archiv DCV 142-F 31

Salomon, A.: Vorwort. In: Salomon, A. unter Mitwirkung von Harms, B.; Berent, M.; Wronsky, S.; Götze, S.: Leitfaden der Wohlfahrtspflege. Berlin 1928

Salomon, Alice: Charakter ist Schicksal. Weinheim/Basel 1983

Wieler, Joachim: Wronsky, Siddy (Sidonie). In: Dick, Jutta, Sassenberg, Marina (Hrsg.): Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Reinbek 1993, S. 406-407

Wronsky, Siddy: Die Fürsorge in ihren verschiedenen Gebieten. In: Berliner Fürsorgearbeit während des Krieges. Berlin 1916

Wronsky, Siddy: Vorwort. In: Wronsky, Siddy: Quellenbuch zur Geschichte der Wohlfahrtspflege zum Gebrauch an Berufsschulen, Seminaren und Universitäten. Berlin 1925

Wronsky, Siddy: Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen. In: Berliner Wohlfahrtsblatt 10/1930a, S. 61

Wronsky, Siddy: Methoden der Fürsorge. Berlin 1930b

Wronsky, Siddy: Nach Erez-Israel. Tagebuchblätter. In: Blätter des Jüdischen Frauenbundes, 12/1933, S. 10-11

Wronsky, Siddy; Salomon, Alice unter Mitwirkung von Giese, Eberhard: Soziale Therapie. Ausgewählte Akten aus der Fürsorge-Arbeit. Berlin 1926

Wronsky, Siddy; Kronfeld, Arthur: Sozialtherapie und Psychotherapie. Leipzig 1932

Zentrale für private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Die Wohlfahrts-einrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin (Graubuch). Berlin 1921/22

Zentrale für private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Jahresbericht: In den Jahren 1918-1924. Berlin 1924

Zentrale für private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Die Wohlfahrts-einrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin (Graubuch). Berlin 1927

Zweiter Rechenschaftsbericht der Ortsgruppe „Groß-Berlin“ des Jüdischen Frauenbundes. Januar 1914 – Dezember 1916

Riskanter Korporatismus

Der misslungene Angriff auf die Wohlfahrtsverbände als langfristiges Krisensymptom

Werner Schöning; Katharina Motzke

Zusammenfassung

Für die sozialpolitischen Akteure zeigt sich der riskante Korporatismus in einer zunehmenden Konfrontation innerhalb und außerhalb des sozialen Sektors. Ein beispielhafter Angriff erfolgte vor einigen Jahren aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft und war gegen die Wohlfahrtsverbände gerichtet. Auch wenn dieser Vorstoß konkret ins Leere lief, so sind doch seine schlichte Existenz und die nachfolgenden Reaktionen Indikatoren des langfristigen Krisensymptoms. Es stellen sich für die Theorie und Praxis der Wohlfahrtsverbände die Fragen, wie solche Risiken zu bewerten sind und wie sie sich strategisch bewältigen lassen.

Abstract

For socio-political actors the danger of corporatism shows in increasing confrontations within and outside the social sector. An exemplary attack, directed against the welfare organisations, was made on the part of the Cologne Institute for Economic Research some years ago. Although the attempt failed, its sheer existence and the following reactions are indications of a long-term crisis symptom. Within the theory and practice of welfare organisations the questions arise as to how such risks are to be evaluated, and how they can be managed strategically.

Schlüsselwörter

Wohlfahrtsverband – Sozialwirtschaft – Effizienz – Krise – Kritik – Reform – Korporatismus

1. Einleitung

Der gesellschaftliche Modernisierungsprozess definiert fortwährend zentrale Institutionen neu oder löst sie gar auf und erschafft andere. Waren es ursprünglich feudalistische Institutionen, die im Sinne des Kommunistischen Manifests „verdampften“ und „entweiht“ wurden, so diagnostizieren zeitgenössische Beobachter und Beobachterinnen seit einiger Zeit in Anlehnung an *Ulrich Becks* Begriffsschöpfung von der „Risikogesellschaft“ eine reflexive Moderne, die sich mit sich selbst beschäftigt. Das Normale, auf dem die gesellschaftlichen Institutionen der entwickelten Sozial- und Wirtschaftsordnung aufbauten, wird sowohl normativ als auch empirisch hinterfragt. Das Normale wird vom Riskanten verdrängt. Der Begriff des Risikos ist daher nicht zufällig dauer-

haft zu einem der Kernbegriffe der Diskurse in einer Vielzahl von Politikfeldern avanciert. Riskant sind die dabei anstehenden Entscheidungen wie auch der Versuch einer Risikovermeidung, riskant sind gesellschaftliche wie auch individuelle Situationen, riskant ist schließlich noch besser als völlig unsicher. Der Begriff der „riskanten Moderne“ (*Nolte* 2007, S. 22) repräsentiert die These, dass sich diese Risiken in einer Zeit zunehmender globaler Verflechtung nicht ausschalten, aber immerhin bearbeiten lassen.

Im folgenden Beitrag wird der Begriff der riskanten Moderne auf den Korporatismus (zum Überblick vgl. *Sebaldt; Straßner* 2004, S. 41 ff.) und hier insbesondere auf die sozialpolitischen Akteure angewendet und hinterfragt. Der Korporatismus in der Sozialpolitik ist ein Kind des Modernisierungsprozesses, wird als solcher schon länger einer kritischen Reflexion unterworfen und ist darüber hinaus für alle Akteure ein durchaus riskantes Arbeitsfeld: Verengte Verteilungsspielräume verstärken die innerverbandlichen Konflikte und senken die Hemmschwelle für Angriffe auf fremde Territorien. Auch wenn ein solcher Angriff, der vor einigen Jahren aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft e.V. (IW) heraus erfolgte und gegen die Wohlfahrtsverbände in Deutschland gerichtet war, konkret ins Leere lief, so ist doch seine schlichte Existenz eine plastische Manifestation des langfristigen Krisensymptoms. Fraglich ist daher, wie sich solche Risiken des Korporatismus durch die sozialpolitischen Verbände bearbeiten und bewältigen lassen.

2. Riskanter Korporatismus in der Sozialpolitik

2.1 Riskante Moderne und riskanter Sozialkorporatismus

Mit Blick auf den Korporatismus konkretisiert sich die riskante Moderne im Auftauchen neuer Interessen und Konfliktlinien. Dies führt erstens zu neuen innerverbandlichen Konflikten zwischen etablierten Verbänden und zweitens zur Organisation gänzlich neuer Interessen, die bislang unterrepräsentiert sind (*Nolte* 2007, S. 286). Beides zusammen bedeutet, dass sich die korporativen Akteure einer Stresssituation ausgesetzt sehen, die gleichermaßen strategisches wie taktisches Geschick erfordert.

Das grundsätzliche Konzept des Korporatismus, das auf verlässlicher Arbeitsteilung zwischen Staat und Verbänden beruht und bei Interessenkonflikten die Aushandlungslösungen in den Vordergrund stellt, ist in der riskanten Moderne im Sinne des Auftretens neuer Interessen und Akteure prekär geworden. In der Sozialpolitik zeigt sich diese Situation zum einen in der Aufkündigung etablierter und vermeintlich

gesicherter Strukturen, zum anderen aber auch in einer Politisierung der sozialen Dienste, deren Handlungsspielraum eingeschränkt wird und die sich zunehmender Erfolgskontrolle gegenübersehen (Schönig 2007, Schönig 2004, Maaser 2003, S. 17).

Jene Engführung der sozialen Dienste zeigt sich insbesondere in den Detailregelungen der Leistungsverträge, dem zunehmenden Rechtfertigungsdruck, der grundsätzlichen Befristung der Auftragsvergabe sowie deren taktischen Streuung an verschiedene Träger, die hierdurch – teile und herrsche – unter einem dauerhaften Wettbewerbsdruck stehen. So erodiert die Aktivierungspolitik maßgebend das deutsche Modell des kommunalen und bundesweiten Korporatismus, das ja von einer langfristigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Verbänden ausging und im Kern auf verlässlichen Zuständigkeiten und der Ausschaltung von Wettbewerb fußte (dazu Merten 1998, S. 157, Schäfer 2000, S. 220 sowie die Beiträge in Dahme u. a. 2003). Jene alte Verlässlichkeit ist heute im Zuge des Kontraktmanagements wesentlich geschwächt, da die alten Claims nun permanent gefährdet sind und ständig neu abgesteckt werden müssen.

Ausnahmen bestätigen diese Regel. So liegt ein zaghafter Ansatz der Wiederbelebung korporatistischer Strukturen auf kommunaler Ebene in den sozialraumorientierten Konzepten, in denen einem großen Träger und Wohlfahrtsverband für einen längeren Zeitraum die Federführung in einem Stadtteil übertragen wird. Hiermit sind verlässliche Budgets, ein gewisser Grad an Handlungsautonomie und vor allem eine wettbewerbsfreie Zone verbunden. Größere Städte haben hier den Vorteil, ihre Sozialräume einer Vielzahl von Trägern zuzuweisen und somit der lokalen Trägerlandschaft eine Grundausstattung gewährleisten zu können. Kommt es dann periodisch zu einer Neuausschreibung der Auftragsvergabe, so werden indes die Karten neu gemischt. Zwar ist dann der bisher zuständige Träger mit seiner bestehenden Infrastruktur in einer guten Position, erneut den Zuschlag zu erhalten, nur ist die typisch korporatistische Verlässlichkeit der eigenen Planung doch deutlich eingeschränkt.

Skeptiker sehen schon länger insbesondere den kommunalen Korporatismus mit einer anwaltschaftlichen Funktion der Wohlfahrtsverbände als „Auslaufmodell“ (Schäfer 2000, S. 220), da das Widerstandspotenzial der Verbände und einzelner Einrichtungen wesentlich geschwächt ist. Ist auf nationalstaatlicher Ebene noch eine offensive Lobbyarbeit zugunsten der Klientinnen und Klienten (zum Beispiel in Form

von Armutsberichten und Stellungnahmen) möglich, so ist die anwaltschaftliche Funktion auf kommunaler Ebene kaum noch durchzuhalten. Denn die Verbände und einzelnen Einrichtungen sehen sich im Zwiespalt zwischen den Interessen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie jenen ihrer Klientel. Es herrscht ein Klima der Vorsicht und des Taktierens. Dort, wo das Soziale bis in die professionell-fachlichen Aspekte hinein politisiert ist, kommt es viel zu selten zu einer offenen Aussprache. Kommunale Armutskonferenzen werden eher lustlos fortgeführt, Praktiker und Praktikerinnen in kommunalen Ausschüssen überdenken ihre kritischen Einwände minutiös und auch öffentlichkeitswirksame Aktionen werden genau abgewogen und verträglich dosiert.

In der Summe zeigt sich damit ein Bild, in dem der Korporatismus in der Sozialpolitik in der Tat riskant geworden ist – jedoch nicht unsicher. Es herrscht nicht das Gefühl vollständiger Unsicherheit, sondern eher das der kalkulierbaren Risiken, und jenes Gefühl der Kalkulierbarkeit ist es, das letztlich dem Taktieren überhaupt erst Raum gibt. In einer Zeit völlig unsicherer Perspektiven wären die Reaktionen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände chaotisch und eben dies ist realiter nicht zu beobachten.

2.2 Legitimationsprobleme und Verteilungskonflikte

Verbände im Allgemeinen und speziell korporatistische Arrangements sehen sich in der riskanten Moderne zunehmenden Legitimationsproblemen und Verteilungskonflikten ausgesetzt. Eine Schwächung ihrer Legitimation hat aus theoretischer Sicht ihre Fundierung in der Theorie des Rent Seeking und der allgemeinen Korporatismuskritik (Schönig 1996). Beide benennen zwar die Kosten verbandlicher Arbeit, schätzen ihren Nutzen für die politische Entscheidungsfindung jedoch als gering oder sogar – mit Blick auf die Bevorzugung von Partikularinteressen – als letztlich negativ ein. Jenes Legitimationsproblem wird durch die schwindende Mitgliederbasis der meisten Großverbände verstärkt, während neu gegründete und generell kleinere Verbände mit sehr spezialisierter Interessenvertretung gelegentlich deutliche Zuwächse verzeichnen können.

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen müssen der wachsende Legitimationsdruck und die Ausdifferenzierung der Verbändelandschaft zwangsläufig die verbandlichen Verteilungskonflikte verstärken. Zudem kommt es häufiger zu Grenzüberschreitungen eines Verbandes auf inhaltliche Territorien anderer. Indikatoren für das gewachsene Legitimationsproblem und die verschärften Verteilungskonflikte können

hier nur kursorisch genannt werden. Beispiele sind der Konflikt um das Entsendegesetz innerhalb der Arbeitgeberverbände, die Auflösung der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen in ihrem Körperschaftsstatus, die Zwangsfusion der Dachverbände der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherungen sowie das aggressive Auftreten spezialisierter Gewerkschaften mit dem Ziel eigener Tarifverträge für Ärzte und Lokführer. Seit einigen Jahren steht nicht nur die bislang sakrosankte Selbstverwaltung in der deutschen Sozialen Sicherung (*GVG-Arbeitsgruppe* 2007), sondern die gesamte korporatistisch gefestigte Verbändelandschaft infrage. In der Folge kommt es auch zu neuen Konfliktlinien. Sie entstehen durch vermehrte Aktivität und ungewohnte Konfrontation in den neu diskutierten Zukunftsthemen wie Familienförderung, Armut, Bildung und Umweltschutz.

Speziell im Bereich der Sozial- und Wohlfahrtsverbände werden Legitimationsfragen und Verteilungskonflikte durch das hohe und in der Summe kaum sinkende Volumen von Sozialtransfers angeheizt. Dieses Volumen weckt Begehrlichkeiten und macht Grenzübertritte lohnend. Eben hierdurch wird der Korporatismus in der Sozialpolitik riskant.

3. Das Fallbeispiel: Die Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft

„Auf den Schultern der Schwachen“ – mit dieser Provokation betitelte das IW die populärwissenschaftliche Vorabveröffentlichung zu seiner Studie über die Wohlfahrtsverbände in Deutschland im Jahr 2004 (*Chevalier* 2004). Die Studie selbst wurde kurze Zeit später unter dem Titel „Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Eine ordnungspolitische Analyse und Reformagenda“ herausgegeben (*Enste* 2004). Das Institut sah die Wohlfahrtsverbände in der Kritik, sich indirekt auf Kosten der sozial Schwachen zu bereichern, weil sie mit ineffizienten und unprofessionellen Managementstrukturen arbeiten würden (*Enste* 2004, S. 142). Die Studie analysierte aus ordoliberalen Sicht die Struktur der Freien Wohlfahrtspflege als Non-Profit-Organisation und reflektierte die veränderten gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen ihrer Arbeit. Es mag als Bestätigung der Vermutung verschärfter Legitimations- und Verteilungskonflikte gewertet werden, dass sich ein der Marktwirtschaft verpflichtetes Institut, das von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen getragen wird (*IW* 2007), in dieser Form mit der Freien Wohlfahrtspflege auseinandersetzt.

Diese provokative und bewusst eng geführte Grenzüberschreitung hätte schon deshalb von den Wohl-

fahrtsverbänden aufgegriffen werden können, um eigene Argumente in die Debatte um die Modernisierung der Sozialwirtschaft einzubringen. Denn eine derartige Betrachtung der Sozialwirtschaft reicht offensichtlich nicht aus, wenn man die relevanten theoretischen und empirischen Aspekte der Wohlfahrtsverbände erschöpfend darstellen will. Doch auf die Veröffentlichung der Studie im Jahr 2004 folgten keine offiziellen Stellungnahmen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege; auch Vertreter und Vertreterinnen der Sozialen Arbeit außerhalb der Verbände, die sich mit dem Thema der Ökonomisierung des Sozialen beschäftigen, blieben stumm. Und das, obwohl das Thema Modernisierung der Sozialwirtschaft aufgrund der anhaltenden Krise des Sozialstaates damals im Jahr 2004 hochaktuell war und heute noch immer ist und die Auswirkungen von politischen Entscheidungen in diesem Bereich die Soziale Arbeit direkt betreffen.

Dabei hätten schon allein die Hauptkritikpunkte hinreichend Anlass zum Widerspruch geboten. Im Einzelnen wurde unter anderem behauptet (vgl. hier und im Folgenden jeweils *Enste* 2004), dass

- ▲ die Wohlfahrtsverbände die aktuellen Problemlagen zu wenig berücksichtigen und dadurch notwendige Reformen verhindern würden (*ebd.*, S. 33);
- ▲ sich die Wohlfahrtsverbände einem professionellen Management, einer Innovationskultur, der Nutzung von Produktivitätsreserven sowie dem Qualitäts- und Personalmanagement verschlossen (*ebd.*, S. 33, 42, 47, 52);
- ▲ im Sozialsektor aufgrund des korporatistischen Arrangements eine kartellartige Struktur mit zu wenig Wettbewerb herrsche, die zudem nach außen nicht transparent gemacht werde (*ebd.*, S. 42, 47, 48, 53);
- ▲ sich viele Beschäftigte auf der Besoldung nach dem Bundesangestelltentarif ausruhen, ohne wirkliche Leistungsanreize zu erhalten (*ebd.*, S. 43);
- ▲ das Gemeinnützigkeitsrecht eine ungerechtfertigte Wettbewerbsverzerrung und ein Innovationshemmnis darstelle (*ebd.*, S. 43);
- ▲ die Wohlfahrtsverbände in erheblichem Maße von Gratisressourcen (Zivildienstleistende, Ableistung eines freiwilligen sozialen Jahres) und Ein-Euro-Jobbern profitierten (*ebd.*, S. 44, 45);
- ▲ eine Kultur der Bevormundung statt des Eingehens auf Kundeninteressen herrsche (*ebd.*, S. 46).

Die Kritikpunkte sollen hier nicht im Einzelnen diskutiert werden (dazu ausführlich *Motzke* 2006, zusammengefasst auf den S. 90-95). Die Argumentation bestand im Kern in einer Fundamentalkritik am Typus der Wohlfahrtsverbände als Sozialleistungs-

verbände. Sie zielte auf deren Doppelfunktion als Verbände und Unternehmern ab, wobei sie sich als letztere nach Ansicht der Autoren in einem kartellartig abgeschotteten Markt der sozialen Dienste bewegen. Die Studie des IW lehnte sich mit dieser Kritik an die Monopolkommission an, die in ihrem Hauptgutachten 1996/97 die wettbewerbliche Neuorientierung der Freien Wohlfahrtspflege gefordert und dafür Handlungsempfehlungen ausgesprochen hatte (*Monopolkommission* 1998). Zuvor war das so bezeichnete Wohlfahrtskartell bereits mit negativen Schlagzeilen über die angeblich ineffiziente Bereitstellung sozialer Dienste in die Medien geraten (*Menninger* 1998, S.1).

Über die eigentlichen Gründe für die ausbleibende Replik der Wohlfahrtsverbände kann nur spekuliert werden:

▲ Zunächst ist man im Sozialwesen kulturell einen derart rauen Umgangston nicht gewohnt. Eine ebenso verletzendende Retourkutsche etwa des Titels „Mit dem Rückenwind der Wirtschaftsbosse“ für eine fiktive Fundamentalkritik an den Wirtschaftsverbänden und dem wissenschaftlichen Anspruch des IW wäre für die Wohlfahrtsverbände aufgrund ihrer ethischen Grundprinzipien wohl undenkbar.

▲ Des Weiteren rief bei den Wohlfahrtsverbänden, die in der Praxis aufgrund der Einsparung staatlicher Finanzbeiträge alltäglich um das Überleben von Einrichtungen, den Erhalt von Arbeitsplätzen und Qualitätsstandards sowie gegen das Abrutschen von Lohnstrukturen kämpfen müssen, der Kartellvorwurf eine Mischung aus Mitleid und Hoffnungslosigkeit hervor. Die weltfremde Borniertheit der Argumentation war wohl der Grund, weshalb bereits vorbereitete Stellungnahmen bewusst zurückgehalten wurden (*Strack* 2004).

▲ Zudem wurden bereits 2004 und davor in den Wohlfahrtsverbänden umfangreiche Umstrukturierungen durchgeführt oder waren absehbar, so dass einige der Empfehlungen des IW bereits umgesetzt wurden (*Wohlfahrt* 2005, S. 11, *Hildemann* 2004, S. 7).

▲ Schließlich hatten die Wohlfahrtsverbände bereits ausführliche Stellungnahmen zu dem Bericht der Monopolkommission abgegeben und sahen es angesichts der schlechten Neuauflage durch das IW als überflüssig an, diese noch einmal kundzutun.

Wenn das IW die Kritik der Monopolkommission im Jahr 2004 wieder aufgriff, so kann vermutet werden, dass man in den Wirtschaftsverbänden insbesondere mit der politischen Reaktion auf das Gutachten der Kommission unzufrieden war und/oder eine taktische Schwächung der Wohlfahrtsverbände in der

damals laufenden Diskussion um die Hartz-IV-Reformen erzielen wollte. Deutlich war in jedem Fall, dass sich die Kritik vornehmlich gegen die staatlich gesetzten Rahmenbedingungen der Wohlfahrtsverbände richtete (*Meyer* 1999, S. 18). Die Wohlfahrtsverbände traf die Kritik – bei Gültigkeit neoklassischer Verhaltensannahmen durchaus konsequent – erst in zweiter Hinsicht. Da somit die Kritik beider Studien im Kern noch tiefer zielte als nur auf das aktuelle Geschäftsgebarren der Wohlfahrtsverbände, hätte das Ergebnis der Diskussion weitreichende Wirkungen auf die gesamte Sozialpolitik haben können. Insofern war das Schweigen der Verbände – das von einer moderaten internen Rezeption im Diakonischen Werk und im Caritasverband begleitet wurde – eine durchaus riskante Taktik. Der damalige Erfolg dieser Taktik sollte über offene strategische Fragen nicht hinwegtäuschen.

4. Fazit und Ausblick: Strategische Optionen der Wohlfahrtsverbände

Auch wenn der Angriff des IW insgesamt als misslungen bezeichnet werden muss, so ist doch unverkennbar, dass für die Wohlfahrtsverbände das Klima rauer geworden ist. Immer deutlicher drängt das zuvor unhinterfragte Spannungsfeld von „Anwaltschaft und Dienstleistung“ (*Lehner; Manderscheid* 2001) ins öffentliche Bewusstsein, da sich neben der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit die Frage nach der „Repolitisierung Sozialer Arbeit“ (*Lallinger; Rieger* 2007) stellt. Es gehört zum Selbstverständnis der Wohlfahrtsverbände, beides unter einem Dach zu vereinen und die entsprechenden Konflikte gleichsam zu internalisieren.

Zunächst einmal werden die politischen Akteure den Wohlfahrtsverbänden für diese Internalisierungsleistung dankbar sein und sie für ihr politisches Alltagshandeln wertschätzen. Gleichwohl scheint diese Wertschätzung hinter anderen Aspekten in den Hintergrund zu treten und nicht allein ausreichend zu sein, um die korporatistischen Arrangements langfristig stabilisieren zu können. Ganz im Gegenteil ist die korporatistische Verlässlichkeit und Arbeitsteilung seit einigen Jahren einem deutlich intensivierten Wettbewerb sowohl auf der Verbands- als auch auf der Unternehmensebene gewichen. Auf beiden Ebenen wird der Wettbewerb tendenziell zu einer Spezialisierung von Sozialunternehmen beziehungsweise Sozialverbänden führen. Eben jene beiden Spezialisierungsdimensionen stellen die Wohlfahrtsverbände im riskanten Korporatismus vor neue Herausforderungen. Es verwundert nicht, dass diese Situation schon länger diskutiert wird und sich in der Literatur verschiedene Szenarien für die Zukunft

der Wohlfahrtsverbände finden (Ottstad u. a. 2000, S. 181 f., Dahme u. a. 2004, S. 423, Richter 2002, S. 146, Boeßenecker 2005, S. 300 f.). Im Kern lassen sich aus jenen Szenarien die strategischen Optionen der Wohlfahrtsverbände als Grundsatzentscheidungen mit Blick auf zwei Spezialisierungsdimensionen konstruieren:

▲ Zum einen ist zu entscheiden, ob der Wohlfahrtsverband in seiner bestehenden Form als *Sozialleistungsverband* weitergeführt oder ob die verbandliche Aktivität und die soziale Dienstleistung für die Klientel getrennt werden sollten.

▲ Zum anderen stellt sich die Frage, ob die Strukturierung in Richtung einer *Vollversorgung* oder in Richtung einer Spezialisierung des Leistungsspektrums vollzogen werden sollte.

Vor dem Hintergrund dieser Spezialisierungsdimensionen kann die Grundthese von einem „riskanten Korporatismus“ konkreter gefasst und in ihren Konsequenzen illustriert werden. Angesichts der zunehmenden Legitimationsprobleme und Verteilungskonflikte ist es für die einzelnen Wohlfahrtsverbände heute umso wichtiger geworden, innerhalb des Arrangements eine klar definierte Rolle zu spielen. Vermutlich wird nur durch Spezialisierung die eigene Position gesichert werden können. Da diese Spezialisierung je nach Verband – man denke nur an die konfessionellen versus die nicht konfessionellen Wohlfahrtsverbände – in recht unterschiedlicher Richtung verlaufen wird (Boeßenecker 2005, S. 301), steht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vor neuen Herausforderungen.

Insbesondere mit Blick auf jene Wohlfahrtsverbände, die eine Trennung von Verband und Sozialunternehmen anstreben, wird sich die Frage stellen, welche verbandliche Struktur das Sozialunternehmen eigentlich benötigt und welche Rolle dabei dem Dachverband zukommen müsste. Gerade im sensiblen Feld der Sozialpolitik ist der riskante Korporatismus, der seinem Wesen nach zu verstärkter verbandlicher Konkurrenz, offener Konfrontation, Strukturlosigkeit und Spezialisierung der Verbändelandschaft neigt (Sebaldt; Straßner 2004, S. 302 ff.), für die politischen Akteure nicht optimal. Beide Seiten suchen vielmehr auch nach Bindungen, vertrauensvoller Zusammenarbeit und forenübergreifender Diskussion. Im riskanten Korporatismus muss daher insbesondere das Verhältnis von Fachverband und Spitzenverband neu ausgerichtet werden.

Insgesamt besteht angesichts der strategischen Herausforderungen kein Anlass für Panik und Aktionismus. Da sich die Wohlfahrtsverbände im Spannungsfeld

zwischen normativen Ansprüchen und Marktzwängen bewegen, ist die erforderliche Organisationsentwicklung komplizierter und anspruchsvoller als zum Beispiel bei gewinnorientierten Dienstleistungsanbietern und braucht von daher mehr Zeit und Ressourcen (Andresen; Geest 2004, S. 7). Die Umsetzung von intern wie extern wirksamen Reformen gelingt, wenn die Ziele in den vorgegebenen komplexen verbandlichen und betrieblichen Zusammenhängen überzeugend kommuniziert werden. Dies erfordert den Einsatz erheblicher personeller und zeitlicher Ressourcen und setzt ein über mehrere Jahre reichendes Handlungskonzept voraus, in dem möglichst konkrete Einzelschritte und Teilziele beschrieben werden. Die Wohlfahrtsverbände sind seit längerer Zeit dabei, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Literatur

- Andresen, Volker;** Geest, Werner: Reformen brauchen Zeit und Legitimation. In: *SOZIALwirtschaft* 4/2004, S. 7-10
- Boeßenecker, Karl-Heinz:** Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Eine Einführung in Organisationsstrukturen und Handlungsfelder der deutschen Wohlfahrtsverbände. Weinheim/München 2005
- Chevalier, Klaus:** Auf den Schultern der Schwachen. Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Köln 2004
- Dahme, Heinz-Jürgen;** Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003
- Dahme, Heinz-Jürgen;** Kühnlein, Gertrud; Wohlfahrt, Norbert: Die sozialwirtschaftliche Modernisierung der bundesdeutschen Wohlfahrtspflege – ein weiterer Schritt auf dem „Holzweg in die Dienstleistungsgesellschaft“. In: *neue praxis* 5/2004, S. 409-425
- Enste, Dominik H.:** Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Eine ordnungspolitische Analyse und Reformagenda. Köln 2004
- GVG-Arbeitsgruppe** (Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V.): Zur Bedeutung der Selbstverwaltung in der deutschen sozialen Sicherung. Formen, Aufgaben, Entwicklungstendenzen und Herausforderungen. Entwurf einer Stellungnahme der GVG-Arbeitsgruppe „Selbstverwaltung/Pluralismus“. Unveröffentlichtes Manuskript. Köln 2007
- Hildemann, Klaus D. (Hrsg.):** Die Freie Wohlfahrtspflege. Ihre Entwicklung zwischen Auftrag und Markt. Leipzig 2004
- Institut der Deutschen Wirtschaft (IW):** Unser Auftrag. <http://www.iwkoeln.de/default.aspx?p=cont&i=18328&n=Green156&m=gruen&f=1&ber=Selbstdarstellung>, Abruf am 31. Oktober 2007
- Lallinger, Manfred;** Rieger, Günter (Hrsg.): Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell. Stuttgart 2007
- Lehner, Markus;** Manderscheid, Michael (Hrsg.): Anwaltschaft und Dienstleistung. Organisierte Caritas im Spannungsfeld. Freiburg im Breisgau 2001
- Maaser, Wolfgang:** Normative Diskurse der neuen Wohlfahrtspolitik. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): a.a.O. 2003, S. 17-35
- Menninger, Oswald:** Ökonomisierung und Folgen für die Wohlfahrtspflege. Berlin 1998

Merten, Roland: Sozialpolitik als Bedingung moderner Sozialarbeit. In: Päd.Blick 3/1998, S. 148-159

Meyer, Dirk: Wettbewerbliche Neuorientierung der Freien Wohlfahrtspflege. Berlin 1999

Monopolkommission: Marktöffnung umfassend verwirklichen. 12. Hauptgutachten 1996/1997. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11291. Bonn 1998

Motzke, Katharina: Auf den Schultern der Schwachen? Die Kritik des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) an den Wohlfahrtsverbänden. Bewertung ausgewählter Aspekte aus Sicht der Sozialen Arbeit. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln. Köln 2006

Nolte, Paul: Riskante Moderne. Die Deutschen und der moderne Kapitalismus. München 2007

Ottstad, Adrian; Wahl, Stefanie; Miegel, Meinhard: Zwischen Markt und Mildtätigkeit. Die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege für Gesellschaft, Wirtschaft und Beschäftigung. München 2000

Richter, Gregor: Privatisierung und Funktionswandel der Freien Wohlfahrtspflege. Strategien in nationalen und europäischen Sozialmärkten. Baden-Baden 2002

Schäfer, Peter: Europäische Integration und Soziale Arbeit. Zu den Auswirkungen europäischer Sozialpolitik in Deutschland und deutscher Sozialpolitik in Europa auf Soziale Arbeit. Frankfurt am Main 2000

Schönig, Werner: Alimentierung und Entlastungsleistungen von Wirtschaftsverbänden. Anmerkungen zum Erklärungswert der Theorie des Rent Seeking. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 41/1996, S. 111-127

Schönig, Werner: Aktivierende Sozialpolitik und die Soziale Arbeit. Strukturveränderungen in den Handlungsfeldern zur Stärkung sozialer Teilhabe. In: Hildemann, Klaus D. (Hrsg.): a.a.O. 2004, S. 53-67

Schönig, Werner: Aktivierungspolitik. In: Dollinger, Bernd; Raithel, Jürgen (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar. Wiesbaden 2007, S. 23-39

Sebaldt, Martin; Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden 2004

Strack, Christoph: „Eine Bereicherung“. Die Wirtschaft und die Wohlfahrt. In: KNA vom 29.6.2004

Wohlfahrt, Norbert: Die sozialwirtschaftliche Transformation sozialer Dienste und ihre Folgen für die Soziale Arbeit. In: Krummacher, Michael; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit und Sozialstaatsentwicklung. Vorträge im Rahmen der „Forschungswerkstatt soziale Arbeit“ 2004/2005 an der Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe. Bochum 2005

Community Care und Community Living

Wie stellt sich die Soziale Arbeit den neuen Entwicklungen in der Behindertenhilfe?

Jens Clausen

Zusammenfassung

Die Behindertenhilfe steht heute vor großen Herausforderungen: Während die letzten Mauern der alten Verwahranstalten fallen oder unter Denkmalschutz gestellt werden, bauen die Kostenträger und Sozialverwaltungen nun auf inklusive Lebensformen und bürgerschaftliche Unterstützung. Doch hier ist zu fragen, welche Überlegungen sich hinter den klangvollen Begriffen von Community Care und Community Living verbergen und welche Aufgaben die Soziale Arbeit in Forschung, Lehre und Praxis zu erwarten hat.

Abstract

The German health care system for disabled people today faces great challenges. While the last walls of the old care home buildings are being torn down (or designated as historical monuments), benefactors and social administrations now count on inclusive ways of living and civic support. Yet, here the question arises as to what considerations may hide behind glamorous concepts like community care and community living and what tasks (in research, teaching and practical application) are expected to be performed by social work in this area.

Schlüsselwörter

Behindertenhilfe – Konzeption – Teilhabe – Inklusion – Lebenswelt

Einleitung

Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme in der Arbeitsmarkt- oder der Gesundheitspolitik vollzieht sich geräuschvoll und öffentlich – eine für alle sichtbare Baustelle mit mehreren Architekten und vielen Arbeitern (die allerdings alle den gleichen Plan vor Augen zu haben scheinen). Die Öffentlichkeit verfolgt diesen Umbau mit Spannung, Enttäuschung oder Empörung, jedenfalls geräuschvoll und hoch-emotional (Böllert 2005). Dagegen geschehen die Umbaumaßnahmen auf der Baustelle der Behindertenhilfe eher lautlos und jenseits der öffentlichen Wahrnehmung. Obwohl vor der verhüllten Fassade der alten Gebäude jedes Jahr ein neues Plakat angebracht wird – auf dem dann „Community Care“ oder „Inklusion“ oder „Persönliches Budget“ steht –, geht die Öffentlichkeit recht achtlos daran vorbei.

Und wie es in dem entkernten Objekt aussieht, ist auch noch nicht sichtbar beziehungsweise spürbar – und wir spüren Entwicklungen oft erst allzu spät.

Auf fachlicher Seite, vor allem bei Kosten- und Leistungsträgern, wird der Diskurs über die neuen Begriffe und Entwicklungen der Behindertenhilfe hingegen mit großem Engagement geführt, auch vonseiten der Politik. Dort scheint man sogar ganz zufrieden über den Gang der Dinge zu sein. So heißt es im letzten Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe: „In der Politik für behinderte Menschen hat in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden. In der größten Reform seit den 70er-Jahren haben Bundesregierung und Gesetzgeber ... die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, dass behinderte Menschen ihr Leben so weit wie möglich in freier Selbstbestimmung gestalten können“ (*Bericht der Bundesregierung* 2004).

Und in der Tat wurde in der Gesetzgebung der letzten Jahre bezüglich der Rechtsstellung und Teilhabe behinderter Menschen einiges auf den Weg gebracht: 1994 begann es mit der Ergänzung des Grundgesetzartikels 3, Absatz 3: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ 2001 wurden die verstreut existierenden Gesetze und Bestimmungen für Menschen mit Behinderungen unter dem Titel „Rehabilitation und Teilhabe“ im Sozialgesetzbuch (SGB) IX zusammengefasst. 2002 machte das Bundesgleichstellungsgesetz (BGG) mit der Barrierefreiheit und dem Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen ernst. 2005 löste das Sozialgesetzbuch XII das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ab und betonte noch einmal deutlich den Grundsatz „ambulant vor stationär“. 2006 wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) mit den Aspekten der Vermeidung von Benachteiligungen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben verabschiedet. Und seit Anfang 2008 ist der Rechtsanspruch auf ein „trägerübergreifendes persönliches Budget“ (§ 57 SGB XII) eingeführt.

Historischer Kontext

Der Grund für diese, nennen wir es einmal engagierte, Gesetzgebung liegt vor allem darin, dass in den letzten Jahren deutlich wurde, wie sehr die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bezüglich der Rechtsstellung behinderter Menschen im Hintertreffen lag. Sowohl die Vereinten Nationen als auch das Europäische Parlament machten darauf aufmerksam. Als die angemahnten Defizite erkannt und die notwendigen Gesetze verabschiedet waren, machte die Politik daraus gleich folgende Erklärung:

„Die Reform hat nicht nur in Deutschland den Grundstein für eine Verbesserung der Situation behinderter Menschen gelegt, sie ist auch auf internationaler Ebene beispielgebend. Dies gilt auch für die Gleichstellung behinderter Frauen durch Berücksichtigung ihrer Lebens- und Erwerbsituationen. Deutschland hat damit eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Politik für behinderte Menschen übernommen“ (*Bericht der Bundesregierung* 2004).

Das ist recht vollmundig formuliert angesichts der Tatsache, dass die Behindertenhilfe in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der historischen Belastungen, bislang nicht gerade als Spitzenreiter im internationalen Vergleich dastand. Ein kurzer Blick zurück: Die Jahre nach 1945 waren von der Unterbringung behinderter Menschen in Großeinrichtungen mit dem Ziel der Verwahrung und Pflege geprägt. Eine wirkliche Aufarbeitung der Ermordungen und Sterilisationsmaßnahmen sowie der menschenverachtenden Forschungspraxis an Behinderten während des Nationalsozialismus fand zunächst nicht statt. Allerdings fragten sich immer mehr Eltern in dieser Zeit, ob ihre behinderten Kinder in den bestehenden Großeinrichtungen angemessen versorgt und gefördert würden. Ab Mitte der 1960er-Jahre wurden allmählich die Prinzipien der Normalisierung und Integration, die in Skandinavien und Nordamerika den Entwicklungsprozess bestimmten, auch in Deutschland wahrgenommen. Hier führte das zu einer förderorientierten Ausweitung der Behindertenhilfe: Frühförderung, heilpädagogische und integrative Kindergärten, Sonder- beziehungsweise Förderschulen und Internate mit einer spezifischen Ausrichtung auf die jeweilige Behinderung der Kinder und schließlich Integrationsprojekte für erwachsene Menschen mit Behinderungen bestimmten das konzeptionelle Denken und Handeln. Ab Mitte der 1990er-Jahre hießen die Leitgedanken dann „Von der Bevormundung zur Selbstbestimmung“ und „Vom Betreuer zum Begleiter“, verbunden mit der Dezentralisierung der Großeinrichtungen, dem Ausbau des betreuten Wohnens, der Entwicklung Familien unterstützender Dienste und der Einführung einer individuellen Hilfeplanung.

Aktuelle Tendenzen

Heute nun geht es, ebenso wie im Gesundheitswesen oder auf dem Arbeitsmarkt, um eine weitreichende, zukunftsfähige Gestaltung der Behindertenhilfe, also um die Frage, welche Konzepte einer angemessenen Unterstützung die Gesellschaft für ihre behinderten Bürgerinnen und Bürger bereithält beziehungsweise zu entwickeln und zu finanzieren gewillt ist. Gegenwärtig werden die Strukturen und

Institutionen der Versorgung und Pflege behinderter Menschen von der Politik und der Sozialverwaltung und in ihrem Gefolge auch von den Einrichtungsträgern sehr genau unter die Lupe genommen und auf ihre Zukunftsfähigkeit und Finanzierbarkeit hin überprüft. Dieser Prozess hat in letzter Zeit deutlich an Tempo und Intensität zugenommen.

Aus Sicht der Kostenträger stellt sich die Situation so dar: Die größte Gruppe der Leistungsempfänger und -empfängerinnen der Eingliederungshilfe sind Menschen mit Behinderungen im Alter von 40 bis 55 Jahren. Sie wächst ins Alter hinein und wird bald einen erhöhten Pflegebedarf haben. Damit steigen – wenn nicht in absehbarer Zeit eine gewisse Umsteuerung stattfindet – die Kosten der Eingliederungshilfe erheblich. Doch dazu haben weder die örtlichen noch die überörtlichen Sozialhilfeträger die notwendigen finanziellen Ressourcen – und die Pflegekassen auch nicht (Heuser 2007).

Die neue Blickrichtung wird immer klarer: Schon jetzt unterstützen Gesetzgeber und Kostenträger eine – wie es gern formuliert wird – sozialräumlich-lebensweltlich orientierte Begleitung von Menschen mit Behinderungen in ambulanten Strukturen. An dieser Stelle nun tauchen die Begriffe *Community Care* und *Community Living* auf: *Community* meint ja zunächst einmal nichts anderes als Gemeinschaft, Körperschaft, Gemeinde, Gemeinwesen und *Care* bedeutet Sorge, Fürsorge, Aufmerksamkeit, ursprünglich auch Besorgnis, Aufsicht, Obhut, Pflege. *Community Care* soll also heißen: Die Gemeinschaft beziehungsweise das Gemeinwesen trägt die Sorge und übernimmt die Aufmerksamkeit für ihre Bürgerinnen und Bürger, auch und gerade für jene, die behindert sind oder behindert werden. Ein Gemeinwesen wird aber erst dann zu einer Gemeinschaft, wenn diese nicht nur über ein adäquates Angebot an Beratung und Unterstützung verfügt, sondern wenn auch die in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger Sorge für Menschen mit Behinderungen tragen – wie auch für alle anderen Menschen, die der Aufmerksamkeit, der Fürsorge oder der Pflege bedürfen. Gebraucht wird dazu „das bürgerschaftliche Engagement von vielen, um dieses zukunftsweisende Verständnis von Gemeinde und Gemeinschaft in die Praxis umzusetzen“ (Wunder 2006). Wenn das gelänge, so die Idee, dann könnte *Community Care* zu einer Vertiefung des Miteinanders in der Gesellschaft führen und das Leben aller bereichern.

Community Living

Dieser Aspekt wird auch von den Protagonisten des *Community Living* besonders betont: Die Europäi-

sche Koalition für *Community Living* in Brüssel weist darauf hin, dass Menschen mit Behinderung Zugang zu umfassenden Qualitätsdienstleistungen innerhalb ihrer Gemeinde benötigen, damit sie ihre Rechte und volle Teilhabe an der Gesellschaft wahrnehmen können. Das bedeutet, unabhängig in der Gemeinde zu leben, in kleinen Wohneinheiten oder allein, mit passgenauer Unterstützung, die sich nach den Bedürfnissen der Einzelnen richtet. Es bedeutet, Zugang zu haben zu Bildung und Beschäftigung sowie zum sozialen Leben in der Gemeinde. Das heißt, Wahlmöglichkeiten zu haben und in Würde zu leben.

Wichtiger Ausgangspunkt von *Community Living* ist die Überzeugung, dass Menschen mit Behinderung selbst bestimmen wollen und können, wie sie ihr Leben gestalten. Dazu ist Unterstützung erforderlich, abhängig von der jeweiligen Situation und von der einzelnen Person und ihren Kompetenzen. Grundsätzlich stehen im Konzept von *Community Living* alle Dienstleistungen und Einrichtungen im Gemeinwesen auch für Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Wenn diese Unterstützungsangebote für sie nicht ausreichen, müssen spezifische Dienstleistungen bereitgestellt werden. Wichtig dabei ist wieder der unmittelbare Nachbarschafts-, Gemeinde- beziehungsweise Stadtteilbezug.

Inklusives Miteinander?

Während also *Community Care* die neuen Formen der Assistenz und Unterstützung stärker in den Vordergrund stellt, hebt *Community Living* den „gemeinwesenorientierten Charakter des Prozesses“ (Stein 2007) hervor. In diesem Zusammenhang taucht auch der Begriff der *Inklusion* immer wieder auf. Inklusion bedeutet wörtlich Einschluss, Einbeziehung. Im Sinne des Inklusionsgedankens sollen Menschen mit Behinderungen nicht am Rande der Gesellschaft leben, sondern selbstverständlich in den allgemeinen Rahmen von Wohnen und Arbeiten, von Kultur und Freizeit einbezogen sein. Inklusion fordert also dazu auf, Menschen mit Behinderungen das notwendige Maß an Unterstützung anzubieten, ihnen einen Zugang zu gesellschaftlichen Regelkontakten zu ermöglichen, eine Teilhabe an gesellschaftlichen Bezügen zu gewährleisten und ihnen ein Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu sichern.

Der Begriff der Inklusion ist also eng mit den Konzepten *Community Care* und *Community Living* verknüpft und tritt die Nachfolge der Prinzipien der Normalisierung und Integration an, ja weist über sie hinaus. Nun soll es nicht mehr um die bloße Eingliederung geistig behinderter Menschen in die Gesellschaft, sondern um die Umgestaltung der Com-

munity im Sinne einer inklusiven Gesellschaft gehen. Oder knapper formuliert: „Integration bedeutet Ausgrenzung aufheben, Inklusion dagegen, Ausgrenzung von vornherein gar nicht erst zuzulassen“ (*Früh-auf; Niehoff* 2007). Doch mit einer solchen Aussage wird ein Bild von Gemeinschaft beschworen, das dem Grad der Komplexität und Differenziertheit moderner Gesellschaften kaum entspricht. Muss man heute nicht – vor dem Hintergrund tiefgreifender sozialer Umbrüche – feststellen, dass Prozesse des Ausschlusses, der Exklusion aus wichtigen gesellschaftlichen Bezügen, keineswegs auf Menschen mit Behinderungen beschränkt sind, ja noch nicht einmal auf wenige marginalisierte Personengruppen? Ist es zulässig, den Begriff der Inklusion unhinterfragt aus seiner wissenschaftstheoretischen Verankerung herauszulösen und unkritisch im Sinne einer Formulierung von Einheitsperspektiven oder sogar Solidaritätserwartungen zu verwenden?

Teilhabe und Ausschluss in modernen Gesellschaften

Es ist schon eigentümlich, welch eindimensionale Betrachtungsweise von Community und Inklusion sich innerhalb der Behindertenhilfe entwickelt hat. Man stilisiert „Inklusion“ zu einer normativen Leitidee und konjugiert das Konzept, welches man mit Inklusion verbindet, lediglich im Kontext von Vergangenheit und Gegenwart. Bislang wurden Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt, nun soll ihre volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben selbstverständlich sein – oder, um es in Abwandlung von *Freuds* Diktum vom „Es“ und vom „Ich“ zu formulieren: „Wo Exklusion war, soll Inklusion werden.“ Eine solche Vereinfachung des Inklusionsbegriffs ist jedoch in wissenschaftstheoretischer Hinsicht erschreckend und sozialwissenschaftlich gesehen kurzsichtig – selbst im Sinne einer engagierten Parteinahme für Menschen, deren Leben bislang als randständig, in Bezug auf die Mitte der Gesellschaft, angesehen wurde.

Nicht erst seit gestern müssen wir einsehen, dass die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft nirgendwo einen für alle akzeptierten Ort hat, an dem ihre Kohärenz und Verbindlichkeit zum Ausdruck kommt. „Sie artikuliert ihre Einheit weder über eine Rangordnung der Schichten, noch über eine Herrschaftsordnung, noch über eine Lebensform ..., in der das Wesen des Menschen Gestalt gewinnt“ (*Luhmann* 2005, siehe auch *Wansing* 2005). Prozesse der Teilhabe und des Ausschlusses, der Inklusion wie der Exklusion, werden in differenzierten Gesellschaften vielmehr durch die einzelnen Funktionssysteme und ihre Kommunikationszusammenhänge ge-

steuert. Die moderne Gesellschaft schließt eigentlich niemanden komplett, in der Gesamtheit seiner Lebensführung, in sich ein, im Gegenteil, sie produziert laufend Ein- und Ausschlüsse in den einzelnen Funktionssystemen. Diese Seite der Medaille bleibt jedoch in der aktuellen Diskussion um neue Konzepte in der Behindertenhilfe völlig unerwähnt.

Geeignete Lebensräume?

Ein weiterer Aspekt, der in den Konzepten von Community Care, Community Living und Inklusion eine wichtige Rolle spielt, ist die „neue“ Lebensweltorientierung. Neben der kommunalen Steuerung und der individuellen Hilfeplanung bis hin zum Persönlichen Budget ist die Sozialraum- und Lebensweltorientierung nun auch in der Behindertenhilfe angekommen. Wenig beachtet wird dabei jedoch der Diskussionszusammenhang, in welchem die genannten Konzepte längst stehen: Als in den 1980er-Jahren das Konzept „Lebensweltorientierte Soziale Arbeit“ Bedeutung erlangte, so geschah dies kontrapunktisch zur bis dahin sehr symptomorientierten Betrachtungsweise. Nicht individuelle Defizite und Förderaspekte sollten im Fokus stehen, sondern „der Mensch in seinen gegebenen Lebensverhältnissen, also in seiner Bezogenheit auf andere und seinem Eingebettet-Sein in die materiellen, sozialen und symbolischen Strukturen der Lebenswelt, in denen er sich immer schon vorfindet“, wie es *Hans Thiersch* auch in aktuellen Publikationen formuliert (*Thiersch* 2005).

Daraus leiten die Vertreter des Community Living die Vorstellung ab, dass Maßnahmen zur Assistenz in der Behindertenhilfe erst ihre Bedeutung durch die Integrierung in die lebensweltlichen Zusammenhänge des betroffenen Menschen erhalten: „Dies bedeutet, dass bei allen Formen einer Unterstützung, Förderung, Therapie o.ä. stets das soziale Bezugsfeld als autonomiehemmender oder -fördernder Faktor mitreflektiert und berücksichtigt werden muss.... Somit gehört es zu einem wichtigen (insbesondere auch präventiven) Anliegen der Behindertenhilfe, soziale Kontexte von Menschen mit geistiger Behinderung in den Blick zu nehmen und offen-siv für geeignete Lebensräume und Lebensqualität einzutreten“ (*Theunissen* 2007).

Lebenslagen, Lebenswelten, Lebenswirklichkeiten

An solchen wohlmeinenden Aussagen wird deutlich: Manche Position der neuen Behindertenhilfe greift recht unpräzise klassische Vorstellungen auf, die im aktuellen Diskurs der Sozialen Arbeit längst eine Vertiefung oder kritische Überprüfung erfahren haben. So weist eine systemtheoretisch orientierte

Sozialarbeitswissenschaft heute zu Recht darauf hin, dass man wohl besser zwischen „Lebenslage“ und „Lebenswelt“ differenzieren sollte. Und sie tut dies nicht aus Spitzfindigkeit, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass man sich in der Praxis der Sozialen Arbeit kaum an den „unhintergebar subjektiven und deshalb nicht direkt zugänglichen Wirklichkeitskonstruktionen“ (Kraus 2007) eines Menschen orientieren kann. Anders formuliert: Selbst wenn sich die Lebenslage eines Menschen gut ermitteln lässt und ein Eindruck davon entsteht, wie die Verfügungsmöglichkeiten über materielle Ressourcen und die Kontakte im sozialen Netzwerk des betreffenden Menschen beschaffen sind, so bedarf es doch einer behutsamen und empathischen Begleitung und Beziehungsarbeit, um ein Gespür für seine subjektiven Wahrnehmungen und Wirklichkeitskonstruktionen zu erlangen und angemessene Hypothesen über seine Wünsche formulieren zu können. Und selbst dann wird klar: Die Lebenswelt eines Menschen lässt sich nicht wirklich erfassen. Wir können lediglich Hypothesen über individuelle Wirklichkeitskonstruktionen eines Menschen – unabhängig davon, ob er behindert ist oder nicht – aufstellen. Und wir können unsere Einfühlungsversuche schulen – was besonders wichtig ist, wenn die üblichen kommunikativen Wege zueinander nicht ausreichen. In jedem Fall aber sollten wir uns bewusst machen, dass sich die Realität eines anderen Menschen bestenfalls erahnen, aber nicht wirklich „begreifen“ lässt.

Hinzu kommt, dass wir es nicht nur mit einzelnen Wirklichkeitskonstruktionen, sondern auch mit vielfältigen Positionen, Interessen, Aufträgen und Auftragsabklärungen zu tun haben, die zu der treffenden Feststellung führen: „Als Strukturmerkmal der Sozialen Arbeit kann der Umgang mit und das Aushalten von Ambivalenzen angesehen werden“ (Kleve 2003). Diese Erkenntnis wird in der Behindertenhilfe besonders deutlich, wenn wir realisieren, dass wir gleichzeitig die Menschen mit einer Behinderung unterstützen, ihre Angehörigen beraten, die fürsorgliche Belagerung der alten Einrichtungen verändern, neue Formen der angemessenen Begleitung entwickeln, die Community auf die neuen Aufgaben einstimmen, die Kostenträger überzeugen und unsere eigenen Positionen (wann ist Assistenz notwendig und unumgänglich, wann behindern wir durch unser Handeln die Selbstbestimmung?) reflektieren müssen.

Schlussfolgerungen

Natürlich ist es notwendig und wichtig, die traditionellen Formen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit – besonders innerhalb der Großeinrichtungen mit

ihrer oft entmündigenden Dynamik – aufzudecken und zu verändern. Aber: Geistig behinderte Menschen wurden nicht nur abhängig gemacht, sie sind auch verletzbar und auf kompetente Unterstützung angewiesen. Das sehen Menschen mit Behinderungen, die sich organisiert und in die Debatte um Community Care und Community Living eingemischt haben, ganz ähnlich.

So mahnt *Gerlef Gleiss* (2003) von der Gruppe „Selbstbestimmt Leben“: „Eine ganz große Gefahr im Konzept der Community Care liegt unter den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen darin, dass von dem ganzen wunderbaren Vorhaben nur übrig bleibt, dass sich der Staat aus seiner sozialpolitischen Verantwortung zurückzieht – und dass bisher sozialhilferechtlich gesicherte und geschützte Hilfen unter Verweis auf die jetzt dafür verantwortliche ‚Community‘ abgeschafft werden. ‚Community Care‘ steht ja im Grunde für nichts anderes als für das schöne, ‚soziale Umfeld‘: freundschaftliche Hilfe durch Bekannte, Angehörige oder Nachbarn. Diese Hilfe soll vorrangig genutzt werden, bevor professionelle Helfer hinzukommen. Das Bedrohliche daran ist nur, dass viele behinderte Menschen dieses intakte, zur Unterstützung bereitstehende soziale Umfeld nicht haben – und trotzdem bei der Feststellung ihrer Hilfebedarfe darauf verwiesen werden. Und noch schlimmer und ein nicht hinnehmbarer sozialpolitischer Rückschritt wäre es, wenn die behinderten Menschen auf diesem Wege schleichend ihren Rechtsanspruch auf die Hilfen verlieren, die sie tatsächlich benötigen, und wieder zu AlmosenempfängerInnen werden ... Hierdurch würde die Selbstbestimmung nicht erhöht, sondern der Staat und die Kostenträger würden nur die Verantwortung an den einzelnen behinderten Menschen und an dessen ‚Community‘ abgeben.“

In der Tat wäre es fatal, wenn notwendige Hilfen und verlässliche Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen unter dem Deckmantel der neuen Konzepte immer mehr abgebaut würden – und dies der Öffentlichkeit auch noch als glänzender Fortschritt in Richtung Teilhabe und Selbstbestimmung verkauft würde. Die Soziale Arbeit ist aufgefordert, ihre Forschungen, Erkenntnisse und Erfahrungen deutlich zu machen und den Diskurs nicht der Politik und den Sozialverwaltungen zu überlassen.

Literatur

- Bericht der Bundesregierung** über die Lage behinderter Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. In: <http://www.bmas.de/coremedia/generator/3118/pdf> vom 16.12.2004
- Böllert, Karin:** Soziale Dienste in der Konsolidierungsfalle. In:

Thole, Werner u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden 2005, S. 89-98

Frühau, Theo; Niehoff, Ulrich: Behinderte Menschen sind Bürger ihrer Gemeinde. In: Geistige Behinderung 4/2007, S. 281-283

Gleiss, Gerlef: Hilfe in der Gemeinde durch die Gemeinschaft. 7. Alsterdorfer Fachforum am 22.5.2003

Heuser, Klaus: Die Zukunft der Eingliederungshilfe. In: Soziale Psychiatrie 1/2007, S. 39-43

Kleve, Heiko: Sozialarbeitswissenschaft, Systemtheorie und Postmoderne. Freiburg im Breisgau 2003

Kraus, Björn: Lebenswelt und Lebensweltorientierung – eine begriffliche Revision als Angebot an eine systemisch-konstruktivistische Sozialarbeitswissenschaft. In: <http://www.sozialarbeit.ch/dokumente/lebensweltorientierung.pdf> (Erscheinungsjahr 2007)

Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch. Wiesbaden 2005

Maas, Theodorus u.a. (Hrsg.): Community Living. Bausteine für eine Bürgergesellschaft. Hamburg 2007

Stein, Anne-Dore: Was ist Community-Living? Probleme und Handlungsperspektiven. In: Soziale Psychiatrie 1/2007, S. 8-12

Theunissen, Georg: Handlexikon Geistige Behinderung. Stichwort: Lebensweltorientierung. Stuttgart 2007, S. 208/209

Thiersch, Hans; Brückner, Margrit: Care und Lebensweltorientierung. In: Thole, Werner u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden 2005, S. 137-149

Wansing, Gudrun: Teilhabe an der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung zwischen Inklusion und Exklusion. Wiesbaden 2005

Wunder, Michael: Community Care und bürgerschaftliches Engagement: Chancen und Risiken. In: <http://www.inklusion-online.net> (Ausgabe 2/2006)

„As well as“ – Das britische Sure Start Programme

Kerstin Miersch

And yet, ..., I had as lief have the foppery of freedom as the morality of imprisonment.

(Aber ehrlich gesagt, die Narretei der Freiheit ist mir lieber als im Arrest die fromme Moral.)

William Shakespeare¹

Zusammenfassung

Der Artikel widmet sich dem britischen Regierungsprogramm „Sure Start“, einer von New Labour favorisierten Strategie der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Es erfolgt eine Auseinandersetzung mit den Paradigmen des Programms, welches auf besondere Art und Weise sowohl sozialpolitische Strategien der Hilfe zur Selbsthilfe als auch der staatlichen Fürsorge miteinander verbindet. Der Artikel zeigt die zahlreichen intellektuellen und emotionalen Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten auf, die bei der Auseinandersetzung mit dem Sure Start Programme und dessen Kontext entstehen.

Abstract

This article attends to the British government programme „Sure Start“, a strategy which is favoured by New Labour and encompasses the realms of child-care, youth services and family support. The author explains the paradigms of this programme which combines in a special way both socio-political strategies of aid toward independent living and strategies of national assistance. The article shows the numerous intellectual and emotional ambivalences and ambiguities that arise in dealing with the Sure Start programme and its context.

Schlüsselwörter

Jugendhilfe – Großbritannien – Programm – Sozialpolitik – Selbsthilfe

Einleitung

Im Zuge des Regierungswechsels Ende der 1990er-Jahre initiierte Tony Blair mit der Labour Party das sogenannte Sure Start Programme, das mittlerweile im Land und in Fachkreisen erhebliche Popularität errungen hat. Es kann sowohl als Strategie der Fortführung liberal-konservativer Sozialpolitik als auch als Richtungswechsel verstanden werden. Es ist eingebettet – und auch nur in diesem Kontext wirklich zu verstehen – einerseits in eine liberale britische Wohlfahrtskultur wie auch in ein politisches System mit speziellen Strukturmerkmalen. Das Programm verbindet auf besondere Art und Weise die sozial-

politischen Paradigmen der Hilfe zur Selbsthilfe als auch der staatlichen Fürsorge. In diesem Spannungsfeld lassen sich für den Einzelnen wie für die britische Gesellschaft eine Handvoll Vor- sowie Nachteile diskutieren, die individuell ganz unterschiedlich bewertet werden können. Im Folgenden wird das Programm in seinem historischen, kulturellen und politischen Kontext vorgestellt und es werden unterschiedliche Sicht- und Bewertungsmöglichkeiten angedrückt. Angestrebt wird eine intellektuelle Auseinandersetzung, die einerseits die komplexen Rahmenbedingungen sozialpolitischer Strategien in den Blickwinkel der Aufmerksamkeit rückt und andererseits die zahlreichen Uneindeutigkeiten, Verunsicherungen und Ambivalenzen benennt, die provoziert werden, sofern sich Leserinnen und Leser als politische Akteure mit dem Programm auseinandersetzen. Letzteres ist gewollt und wird von der Autorin sowohl als intellektuelle als auch emotionale Herausforderung verstanden. As well as.

Großbritannien als liberaler Wohlfahrtsstaat

In der Selbstbeschreibung des britischen Department for Work and Pensions (DPW) ist, unter der gegenwärtigen Führung der Labour Partei, nachzulesen, dass das Ministerium das Ziel hat, „die Chancen und die Unabhängigkeit für alle Menschen zu fördern, ihnen zu helfen, ihr Potenzial durch Arbeit zu entfalten und jede Form von Armut mit Hilfe von Arbeit zu beseitigen“ (DPW/A 2007)². Damit reagieren die Regierenden auf diverse realpolitische Probleme des Landes. Großbritannien war und ist für europäische Verhältnisse eine ungleiche Gesellschaft (OECD/A 2007)³. Die Zahl der von Sozialhilfe Abhängigen hat sich in den Jahren von 1979 bis 1996 auf 5,6 Millionen verdoppelt. 1995 lebte ein Drittel der Kinder in relativer Armut, wenn man die Armutsgrenze bei 60 Prozent des Durchschnittseinkommens definiert. In der Hälfte dieser Familien wuchsen die Kinder mit einem allein erziehenden Elternteil auf.

Großbritannien gilt in der politikwissenschaftlichen Literatur als liberaler Wohlfahrtsstaat mit sozialdemokratischen Zügen (Schmidt 1998, S. 215 ff.). Damit gehört, grob beschrieben, das Land zu den Wohlfahrtsstaaten der westlich-demokratischen Welt, in denen der Einzelne mehr oder weniger eigenverantwortlich für seine soziale Sicherheit in und außerhalb von Not- und besonderen Lebenslagen – wie im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, Mutter- oder Vaterschaft – sowohl sorgen muss als auch sorgen darf. Der Staat hält sich weitgehend mit Vorschriften und Reglementierungen in Hinsicht auf Sicherheitsstrategien zurück, reduziert diese auf

ein Mindestmaß und konzentriert sich mit seinen Unterstützungsinstrumenten auf diejenigen, denen die Verantwortung für das eigene Wohlergehen im strengen Sinne nicht zugemutet werden kann: auf Menschen mit physischen, psychischen und seelischen Beeinträchtigungen sowie auf Kinder beziehungsweise auf Familien als einem Ort, an dem Kinder aufwachsen.⁴

Sofern der Einzelne Bedarf nach sozialer Sicherheit anmeldet, der über den staatlich-gesellschaftlich vereinbarten Mindeststandard hinausgeht, wird er dazu aufgefordert, diesen mit Hilfe von Eigeninitiative oder mit Unterstützung familiärer und gesellschaftlicher Netzwerke, die durchaus auch staatlich unterstützt werden können, sicherzustellen. Die gesellschaftlich vereinbarten Mindeststandards an Sicherheit beruhen auf einer tendenziell niedrigen, gesellschaftlich gewünschten und gewollten Steuer- und Abgabenlast. Die Einzelnen genießen weitgehend das Recht auf Selbstbestimmung beziehungsweise die Pflicht zur Eigenverantwortung im Hinblick auf das Maß und den Standard an Sicherheit, welches sie in Notlagen in Anspruch nehmen wollen. Eigenverantwortlich sind in diesem Wohlfahrtsverständnis nur diejenigen nicht, von denen nichts mehr oder noch nichts erwartet werden kann.

Die ungleichen Lebensverhältnisse waren und sind unter anderem auch ein Ergebnis liberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Handelns in den Jahren von 1970 bis 1997. Während Mitglieder der Conservative Party um Margaret Thatcher argumentierten, es gebe angesichts einer globalisierten Finanz- und Handelswelt zum britisch-liberalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaat mit Gewinnenden und Verlierenden keine Alternative, versucht New Labour nun seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 1997 die Globalisierung für alle nutzbar zu machen, ohne sich radikal von der Idee und Praxis eines liberalen Wohlfahrtsstaates zu verabschieden. Ausschließlich New Labour sei in der Lage, so die Argumentationslinie der Partei, die Globalisierung so zu gestalten, dass sowohl die Lage der heimischen Industrie verbessert als auch gleichzeitig eine sozial verträgliche Variante des modernen globalisierten Industriestaates gesichert werde. Der neoliberalen Ära des „Fressens und Gefressenwerdens“ Margaret Thatchers folge nun ein gleichermaßen britisch-liberaler Wohlfahrtsstaat, ein Staat mit menschlichem Antlitz.

Blair argumentierte 2002 in der britischen Zeitschrift Observer: „Von den siebziger bis zu den neunziger Jahren versuchten die Regierungen, den Verfall der Zivilgesellschaft durch Stärkung des Individualismus

aufzuhalten. Aber während der Individualismus der Neuen Rechten in den Achtzigern und Neunzigern teilweise der persönlichen Verantwortung wieder zur Geltung verhalf, hat er oftmals die einzelnen Bürger und Gemeinden bei ihrer Selbsthilfe allein gelassen. Die Pflicht der Gesellschaft zur Förderung des Einzelnen wurde verneint. Dies hatte verheerende Folgen, die uns bis heute betreffen. In der Mitte der Neunziger war die Kriminalität angestiegen, der Zerfall der Familien sowie Drogenmissbrauch vorangeschritten, und die sozialen Ungleichheiten hatten sich verschärft. Viele Stadtviertel waren von Vandalismus, Gewalt und dem Verlust der Zivilität gekennzeichnet“ (Blair 2002).

Das Sure Start Programme als Regierungsinitiative

Angesichts dieser Tatsache verwundert es nicht, dass im Mission Statement der „Five Years Strategy“ des Department for Work and Pensions von New Labour als erstes Politikziel angeführt wird: „Wir haben ein Programm aufgestellt, welches Kindern den besten Start ins Leben garantieren soll und bis 2020 die Kinderarmut beseitigen wird“ (DPW/B 2007, S. 12).

Wie aber gestaltet sich die politische Praxis? Diese hat seit 1997 einen Namen: Sure Start. Es ist ein Regierungsprogramm, das die Lebensbedingungen der ärmsten Kinder und Familien zu verbessern sucht. Moss (2004, S. 631) sieht das Sure Start Programme als das „Herz von New Labours sozialer Agenda“. Das Programm wird in allen vier Verwaltungseinheiten des Landes (England, Wales, Schottland und Nordirland) durchgeführt, wird aber teilweise unterschiedlich administriert und vollzogen. Es richtet sich in erster Linie an Kinder im Alter bis zu fünf Jahren, an junge Menschen, an deren Familien und die Bevölkerung der Stadt- und Landgebiete (communities), in denen Sure-Start-Projekte existieren. Der Fokus liegt auf den 20 Prozent der ärmsten Stadt- und Landgebiete Großbritanniens. Das Programm bündelt sowohl neue als auch alte Initiativen der frühkindlichen Bildung und Erziehung, Kinder- und Jugendhilfe sowie der Gemeinwesenarbeit und der Gesundheitsfürsorge. Es ist im Wesentlichen in drei Programmbereiche gegliedert: in sogenannte Early Excellence Centers, Local Programmes sowie Neighbourhood Nurseries.⁵

In der von der Regierung verfolgten „Five Year Strategy“ ist nachzulesen, dass bis zum Jahr 2010 die oben genannten Projektarten in insgesamt 3 500 Children Centres zusammengefasst werden sollen (DWP/B 2007, S. 36). Gegenwärtig existieren etwa 1 000 Projekte im gesamten Land. Trotz durchaus

unterschiedlicher Ausrichtung der jeweiligen Serviceeinrichtungen verfolgen alle drei Projektarten eine konkrete Strategie. Sie bündeln wesentliche soziale Dienstleistungen: frühkindliche Erziehung, Kinderbetreuung, Familienarbeit, Gesundheitserziehung sowie die Integration in den Bildungs- beziehungsweise Arbeitsmarkt. Die künftigen Children Centres sollen in Zukunft alle Erziehungs-, Unterstützungs- und Integrationsstrategien unter einem Dach zusammenfassen und die Early Excellence Centres sowie die Local Programmes ersetzen.

Early Excellence Centres

Diese Zentren sind Kinderbetreuungseinrichtungen (nurseries) für Kinder im Alter bis fünf Jahren. Das pädagogische Konzept ist anspruchsvoll. Es zielt nicht nur auf die Sicherstellung einer exzellenten frühkindlichen Erziehung und Bildung im öffentlichen Raum⁶, sondern schließt Aktivitäten der Eltern-, Familien- und Gemeinwesenarbeit ein. Diese können vielerlei Gestalt annehmen und sind – idealerweise – auf die jeweiligen Bedürfnisse des Gemeinwesens zugeschnitten, in dem sich das Early Excellence Centre befindet. Dazu sind zu zählen: Förderkurse zum Spracherlernen, zum Beispiel in Wohngebieten mit einem hohen Bevölkerungsanteil ethnischer Minderheiten (Speech and Language Support Courses), Angebote zu Spiel und Freizeit (Stay and Play Sessions, Children's Toy Libraries, Support and Drop in Sessions, After School Clubs etc.).

Eine besondere Rolle im Bildungsangebot spielen Gesundheit⁷ und Ernährung. Dies sollte nicht verwundern, ist doch bekannt, dass sich die Briten am liebsten von fish, chips und Orangenmarmelade ernähren. Einige Early Excellence Centres setzten sich außerdem die Integration und Förderung von behinderten Kindern beziehungsweise von Migrantenkindern zum Ziel. Die von der Regierung herausgegebene „Every Child Matters Strategy“ („Auf jedes Kind kommt es an“) beschreibt die sozialpolitischen Ziele wie folgt: „‘Change for Children’ [‘Wandel für Kinder’] ist ein Programm, welches die Lebenssituation aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern sucht. Es spiegelt die Vision der Regierung wider, die Lebensbedingungen von Kindern, jungen Menschen und Familien radikal zu reformieren. Kinder und Jugendliche haben uns erzählt, dass fünf Schlüssel wichtig sind für das Wohlbefinden in der Kindheit und im späteren Leben: Gesundheit, Sicherheit, Freude und Erfolg, Engagement und ökonomische Sicherheit. Das Programm versucht, diese Resultate für alle Kinder zu verbessern und die Lücke zwischen Benachteiligten und deren Peers zu schließen“ (DCSF/A 2007).

Local Programmes

Neben den Early Excellence Centres gibt es zudem die Local Programmes. Diese wurden entwickelt, um zunächst den Bedarf an Unterstützungsangeboten im jeweiligen Gemeinwesen – in Kooperation mit den aktuellen und zukünftigen Nutzenden – gemeinsam zu erarbeiten. Insofern sind im gesamten Land eine Vielzahl an Local Programmes mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen vorzufinden. Dahinter verbirgt sich nicht nur die Idee, Hilfebedürftige bei der Etablierung von Hilfeinstrumenten zu Wort kommen zu lassen („Choice and Participation“, „Angebot und Beteiligung“), sondern ebenso die ökonomisch inspirierte Strategie, soziale Dienstleistungen zielorientiert und damit effektiv am jeweiligen Bedarf der Bevölkerung orientiert anzubieten.⁸

Als eine besondere Strategie, die Qualität sozialer Dienstleistungen zu verbessern und Hilfeleistungen zielorientiert zu konstruieren, kann die Umsetzung des Prinzips des „Multi-Agency-Working“ verstanden werden, der Verbund verschiedener Dienste (multi agency panels, multi agency teams, integrated service).⁹ Ziel ist eine Zusammenführung aller am Hilfe- und Unterstützungsprozess beteiligten Institutionen. Die Projekte müssen sich auch mit den vor Ort ansässigen Bildungseinrichtungen und den sogenannten Job Centres vernetzen.

Die von der Regierung herausgegebene „Every Child Matters Strategy“ fasst das Ziel des Programms wie folgt zusammen: „Verbesserte Gesundheitsfürsorge für Kinder und Familien, Reduzierung der Kriminalitätsrate sowie der Kinderarmut; Befähigung der Eltern zum Lernen und zur Arbeit und Hilfe für alleinerziehende Eltern für den Zugang zu Arbeits- und Trainingsmöglichkeiten“ (DCSF/B 2007). Damit hat sich die britische Regierung einige Ziele gesetzt, gegen die wohl niemand ernsthafte Bedenken äußern wird: Verbesserung der Lebenssituation in Armut lebender Kinder, Jugendlicher und deren Familien, Entwicklung von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder in jedem Alter, Qualitätsverbesserung sozialer Dienstleistungen, Eröffnung von Zugangschancen zum existierenden Bildungs- und Arbeitsmarkt, effizienter und zielorientierter Einsatz von öffentlichen Geldern.

From Welfare to Work

Das Sure Start Programme ruft durchaus Zustimmung hervor, wobei nicht vergessen werden darf: Die Sure-Start-Strategie kann nur im Kontext einer Politik verstanden werden, in der politische Akteure die folgende Position vertreten: „Arbeit ist die beste Form von Wohlfahrt für Menschen im Arbeitsalter...

Menschen in Arbeit zu vermitteln, reduziert das Risiko, dass deren Kinder in Armut leben“ (DWP/B 2007, S. 12). Early Excellence Centres sowie Local Programmes und Children Centres im Kontext des Sure Start Programme sind ein Bestandteil der liberal inspirierten britischen „From-Welfare-to-Work-Strategie“, die viele – geliebte und ungeliebte – Gesichter hat: Akzeptanz eines Niedriglohnssektors, Existenz eines Mindestlohnes, Toleranz sozialer Ungleichheit, Sozialstandards auf niedrigem Niveau abhängig von einer nachgewiesenen Bedürftigkeit beziehungsweise von dem Willen, möglichst jede verfügbare Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt aufzunehmen.

„Arbeiten kann und muss jeder“¹⁰ ist – etwas vereinfacht ausgedrückt – die Devise: „No Rights without Responsibilities!“ Prüft man die gängigen, unter dem Namen „New Deal“ bekannten Arbeitsmarktprogramme, fällt auch schnell auf, wer vorrangig mit „jedem oder jeder“ gemeint ist: alleinerziehende Eltern, junge Menschen, Menschen über 50 Jahre, behinderte Menschen und Musiker. Die Teilnahme an New-Deal-Programmen ist in der Regel obligatorisch, wer unbegründet nicht teilnimmt, dem droht die Kürzung oder die Verweigerung von Sozialleistungen. Sure Start verfolgt somit nicht die Förderung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen eines erwünschten, als erstrebenswert gedachten Familienmodells, wie die Familie als Ort, an dem mindestens ein Elternteil ganztätig anwesend ist. Sure Start ermöglicht Eltern, die sich in den Arbeitsmarkt integrieren wollen oder die integriert werden sollen, die Unterbringung ihrer Kinder in qualitativ hochwertigen öffentlichen Erziehungseinrichtungen.

Die sozialpolitische Strategie basiert nicht vorrangig auf der Idee der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, sondern auf der Herstellung von Chancengleichheit. Solidarität gilt in diesem Wohlfahrtsstaatsverständnis in erster Linie auf der Basis einer wechselseitigen Beziehung zwischen denen, die mithilfe ihrer Steuerleistung sowohl Solidarität ermöglichen, und denen, die Solidarität benötigen. Das heißt aber in radikalen Worten ausgedrückt: „Nicht sicher“, kann und darf nicht „gestartet“ werden! Integration heißt in diesem Sinne sowohl „jedem das Recht auf Arbeit“ als auch „jedem die Pflicht zur Arbeit“. Arbeit kann dabei viele Gesichter haben: Sie kann freiwillig sein (und unbezahlt), bildungs- und lernorientiert, niedrig- oder hochqualifiziert, schlecht oder gut entlohnt, nicht ausbildungsäquivalent oder ausbildungsangemessen und/oder temporär, ganz- und halbtätig. Das Recht schließt die Pflicht ein und die Pflicht das Recht. Das Recht auf Arbeit ist damit aber auch ein Recht auf Selbsthilfe, ein Recht auf Integration in

den öffentlichen Raum und gleichzeitig eine Pflicht zu Selbsthilfe; eine Pflicht zu Integration in das existierende Gemeinwesen.

Betroffene werden in diesem Sinne nicht nur motiviert, sich selbst zu helfen, sondern erhalten gleichzeitig die Gelegenheit, die eigene Situation – mehr oder weniger unabhängig vom Wohlfahrtsstaat – gesellschaftlich erwünscht und akzeptiert „selbst zu gestalten“. Das Resultat kann vielerlei Gestalt annehmen und gleichzeitig individuell unterschiedlich bewertet werden: Anhebung des individuellen Lebensstandards, Integration in soziale Netzwerke, Aneignung beziehungsweise Wiederbelebung von neuen und alten beruflichen Kompetenzen, Stabilisierung von Selbstbewusstsein und Wertschätzung gegenüber der eigenen Person, Herstellung sozialer Beziehungen, Mitbestimmung und Partizipation bei Angelegenheiten des eigenen privaten und öffentlichen Lebensraumes.

Der politische Kontext des Sure Start Programme

Der britische Wohlfahrtsstaat kann nur in der Auseinandersetzung mit seinem historischen, gesellschaftlichen und vor allem politischen Kontext verstanden werden. Die Politikwissenschaft hat die Zusammenhänge zwischen politischen Systemen und Wohlfahrtsstaaten eindrücklich dokumentiert. Unbestritten ist, trotz anderer Erklärungsansätze, dass Wohlfahrtssysteme nicht unwesentlich von der Struktur des jeweiligen politischen Systems eines Landes abhängen. So existieren nachweisbare Zusammenhänge zwischen der jeweiligen Organisationsstruktur sozialer Sicherungssysteme, der Reichweite und dem Niveau staatlicher Unterstützungsleistungen für Menschen in Notlagen und der jeweiligen politischen Kultur des Landes, seinem Parteiensystem sowie dem Zusammenspiel der vorhandenen politischen Institutionen (*Schmidt* 1998, S. 223).

Großbritannien gilt in der Literatur auch als „nicht staatlich verfasste“ Gesellschaft, als eine Gesellschaft ohne regulative Staatsidee (*Döring* 1999, S. 164). Das britische Selbstbewusstsein fußt auf drei historischen Errungenschaften: Großbritannien erfand den freiheitlichen Verfassungsstaat (Großbritannien ist das Mutterland des Parlaments), von ihm ging die industrielle Revolution aus und es verteidigte seit dem 17. Jahrhundert anti-absolutistische Freiheiten erfolgreich gegen ausländische Eroberungsversuche. Alle drei Leistungen sind das Resultat spontanen, ungeplanten Handelns (*ebd.*, S. 165). Der Sinn von Politik besteht nicht darin, öffentliche Güter herzustellen und umzuverteilen, sondern

darin, unterschiedliche Interessen so auszugleichen, dass der gesellschaftliche Frieden bewahrt werden kann (*ebd.*, S. 178). Eine Staatsorientierung, in der der Staat als Garant für öffentliche Wohlfahrt verstanden wird, ist in diesem historischen Kontext nicht oder nur auf eher niedrig ausgeprägtem Niveau entstanden.

Großbritannien wird zentralistisch regiert, Westminster kann als Machtzentrum angesehen werden; föderale Strukturelemente, ausgestattet mit den Kompetenzen etwa deutscher Bundesländer und deren Parlamente, gibt es – streng gesehen – nicht. Innerhalb dieses spezifischen politischen Systems existiert ein klares Machtzentrum: Premierminister, Kabinett und Parlamentsmehrheit, deren Entscheidungen und Richtlinienpolitik kaum oder nur wenig von anderen politischen Instanzen, zum Beispiel der Opposition im Parlament, einem Obersten Verfassungsgericht oder einem Föderationsrat, beeinflusst werden können (*Lehmbruch* 2000, S. 30).¹¹

Dieses Regierungssystem hat den Vorteil oder möglicherweise auch den Nachteil, dass politische Entscheidungen schnell und zügig getroffen werden können. Gleichfalls kann die Bevölkerung zu jeder Zeit sicher sein, welche Partei die politische Entscheidung zu verantworten hat. Parteien werden innerhalb dieses politischen Systems nicht als Organisationseinheiten verstanden, die möglichst genau und mehrheitlich die Interessen der Bevölkerung repräsentieren und durchzusetzen suchen, sondern als Instrumente, die ein eindeutiges Machtzentrum im Parlament schaffen und starke politische Führer hervorbringen (*Rohe* 1999, S. 240).

Dieser Sinn von Politik und die Funktionsweise des politischen Systems ist, wenn auch nur eingeschränkt rechtlich, so doch kulturell und politisch abgesichert und wird von der Bevölkerung weitgehend akzeptiert. Es ist in das Verständnis von einem „guten politischen System“, möglicherweise unhinterfragt, eingegangen. Insofern verwundert auch nicht, dass nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien ein liberaler Wohlfahrtsstaat mit sozialdemokratischen Zügen entstanden ist und in der Regierungszeit von *Margaret Thatcher* – basierend auf dem entsprechenden ideologischen Kontext – die Liberalisierung vorangetrieben wurde.

Politik der „Neuen Mitte“: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat

Seit 1997 knüpft die Labour Regierung, so *Evans* und *Czerny* (2004, S. 210 f.), an das von den Konservativen eingeführte politische Programm an, in dem

sich die Transformation des britischen Wohlfahrtsstaates zu einem Wettbewerbsstaat widerspiegelt. Evans und Czerny folgend findet – wie bereits angedeutet – unter Wählern und Wählerinnen sowie politischen Akteuren ein Paradigmenwechsel statt. „Während sich früher der gewohnheitsrechtliche Anspruch auf Güter und Dienste a priori aus der sozialen Stellung oder Klasse ergab, sind nunmehr Vereinbarungen zwischen Individuen, Unternehmen oder Gruppen von Akteuren vorherrschend, die solche Güter oder Dienste entweder auf der Basis eines ‚Preises‘... und/oder auf der Grundlage gegenseitiger Rechte oder Pflichten untereinander austauschen“ (ebd., S. 209). Gleichzeitig beginnen politische Akteure ihr politisches Handeln den auch von den Wählern als Realität akzeptierten Bedingungen einer globalisierten Welt anzupassen.

Respektiert wird nun von der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur ein effizienter marktwirtschaftlicher Politikstil politischer Akteure, sondern ebenso der Bedeutungsverlust traditioneller Konfliktkonstellationen und -muster (zum Beispiel zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern) bei der Lösung von sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen. Dabei verlieren in parteipolitischen Programmen und im jeweiligen parteipolitischen Handeln historisch gewachsene und in bestimmten Milieus verankerte Normen und Werte zunehmend an Bedeutung. Politische Parteien bedienen sich stattdessen einer Vielzahl politischer Strategien, die ungeachtet der jeweiligen ideengeschichtlichen Verankerung als hilfreiche Instrumente bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme akzeptiert werden.

New Labour bedient sich vor allem in der Wirtschaftspolitik eines liberalen, konservativen Politikstils (ebd.), während sie in der Sozialpolitik konservative, liberale und sozialdemokratische Elemente zusammenführt¹²: Petring (2006) zeigt, dass sich diese wirtschaftliche Strategie auszahlt. Die Amtszeit New Labours ist von relativ stabilen Wachstumsraten gekennzeichnet (OECD/B 2007).¹³ Dabei konnte die Mitte-Links-Regierung auf einem bereits gut bestellten Feld weiterarbeiten. Die Konservativen hatten 1997 ein Wirtschaftswachstum von über drei Prozent, sinkende Arbeitslosenzahlen und ein Haushaltsdefizit von nur 2,2 Prozent hinterlassen (Evans; Czerny 2004, S. 122).

Die zahlreichen Deregulierungsstrategien, wie relativ machtlose Gewerkschaften, dezentrale Lohnfindungsarrangements, eingeschränkte Kündigungsschutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer generell und insbesondere für die un-

ter 21 Jahren hatten ebenso zu einem Absinken der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit geführt. Allerdings war und ist die allgemeine Beschäftigungsquote relativ niedrig sowie die Alters- und Jugendarbeitslosigkeit weiterhin hoch. Zugleich hatte sich der Kreis der nicht in die Arbeitslosenstatistik fallenden Personen, also der Menschen, die von anderer staatlicher Unterstützung lebten (wie behinderte Menschen, Alleinerziehende und Ehepartner von Arbeitslosen), nicht ernsthaft verkleinert (ebd., S. 130-131). Die konsequente Wirtschaftspolitik hatte gleichzeitig zu einer massiven Zunahme von Einkommensunterschieden geführt, trotz zahlreich existierender Beschäftigungschancen.

Des Weiteren musste sich die britische Regierung Ende der 1990er-Jahre der Herausforderung stellen, enorme Mittel für die Sanierung der teilweise maroden öffentlichen Dienstleistungen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, zur Verfügung zu stellen und dies im Einklang mit einer Politik der „gemäßigten Gesamtverschuldung“ und der „Kontrolle der öffentlichen Ausgaben“ zu tun. Das heißt, die Regierungspartei musste eine bisher erfolgreiche Wirtschaftspolitik fortsetzen und weiterhin auf wirtschaftspolitischen Erfolg achten. Ebenso hatte sie bedeutende traditionelle, aktuelle und zukünftige sozialpolitische Herausforderungen zu meistern.

No Rights without Responsibilities

New Labour bediente sich dabei verschiedener Strategien, hielt aber weitgehend an einer liberal ausgerichteten Wohlfahrts- und Wettbewerbsstaatsidee fest. Die Partei setzte weniger auf Umverteilungsstrategien, Bereitstellung von großzügig ausgestalteten Unterstützungsleistungen oder auf gezielte Einrichtung staatlicher Beschäftigungspositionen für Benachteiligte und Bedürftige als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut. Sie favorisierte als Lösungsstrategie einen wachsenden flexiblen Arbeitsmarkt, der möglichst jeden aufnehmen konnte, der aufgenommen werden wollte und integriert werden sollte. Neben dem Politikfeld „Bildung“ versprach sich New Labour vor allem vom Politikfeld „Arbeitsmarkt“ eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation oder aufgrund struktureller Ausgrenzungsmechanismen schwer in den Arbeitsmarkt – selbst in einen florierenden – zu integrieren waren.

Neben Maßnahmen wie der Einführung eines Mindestlohnes oder der steuerlichen Besserstellung von Geringverdienenden und Familien als Anreiz zur Arbeitsaufnahme investierte New Labour großen politischen Ehrgeiz in die sogenannten New Deals.

Schon die konservative Vorgängerregierung hatte New Deals als arbeitsmarktpolitische Programme entwickelt. Sie waren eingebettet in reformierte Strukturen der Arbeitsverwaltung wie zum Beispiel in die flächendeckende Einführung von Job Centers und deren effizientere Vernetzung mit anderen öffentlichen Institutionen wie Sozialämtern und Krankenhäusern. Die Job Centres zielen auf einen verbesserten Service, zu dem einerseits die ausführliche Beratung der Arbeitsuchenden und die Bereitstellung konkreter Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie andererseits die Instrumente der Zielvereinbarung (wie Aufnahme einer Ausbildung) und Zielkontrolle zwischen Job Centre und Erwerbslosen gehören. Fordern und Fördern heißt die Devise.

Das Sure Start Programme ist demnach nicht nur eine sozialpolitische Strategie, die auf verbesserte Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Armutslagen zielt und die Qualität von sozialen Dienstleistungen verbessern soll. Es ist als ein Programm zu verstehen, das von staatlicher Unterstützung lebende Menschen zu motivieren sucht, sich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen, wie öffentliche Kinderbetreuung, bereitstellt. No Rights without Responsibilities! Insbesondere der deutliche Fokus auf alleinerziehende Eltern zeigt, dass die Regierung nicht die Förderung eines bestimmten, positiv besetzten Familienmodells oder Frauenbildes anstrebt, sondern die Integration möglichst aller zur Arbeit fähigen Menschen in den existierenden Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Sowohl als auch

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der Handlungskontext von im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwesen beschäftigten Personen als komplex erweist. Unterschiedliche politische Identitäten führen zu differenten Lösungsstrategien gesellschaftlicher und individueller Probleme, die wiederum kontrovers und unterschiedlich beurteilt werden können. Die Beschäftigung mit differenten Lösungsmodellen setzt die Bereitschaft zur Verunsicherung, die Bereitschaft zum Zweifel voraus. Was kann als Vor- oder als Nachteil einer Problemlösungsstrategie verstanden werden? Können Vorteile auch Nachteile sein, Nachteile auch Vorteile?

Eine solche Auseinandersetzung erweist sich als schwieriges Unterfangen, als intellektuelle und emotionale Herausforderung. Möglicherweise verändern wir unsere Perspektive bei unserem Bemühen um Verständnis? Möglicherweise finden wir plötzlich Veränderungen vorteilhaft, die wir einstmals als

nachteilig beurteilt haben? Möglicherweise erkennen wir plötzlich komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge, die es uns erschweren, eindeutige Antworten auf eindeutige Fragen zu geben? Möglicherweise verändern wir uns dabei sogar selber, unser Selbstverständnis, unsere politische Haltung, unsere persönliche und professionelle Identität? Sollten wir bei der Suche nach neuen Antworten auf alte neue Fragen unseren Blick *sowohl* immer auf die Nachteile der Vorteile *als auch* auf die Vorteile der Nachteile richten? *AS WELL AS!*

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Richard Flatter.
- 2 Deutsche Übersetzung hier wie in den folgenden Zitaten aus englischen Quellen durch die Autorin.
- 3 Soziale Ungleichheit wird in der Sozialwissenschaft unter anderem mit Hilfe des Gini-Koeffizienten gemessen. Je größer der Gini-Koeffizient beziehungsweise je näher er der 1 ist, umso größer ist der Einkommensabstand zwischen Menschen mit einem hohen Einkommen und Menschen mit einem niedrigen Einkommen eines Landes. Aus ihm lassen sich Rückschlüsse auf die Umverteilungsstrategien eines Staates ziehen. Im Jahr 2000 betrug der Gini-Koeffizient für Großbritannien 32,6 (multipliziert mit 100). Im Vergleich dazu: Der Gini-Koeffizient für Dänemark betrug 22,5 und für Deutschland 27,7.
- 4 Es kann sicher an der Radikalität dieser Aussage gezweifelt werden, dessen ist sich die Autorin bewusst. Die Aussage soll

10 Jahre con Sozial 2008

10. Fachmesse und Congress
für den Sozialmarkt in Deutschland

Zukunft: Wertschöpfung durch Wertschätzung

5. – 6. Nov. 2008
**Messezentrum
Nürnberg**



Feiern Sie mit!
Consozial-Festabend und
weitere Highlights zum Jubiläum

▶▶ **www.consozial.de** ◀◀

aber trotzdem so getroffen werden, um den Inhalt des Textes zu unterstreichen.

5 Auf die Entwicklungsgeschichte von Neighbourhood Nurseries wird im Text nicht eingegangen. Korrekterweise soll aber festgehalten werden, dass alle beschriebenen Strategien der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe bereits vor der Etablierung des Sure Start Programme in vielen verschiedenen Kontexten eine Rolle in der Geschichte des britischen Wohlfahrtsystems gespielt haben.

6 Das Ziel ist dabei die Sicherstellung von „full day care provision“ mit einem Minimum von zehn Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, 48 Wochen im Jahr.

7 Bei der Gesundheitserziehung spielen insbesondere die länger- und/oder kurzfristige Beratung, Betreuung und Unterstützung von Frauen vor und nach der Entbindung eines Kindes eine wichtige Rolle.

8 Diese Idee wird radikal in die Praxis umgesetzt: So dürfen nur Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen als bedürftig identifizierten Gemeinwesens die Angebote der Sure-Start-Projekte in Anspruch nehmen.

9 Das teilweise komplexe Konstruktionsprinzip der verschiedenen Multi-Agency-Strategien kann an dieser Stelle nicht vollständig beschrieben werden. Festzuhalten ist, dass Sure Start Teams in der Regel als multiprofessionelle Teams konstruiert werden (teachers, health-workers, early years educators, social workers, family workers) und die im Team beschäftigten Personen durchaus bei unterschiedlichen Trägern des Gesundheits- und Sozialwesens angestellt sein können, zum Beispiel bei staatlichen Trägern der Jugendhilfe oder bei freien Trägern des Kinderschutzes. Die unterschiedlichen Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Teammitglieder sind dabei mithilfe von Vereinbarungen geregelt. Hinter diesem Konstruktionsprinzip verbirgt sich nicht nur die Idee, dass möglichst hochqualifizierte Menschen unterschiedlicher Professionen in einem Team kooperieren und gemeinsam Lösungsstrategien erarbeiten, sondern ebenso das Ideal, dass Vertretende unterschiedlicher Organisationen (state, voluntary and non-government-organizations) in der Zusammenarbeit kreativer und zielorientierter bei der Bearbeitung sozialpolitischer Probleme agieren als Teams, die ein und derselben Organisation angehören.

10 Dabei muss bedacht werden, dass auf dem gegenwärtigen britischen Arbeitsmarkt wohl tatsächlich jeder arbeiten kann, der arbeiten will. Die Arbeitslosenquote lag 2006 bei 4,6 Prozent (OECD/C 2007).

11 Deutschland hingegen gilt als „stark gekoppeltes politisches System“, welches dazu neigt, politische Blockaden zu produzieren, Reformprozesse zu verhindern (Lehmbruch 2000, S. 30).

12 Ablehnung keynesianischer Nachfragesteuerung, Kontrolle öffentlicher Ausgaben und konsequentes, wirtschaftlich orientiertes Finanzmanagement öffentlicher Gelder, Inflationsbekämpfung, stabile Gesamtverschuldung und Kreditaufnahme nur zu Investitionszwecken, reduzierte Einmischung in Unternehmensbelange sowie Förderung des Wirtschaftswachstums durch Maßnahmen wie Marktliberalisierung und Ermöglichung von uneingeschränkter wirtschaftlicher Drosselung gewerkschaftlicher Mitbestimmung gehören – grob beschrieben – zu den favorisierten wirtschaftspolitischen Instrumenten.

13 Das britische Bruttosozialprodukt (in gross domestic product, annual growth rates) ist im Jahr 1997 um 3,1 Prozent, im Jahr 2000 um 4,0 Prozent, im Jahr 2004 um 3,1 und im Jahr 2005 um 1,8 Prozent gewachsen. Im Vergleich dazu ge-

staltete sich das Wachstum des deutschen Bruttosozialprodukts wie folgt: 1997 Wachstum um 1,8 Prozent, 2000 um 3,2 Prozent, 2004 um 1,2 Prozent und 2005 um 0,9 Prozent;

Literatur

Blair, Tony: My vision for Britain. In: The Observer 2002, <http://observer.guardian.co.uk/crimedebate/story/0,12079,837223,00.html> (Zugriff 18. Juli 2007)

DCSF/A – Department for Children, Schools and Families: <http://www.surestart.gov.uk/aboutsurestart/> (Zugriff 24.7.2007)

DCSF/B – Department for Children, Schools and Families: <http://www.everychildmatters.gov.uk/earlyyears/surestart> (Zugriff 24.7.2007)

DWP/A – Department for Work and Pensions: <http://www.dwp.gov.uk> (Zugriff 24.7.2007)

DWP/B – Department for Work and Pensions: Five Year Strategy, http://193.129.121.133/publications/dwp/2005/5_yr_strat/pdf/report.pdf (Zugriff 24.7.2007)

Döring, Herbert: Bürger und Politik – die Civic Culture im Wandel. In: Kastendiek u.a. (Hrsg.): a.a.O. 1999

Evans, Mark; Czerny, Phillip: New Labour – Globalisierung und Sozialpolitik. In: Lütz, Susanne; Czada Roland (Hrsg.): Der Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven. Wiesbaden 2004

Flatter, Richard: Shakespeare neu übersetzt in sechs Bänden. Band II, S. 152. Wien 1953

Kastendiek, Hans u.a. (Hrsg.): Großbritannien – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Frankfurt/New York 1999

Lembruch, Gerhard: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000

Moss, Peter: Sure Start. In: Journal of Education Policy 5/2004, S. 631-634

OECD/A – Organization for Economic Co-operation and Development: <http://www.oecd.org/dataoecd/12/4/35445297.xls>, Figure 1 (Zugriff am 24.7.2007)

OECD/B – Organization for Economic Co-operation and Development: <http://www.oecd.org/dataoecd/28/18/36396770.xls>, Seitenblatt GDP growth (Zugriff am 24.7.2007)

OECD/C – Organization for Economic Co-operation and Development: <http://stats.oecd.org/WBOS/Default.aspx?QueryName=251&QueryType=View> (Zugriff am 24.7.2007)

Petring, Alexander u.a. (Hrsg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Wiesbaden 2006

Rohe, Karl: Parteien und Parteiensysteme. In: Kastendiek u.a. (Hrsg.): a.a.O. 1999

Schmidt, Manfred: Sozialpolitik in Deutschland. Opladen 1998

Weiterführende Literatur

Hill, Michael: Understanding Social Policy. Oxford 2000

Jordan, Bill; Charlie, Jordan: Social Work and the Third Way: Thought Love as Social Policy. London/Thousand Oaks/New Delhi 2002

Lütz, Susanne: Der Wohlfahrtsstaat im Umbruch – Neue Herausforderungen, wissenschaftliche Kontroversen und Umbauprozesse. In: Lütz, Susanne; Czada, Roland (Hrsg.): Der Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven. Wiesbaden 2004

Payne, Malcolm; Shardlow, Steven M.: Social Work in the British Isles. London/Philadelphia 2002

► Allgemeines

Jubiläumstreffen des International Committee On Fundraising Organizations (ICFO) in Berlin. Das ICFO bietet seit 50 Jahren ein weltweites Forum für nationale Prüfstellen zur Kontrolle Spenden sammelnder Organisationen. Das Komitee und seine Mitglieder haben das Ziel, sicherzustellen, dass das Sammeln von Spenden für wohltätige Zwecke seriös organisiert und durchgeführt wird und dass die gesammelten Spenden angemessen verwaltet und kompetent eingesetzt werden. Die Mitglieder des ICFO bauen „Brücken des Vertrauens“ zwischen glaubwürdigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und den Spendern und Spenderinnen. Hinsichtlich der Standards, nach denen die entsprechenden Kontrollvorgänge erfolgen, gibt es Unterschiede, aber der Grundgedanke aller Mitgliedsorganisationen des ICFO ist der gleiche: Die Spenderinnen und Spender sollen zuverlässige, unabhängige Informationen zur Glaubwürdigkeit, Effektivität und Leistung der jeweiligen Wohltätigkeitsorganisation erhalten. Das ICFO wurde im Jahr 1958 gegründet. Die Konferenz „Engaging Donors’ Trust“ am 16. Mai 2008 in Berlin war Bestandteil der Aktivitäten zu seinem 50-jährigen Jubiläum. Sie wurde vom ICFO in Kooperation mit dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) organisiert. Das DZI ist das deutsche Mitglied des ICFO und der DIHK war bereits am allerersten internationalen Treffen unabhängiger Prüfstellen, mit dem vor einem halben Jahrhundert die Gründung des ICFO vollzogen wurde, beteiligt. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Axel Nawrath, begrüßte die über 80 Teilnehmenden der Konferenz. Diana Aviv, Präsidentin der bedeutsamen amerikanischen Dachorganisationen Independent Sector, sprach in ihrem Hauptvortrag über die Bedeutung von Selbstregulierung und unabhängiger Kontrolle im Vergleich zur staatlichen Kontrolle. Ihr folgte Helmut Anheier mit einem Beitrag über die Entwicklung des Dritten Sektors im globalen Rahmen. Weitere Themen waren: der Auftrag des ICFO und neue Herausforderungen bei der Zertifizierung von Wohltätigkeitsorganisationen, Evaluierung und Qualitätsmessung bei NGOs sowie die Schwächen von Selbstregulierung gegenüber unabhängiger Zertifizierung. Während der Jahrestagung nahm das ICFO die Taiwan NPO Self-Regulation Alliance als zwölftes Vollmitglied auf.

Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Konventionen. Das Bundeskabinett hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über das Deutsche Rote Kreuz (DRK) beschlossen. Das bisherige Gesetz beschreibt die Rechtsstellung des DRK und seine besonderen Aufgaben im humanitären Bereich. In die Gesetzesvorlage wurden nun auch die Johanniter und die Malteser aufgenommen, da auch sie freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Konventionen sind. Sollte der Gesetzentwurf das weitere Gesetzgebungsverfahren erfolgreich durch-

laufen, würde damit die Anerkennung der Johanniter und Malteser erstmals gesetzlich festgeschrieben werden.
Quelle: Johanniter 2.2008

► Soziales

Pfändungsfreigrenze für Rentenbeziehende. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, die allgemeinen Pfändungsfreigrenzen für Schuldner und Schuldnerinnen auch für Rentnerinnen und Rentner einzuführen. Bisher können Forderungen der Sozialleistungsträger mit Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung aufgerechnet werden. Die derzeitige Rechtslage diskriminiert damit Rentenbeziehende. Schuldner wird ein Freibetrag eingeräumt, damit ihnen eine lebenssichernde Existenz ermöglicht wird. Dies muss auch für Rentnerinnen und Rentner gelten.
Quelle: Sozialverband Zeitung 6.2008

Deutsche sparen. Die Deutschen haben ihre Sparanstrengungen Ende 2007 erheblich verstärkt. Im vierten Quartal legten die privaten Haushalte im Schnitt 9,7 % ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante. Das ist die höchste Sparquote seit 1994. Fachleute führen diese Entwicklung auf den kräftigen Anstieg der Lebenshaltungskosten zurück. Weil die Menschen wegen der Preisentwicklung verunsichert sind, legen sie ihr Geld lieber auf die Seite. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung 3.2008*

Bestattungskosten. Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger haben beim Tod von Angehörigen Anspruch auf die Erstattung der Ausgaben für eine „einfache ortsübliche Bestattung“. Für die Überführung des Leichnams und die Vorfinanzierung der Grabnutzung in den kommenden Jahrzehnten wird keine Sozialhilfe gezahlt, entschied das Hessische Landessozialgericht (AZ L 9 SO 20/08 B ER). Ein Begräbnis werde nicht komplett von der Sozialhilfe übernommen, wenn es andere Familienmitglieder gibt. Der Beschluss ist unanfechtbar. *Quelle: VdK Zeitung 6.2008*

Empfehlungen für den Einsatz von Einkommen und Vermögen in der Sozialhilfe (SGB XII). Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2008, 73 S., ohne Preisangabe *DZI-D-8294* Diese Broschüre beschreibt die aktuellen Bestimmungen, die festlegen, was bei Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) als einzusetzendes Einkommen zu berücksichtigen ist und was vom Vermögen verschont bleibt. Als Einkommen zählt alles, was jemand in der Bedarfszeit wertmäßig dazu erhält, und als Vermögen, was jemand in der Bedarfszeit bereits hat. Nach einer kurzen Beschreibung der Grundlagen folgen die Einzelheiten der juristischen Regelungen nach SGB XII. Abschließend werden die Vorschriften bezüglich des zu berücksichtigen Vermögens ausführlich beleuchtet. Die Empfehlungen sind als Arbeitshilfe für die Träger der Sozialhilfe konzipiert. Vertrieb über den Lambertus Verlag Freiburg, Internet: www.lambertus.de

Rückkehr in die Krankenversicherung. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und das Bundesgesundheitsministerium werben gemeinsam für die Rückkehr in die Krankenversicherung. Mit Plakaten und Informationsblättern machen sie bundesweit auf die gesetzlichen Regeln

gen aufmerksam. Bei der Aktion geht es darum, Nichtversicherten die Rückkehr in die Krankenversicherung zu erleichtern. Per Gesetz besteht für sie seit dem 1. April 2007 ein Versicherungsverhältnis: Sie müssen eigentlich Beiträge bezahlen und haben Versicherungsschutz. Das Aktionsbündnis appelliert an die Krankenkassen, Menschen in sozialen Notlagen die bereits angefallenen Beiträge zu erlassen. Die Wohlfahrtsverbände wollen allen noch Unversicherten bei Problemen mit Beratungen zur Seite stehen. Mit ihrem dichten Netz lokaler Beratungsstellen verfügen sie über einen guten Zugang zu Nichtversicherten. Seit Inkrafttreten der Gesundheitsreform im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Nichtversicherten in Deutschland deutlich verringert. Über 100 000 ehemals Unversicherte kehrten in die gesetzliche Krankenversicherung zurück, einige Tausend in private Kassen. *Quelle: Rotkreuz Magazin 2.2008*

Elterngeld. 52,5 % der Mütter, denen für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt wurde, waren vor der Geburt erwerbstätig; bei den Vätern waren es 77 %. Während von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Müttern 85 % ein Elterngeld beziehen, bevorzugen von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Vätern zwei Drittel eine „Babyzeit“ von zwei Monaten. Insgesamt wurden von Januar 2007 bis März 2008 knapp 720 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Die Zahl der Väter, die für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt bekamen, hat sich inzwischen auf 87 400 erhöht. Damit ist ihr Anteil auf 12,1 % angestiegen. In den neuen Bundesländern übertrifft der Wert von 12,6 % den in den alten Bundesländern (11,9 %). *Quelle: Statistisches Bundesamt 214/08*

► Gesundheit

Gute Praxis zur Förderung von Kindergesundheit.

Das Bundeskabinett verabschiedete Ende Mai 2008 seine „Strategie zur Förderung der Kindergesundheit“. Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von sozialer Herkunft oder dem Kulturkreis, wird als Ziel benannt. Frühe und aufsuchende Hilfen sollen verstärkt Familien in belasteten Lebenslagen erreichen, so die Bundesregierung. In dem kürzlich von UNICEF vorgelegten Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland wird die schwierige Situation von Ein-Eltern-Familien betont. Der Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ stellt Angebote vor, die sich genau an solche Zielgruppen richten. Initiiert von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung haben sich im Kooperationsverbund 50 Organisationen zusammengeschlossen, um eine „Gute Praxis“ der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten zu unterstützen. Ausgewählt werden die „Good Practice“-Angebote anhand von zwölf Kriterien in einem mehrstufigen, standardisierten Verfahren unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis. Diese Initiative wird auch im jüngsten Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung gewürdigt. Unter den bisher 75 Beispielen gelungener Praxis findet sich auch ein gutes Dutzend, das die Situation von Ein-Eltern-Familien besonders berücksichtigt. Viele der Angebote sind zudem direkt in sozialen Brennpunkten angesiedelt und zeichnen sich durch eine leichte Erreichbarkeit aus. Projekte wie „Adebar“ aus Hamburg oder „Schutzengel“ aus Flensburg kombinieren zudem

verschiedene Unterstützungsangebote. So bieten beispielsweise Elterncafés Gesprächs- und Beratungsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Kinderbetreuung. Andere Angebote wie die „Eltern AG“ aus Magdeburg setzen auf eine Kombination aus Wissensvermittlung, Stressmanagement und sozialem Lernen zur Förderung von Elternkompetenzen. Die Beispiele guter Praxis sind als Vorbilder für die Weiterentwicklung bestehender und neuer Angebote gedacht und im Internet unter www.gesundheitliche-chancen.gleichheit.de zu finden. *Quelle: Pressemitteilung Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten vom 27. Mai 2008*

Kliniken als Zuflucht für Pflegebedürftige. In Großbritannien werden ständig mehr als 2 000 Betten in den staatlichen Krankenhäusern von Pflegebedürftigen in Anspruch genommen, die keine Familienangehörigen haben, die sich um sie kümmern können. Diese Betten stehen somit Akutkranken nicht zur Verfügung. Nach Zahlen des National Health Service waren das etwa 30 % mehr als ein Jahr zuvor. Für den britischen Arztbedarf liegt dies am Abbau sozialer und ambulanter Versorgungsangebote. Deshalb müssten immer mehr Pflegebedürftige statt zum ambulanten Pflegedienst in die nächste Klinik gehen. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2008*

Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankung in Bayern. Derzeit gibt es in Bayern rund 150 000 altersverwirrte Menschen, deutschlandweit sind es rund eine Millionen Betroffene. Prognosen zufolge wird diese Zahl in den kommenden 20 Jahren auf über 1,5 Mio. ansteigen. Im ambulanten Bereich tragen pflegende und betreuende Angehörige die Hauptlast der häuslichen Versorgung. Um diese zu unterstützen und zu entlasten, fördert der Freistaat seit 1998 im Rahmen des „Bayerischen Netzwerks Pflege“ 90 Fachstellen für pflegende Angehörige. Zudem hat Bayern vor fünf Jahren als eines der ersten Bundesländer das Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz umgesetzt. 160 Angehörigengruppen, über 100 Betreuungsgruppen für verwirrte ältere Menschen und 60 ehrenamtliche Helferkreise werden seither als niedrigschwellige Betreuungsangebote mit rund 2,5 Mio. Euro gefördert. Hinzu kommen dreizehn Modellprojekte zu neuen Versorgungskonzepten, insbesondere für Demenzkranke. Da die Behandlung und Betreuung von Demenzkranke einschlägiges Wissen ebenso wie geeignete Umgangsweisen erfordern, ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller mit der medizinischen Versorgung und Pflege gerontopsychiatrisch erkrankter Menschen befassten Berufsgruppen äußerst wichtig. Bayern habe deshalb in den letzten zehn Jahren rund 14 Mio. Euro in die Fort- und Weiterbildung in der Altenhilfe investiert. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 276.08*

► Jugend und Familie

Zukunftsperspektiven für eine Jugendpolitik in Europa. Deutschland kann dazu beitragen, die Stärken der eigenen Kinder- und Jugendhilfe in die europäische Politikgestaltung mit einzubringen und dabei auch die Beteiligung junger Menschen an dem Prozess zu fördern. Deutschland hat zudem im Rahmen der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit auch die Chance, von den Erfah-

rungen anderer europäischer Mitgliedstaaten zu lernen und die eigenen Aktivitäten zu spiegeln, um mit neuen Ideen die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu befördern. Die Europäische Kommission plant für das Jahr 2008 einen Beratungs- und Reflektionsprozess zur Zukunft der Jugendpolitik in Europa. In diesem Zusammenhang sind alle Mitgliedstaaten gebeten, sich an der Auseinandersetzung mit der bisherigen Zusammenarbeit zu beteiligen sowie Anregungen und Meinungen für eine Jugendpolitik der Zukunft abzugeben. Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ein Positionspapier verabschiedet, das darstellt, wie eine Jugendpolitik in Europa gestaltet werden könnte. Das Papier steht unter http://www.agj.de/pdf/5/Zukunftsperspektiven_Europa.pdf zur Verfügung. *Quelle: Presseinformation der AGJ vom 8. Juni 2008*

Alle Kinder befähigen. Das Buch zur Initiative. Hrsg. Gertrud Rogg. Lambertus Verlag. Freiburg im Breisgau, 103 S., EUR 9,90 *DZI-D-8263*

Spätestens seit der Veröffentlichung der Pisa-Ergebnisse und des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2005 ist bekannt, dass in Deutschland Kinder aus sozial schwachen Familien vergleichsweise schlechte Bildungschancen besitzen. Und Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung tragen ein hohes Armutsrisiko. So widmet sich die vorliegende Broschüre der Frage, wie die gesellschaftliche und berufliche Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher unterstützt werden kann. Theoretische Grundlage ist das vom Amartya Sen entwickelte Konzept der Befähigungsgerechtigkeit, das sich auf die Verteilung von Lebenschancen und Wirklichungsmöglichkeiten bezieht. Im Einzelnen dokumentiert die Broschüre verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der seit dem Jahr 2005 laufenden Befähigungsinitiative des Deutschen Caritasverbandes, wie zum Beispiel Ausbildungspatenschaften und Initiativen in den Bereichen der Schulsozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit oder der Corporate Citizenship. Bestelladresse: Deutscher Caritasverband, Projektleitung Befähigungsinitiative, Karlstraße 40, 79100 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-668

Investition Jugendhilfe. Jugendhilfe wirkt! Das belegen Forschungen des Instituts für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ). In 70 % der Fälle stellte das Institut positive Verläufe und stabile Veränderungen fest. Langfristig gesehen stehen durchschnittliche Kosten von 120 000 Euro für Jugendhilfemaßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit oder Kriminalität ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 360 000 Euro gegenüber. Jugendhilfemaßnahmen zahlen sich also dreifach aus. Fazit des Instituts: Ausgaben für die Jugendlichen sind keine Kosten, sondern Investitionen, und daher seien kurzfristige Sparmaßnahmen in diesem Bereich zu verurteilen. *Quelle: Sozialcourage 2.2008*

Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. Hrsg. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des DJI. Selbstverlag. München 2007, 359 S., kostenlos *DZI-D-8253*

Vor dem Hintergrund der politischen Debatten um eine Verschärfung des Jugendstrafrechts entstand im Jahr 2006

diese Veröffentlichung zum Thema Gewaltprävention. Konzipiert und erstellt wurde sie durch die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München in Kooperation mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder. Im Mittelpunkt stehen Wege der Gewaltprävention in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Justiz, wobei auch Themen wie Migration, Gender, Medien und Partizipation aufgegriffen werden. Die Berichte geben vielfältige Anregungen für Politik, Fachpraxis und Forschung. Am Schluss steht das Fazit, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter eine Herausforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen darstellt, der durch die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche begegnet werden müsse. Bestelladresse: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Postfach 90 03 52, 81503 München

► Ausbildung und Beruf

Veränderung der Semesterzeiten. Die Hochschulrektorenkonferenz will die Semesterzeiten der Universitäten vom Jahr 2010 an ändern. Aus dem Wintersemester, das bislang vom 1. Oktober bis zum 31. März dauert, soll ein Herbstsemester mit Laufzeit vom 1. September bis zum 28. Februar werden. Die Vorlesungen und Seminare würden dann schon am ersten Montag des Septembers starten und bis spätestens Ende Januar dauern. Gleichzeitig würde aus dem Sommer- ein Frühjahrssemester mit der Vorlesungszeit von Anfang März bis Ende Juni. Die Rektorinnen und Rektoren wollen den deutschen Universitätskalender an internationale Standards anpassen und grenzüberschreitende Hochschulwechsel erleichtern. *Quelle: Uni Spiegel 3.2008*

25-jähriges Jubiläum des Senior Experten Service (SES). Der SES feierte im Mai 2008 sein 25-jähriges Bestehen mit einem Festakt. Im Rahmen des SES engagieren sich Rentnerinnen und Rentner mit ihrer beruflichen Erfahrung ehrenamtlich vorwiegend in kleinen und mittleren Unternehmen, öffentlichen Institutionen, Kommunen, Ausbildungseinrichtungen und internationalen Organisationen. Der SES wurde 1982 unter Obhut des Deutschen Industrie- und Handelskammertages mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Leben gerufen. Seit dem Jahr 2003 wird die gemeinnützige GmbH von einer Stiftung getragen. *Quelle: Nachrichtendienst Bürgergesellschaft 5.2008*

seniorTrainerinnen und seniorKompetenzteams. Erfahrungswissen und Engagement älterer Menschen in einer neuen Verantwortungsrolle. Hrsg. Dietrich Engels und andere. ISAB-Verlag. Köln 2007, 254 S., EUR 12,–

DZI-D-8254

Dieser Bericht dokumentiert die Evaluation des Modellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI), das in den Jahren 2002 bis 2006 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit zehn Bundesländern durchgeführt wurde. Im Verlauf des Programms wurden rund 1000 ältere Menschen zu seniorTrainerinnen und -trainern qualifiziert, um ihre Kompetenzen für eine Tätigkeit im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Das Spektrum der gewählten Aktivitäten war

breit gefächert mit Schwerpunkt im sozialen Bereich. Ziel des Programms war es, zu einem gesellschaftlich akzeptierten Rollenbild des Alters beizutragen und die Lebensqualität im Alter zu erhöhen. Bestelladresse: ISAB Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung GmbH, Overstolzenstraße 15, 50677 Köln, Tel.: 02 21/41 20 94, Fax: 02 21/41 70 15

Freiburger Fachhochschulteam prämiert. Für seine Initiative „Anerkennung durch Engagement“ erhält der Freiburger Psychologieprofessor Gerhard Veith einen mit 10 000 Euro dotierten Projektpreis im Transatlantischen Ideenwettbewerb USable der Hamburger Körber-Stiftung. Im Projekt kooperieren der Studiengang Soziale Arbeit an der Katholischen Fachhochschule Freiburg, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen miteinander. Zwei amerikanische Pädagogikkonzepte standen dabei Pate: Die Positive Peer Culture, die Nutzung des positiven Einflusses, den auch schwierige Jugendliche aufeinander haben können, und Service Learning, das Lernen durch gemeinnütziges Tun. Das Projekt soll verhaltensauffälligen Jugendlichen dabei helfen, Ressourcen freizusetzen, mit denen sie ihre Lebenswege erfolgreich gestalten können. Wie zum Beispiel beim Charity-Projekt „An die Teller, fertig, los!“. Vier Jungen aus einer sozialpädagogischen Wohngruppe organisierten gemeinsam mit Studentinnen ein Galadinner; der Erlös ging an einen Kinderhort in Afrika. *Quelle: Pressemitteilung der Körber-Stiftung vom 2. Juni 2008*

Heilpädagogik und das Fremde. Für Menschen. Mit Menschen. Mit diesem Thema richtet der Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V. (BHP) seine diesjährige Bundesfachtagung in Fulda aus. Alle Kolleginnen, Kollegen, Interessierte, Studierende und Mitglieder des BHP sind eingeladen, sich in mehr als 16 Foren und Diskussionspodien an einem Erfahrungsaustausch zu beteiligen. Eine Onlineanmeldung ist unter www.heilpaedagogikwirkt.de möglich. *Quelle: Pressemitteilung des BHP vom 22. Mai 2008*

Studium Public-Management Betreuung und Vormundschaft. Die Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht, ein Institut der staatlich anerkannten Steinbeis-Hochschule Berlin, bietet seit zwei Jahren diesen berufsbegleitenden Bachelorstudiengang mit staatlich anerkanntem Hochschulabschluss an. Das dreijährige Studium für rechtliche Betreuerinnen und Betreuer, Vormünder und Verfahrenspflegerinnen startet zum dritten Mal im Dezember 2008. Bewerbungen werden bis Ende September 2008 entgegengenommen. Informationen: Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht, Internet: www.aoev.de

Tagungskalender

9.-11.9.2008 Köln. ASD-Bundeskongress 2008: „ASD – wichtiger denn je!“ Anmeldung: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

12.-14.9.2008 Trier. Seminar: Anerkennung und Respekt als Lebensenergien. Konzepte und Methoden der systemischen Transaktionsanalyse. Anmeldung: Katholische Akademie Trier, Postfach 23 20, 54213 Trier, Tel.: 06 51/81 05-232, E-Mail: anmeldung.jat@bgv-trier.de

23.-25.9.2008 Eisenach. EREV-Forum: Wettbewerbliche Steuerung und Finanzierung der Jugendhilfe. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-13, E-Mail: info@erev.de

24.-26.9.2008 Berlin. Kongress und Fachmesse: Integration verpflichtet – Die Beiträge der Caritas. Information: Deutscher Caritasverband e.V., Abt. Soziales und Gesundheit, Referat Migration und Integration, Karlstraße 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-747, E-Mail: Helene.Ehemann@caritas.de

27.-28.9.2008 Bonn. 1. Tagespflege-Tage 2008: Das Laufstall-Wochenende. Information: Verlag interna, Auguststraße 1, 53229 Bonn, Internet: www.laufstall.de/tagespflegetage/anmeldungsunterlagen.htm

1.-2.10.2008 Freiburg im Breisgau. Freiburger Arbeitstherapie-tage: Auswirkungen des globalisierten Marktes – Herausforderung und Antworten für die Arbeitstherapie. Information: AGJ Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V., Oberau 21, 79102 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/218 07-41, E-Mail: fortbildung@agj-freiburg.de

9.-11.10.2008 Erfurt. 5. Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft: Selbsthilfe Demenz. Aktiv für Demenzerkrankte. Anmeldung: CTW, Congress Organisation Thomas Wiese, Hohenzollerndamm 125, 14199 Berlin, E-Mail: alzheimer@ctw-congress.de

15.10.2008 Güstrow. Kinderschutzkonferenz: Gemeinsam tagen – gemeinsam handeln. Information: Schabernack – Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e.V., Schabernack 70, 18273 Güstrow, Tel.: 038 43/83 38-0, E-Mail: info@schabernack-guestrow.de

17.-19.10.2008 Hannover. 6. Mädchenkonferenz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung. Information: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-16, E-Mail: mimmi@bvkm.de

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Hamburger, Franz: Im Namen der Aufklärung? Über den öffentlichen Umgang mit dem Islam in Deutschland. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 96-99. *DZI-2387*

McGrath Morris, Patricia: Reinterpreting Abraham Flexner's speech, „Is Social work a profession?“ Its meaning and influence on the field's early professional development. - In: Social Service Review ; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 29-60. *DZI-0178*

2.01 Staat/Gesellschaft

Arlt, Ute: Rechtliche Rahmenbedingungen bei eGovernment. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 97-99. *DZI-2914*

Droege, Michael: Eine halbherzige Reform: Die Neugestaltung des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 56-66. *DZI-2978*

Kieserling, André: Felder und Klassen – Pierre Bourdieu's Theorie der modernen Gesellschaft. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 3-24. *DZI-2526*

Kohlmeier, Anabell: Berufliche Weiterbildung: Ableitung und Umsetzung der Finanzierungsverantwortung von Staat und Individuen. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 48-53. *DZI-0518*

Wagner, Stephan F.: Wert ehrenamtlicher Arbeit. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 18, 2008, Nr. 2, S. 29-30. *DZI-2991z*

2.02 Sozialpolitik

Adamy, Wilhelm: Bilanz aus 2007 – Perspektiven für 2008: Arbeitsmarktpolitik und Haushalt der BA. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 56-67. *DZI-0524*

Cremer, Georg: Mindestlohn und staatliche Ergänzung verbinden. - In: neue caritas ; Jg. 109, 2008, Nr. 5, S. 12-17. *DZI-0015z*

Griep, Heinrich: Entbürokratisierung des sozialrechtlichen Leistungserbringungsrechts. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 27-55. *DZI-2978*

Just, Katrin: Absicherung von nicht erwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen in

der Sozialversicherung. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 74-78. *DZI-0524*

Leopold, Dieter: Der Gesundheitsfonds soll es ab 2009 richten: Ein neuartiges Finanzinstrument zur Sanierung des Gesundheitswesens. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 62, 2008, Nr. 1, S. 13-15. *DZI-0107*

Leube, Konrad: Kein Unfallschutz für Privatversicherte im Krankenhaus – ist dieser Umstand verfassungsgemäß? Zur Anwendung des § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 146-149. *DZI-1450z*

Pundt, Johanne: Qualifizierungsbedarf: Notwendige Herausforderungen für Gesundheitsberufe. - In: Public Health Forum ; Jg. 16, 2008, Nr. 58, S. 6-8. *DZI-3000*

Reinecke, Julia: Gibt es eine „Europäische Familienpolitik“? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 3, S. 111-117. *DZI-0044*

Schommer, Rainer: Pflegeanbieter als starker Partner: Differenzierungsstrategien für Pflegeanbieter in regionalen Versorgungsstrukturen. - In: Heim und Pflege ; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 94-96. *DZI-2496z*

Vogt-Wuchter, Beatrix: Gesundheitshilfe stellt bald jeden zweiten Arbeitsplatz. - In: neue caritas ; Jg. 109, 2008, Nr. 5, S. 23-26. *DZI-0015z*

Weber, Martina: Regelleistungen sind nicht erlaubt: Ein-Euro-Jobs in der Pflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 152-154. *DZI-0528z*

Wöhrl, Armin: Erfolgreich ins Management: Ergebnisse der Absolventenbefragung eines Masterstudiengangs „Sozialmanagement“. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 73-74. *DZI-0228*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Bruchhagen, Verena: Ein Konzept zwischen Professionalisierung und Politisierung: Managing Gender & Diversity. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 8-11. *DZI-0264z*

Burchardt, Susann: Schulen und Stadtteilorientierung: Strukturelle Grenzen und institutionelle Chancen. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 03, 2008, Nr. 1, S. 83-97. *DZI-3052*

Herrmann, Lars: Ressourcen bedarfsgerecht und mitarbeiterorientiert einsetzen: Flexible 5-Tage-Woche in der stationären Krankenpflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 170-172. *DZI-0528z*

Hinte, Wolfgang: Sozialraumorientierung: Prinzipien, Strukturen und Finanzierungsformen. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 8-13. *DZI-2610z*

Käble, Karl: Akademisierung der Gesundheitsfachberufe. - In: Public Health Forum ; Jg. 16, 2008, Nr. 58, S. 4-6. *DZI-3000*

Koop, Gerd: „Auf dem Weg zu einer lernenden Organisation“: Personal- und Organisationsentwicklung am Beispiel eines Führungskonzeptes aus der Vollzugspraxis. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 54-60. *DZI-0311*

Mattarei, Norma: Integration durch Museumspädagogik. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 28-29. *DZI-0264z*

Mauruschat, Agnete: Potenziale des AVD im Wandel der Zeit gezielt nutzen: Die Sicht einer Anstaltsleiterin. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 68-69. *DZI-0311*

Moser, Vera: Sonderpädagogische Professionsforschung – eine Skizze des Forschungsstands. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 82-87. *DZI-0200*

Paul, Reinhard: Berufliche Funktion und seelische Hintergründe. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 60, 2008, Nr. 3, S. 55-61. *DZI-0167*

Stöbel, Ulrich: Der ältere Mensch im Erwerbsleben. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 51, 2008, Nr. 3, S. 287-295. *DZI-1130*

Vahle, Jürgen: Leistung und leistungsgerechter Lohn in der öffentlichen Verwaltung. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 106-109. *DZI-2914*

Weber, A.: Psychosoziale Gesundheit im Beruf – Utopie oder Notwendigkeit? - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 2, S. 105-114. *DZI-0021z*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Augurzy, Boris: Preisdruck und Insolvenzgefahr: Pflegemarktprognose bis 2020. - In: Altenheim ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 24-26. *DZI-1449*

Giese, Dieter: Erster Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner: Stand 15. August 2006. - In: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen ; 2008, Nr. 66, S. 67-70. *DZI-2978*

Landes, Benjamin: Personalabbau im ASD als Kosten-Bumerang? Erkenntnis aus dem aktuellen Forschungsstand. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 3, S. 119-124. *DZI-0044*

Miers, Sorina: Jugendsozialarbeit in der Schule: Moderation und Meditation bei Konflikten, komplementäre Angebote in der Schule, Kooperation mit dem Gemeinwesen. - In: Blätter der Wohl-

fahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 56-58. *DZI-0228*

Scheu, Bringfriede: Der Studienbereich Soziales an der Fachhochschule Kärnten am Standort Feldkirchen. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 31-32. *DZI-2610z*

Wiglinghoff, Heike: Schärfen Sie Ihr Profil: mittelständische Träger. - In: Altenheim ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 42-44. *DZI-1449*

4.00 Sozialberufe / Soziale Tätigkeit

Böhme, Gaby: Im Wandel der Zeit: Das Berufsbild des/der ErzieherIn. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 42-45. *DZI-0264z*

Köhler, Wolfgang: Kundenorientierung in der Ausbildung des allgemeinen Justizvollzugsdienstes. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 62-65. *DZI-0311*

Kuhlmey, Adelheid: Neue Rollen für nicht-ärztliche Heilberufe: Dieser Beitrag beruht auf dem Sachverständigenratsgutachten 2007. - In: Public Health Forum ; 2016, 2008, Nr. 58, S. 2-4. *DZI-3000*

Müller, Silke: Der professionelle Habitus und seine Bildung in der Sozialen Arbeit. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 25-41. *DZI-2387*

Ralic, Nada: Möglichkeiten, Chancen und Grenzen in der Umsetzung: Die Einführung des Nationalen Expertenstandards in der Pflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 162-165. *DZI-0528z*

Vollmer, Knut: „Freundlich geht's besser!“ Umgangskultur gemeinsam bestimmen. - In: Kindergarten heute ; Jg. 38, 2008, Nr. 3, S. 16-20. *DZI-3048*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Brandstetter, Manuela: Sozialraumorientierung als Fachdiskurs: Oder – wissen(schaft)sbasierte Handlungsanleitungen für die Soziale Arbeit. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 22-25. *DZI-2610z*

Gandjour, Afschin: Einfluss der demographischen Entwicklung auf Gesundheitsausgaben in Deutschland: Eine Analyse unter Berücksichtigung der Ausgaben Versterbender. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 2, S. 77-80. *DZI-0021z*

Göpper, Hans-Jürgen: Forschung und Sozialarbeitswissenschaft. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 48-53. *DZI-2597*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Ahrens, Wolfgang: Epidemiologie in der Arbeitswelt. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 51, 2008, Nr. 3, S. *DZI-1130*

Niklas-Faust, Jeanne: Pränataldiagnostik zwischen Therapie & Selektion: Gesellschaftliche Erwartungen und individuelle Verantwortung. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 18-19. *DZI-2643z*

Panknin, Hardy-Thorsten: Verbesserungsbedarf im System: Medikationsfehler im Krankenhaus – Zahlen und Präventionsansätze. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 149-151. *DZI-0528z*

Rosner, Dagmar: Ernst, heiter, eigensinnig ... Schreibwerkstätten als Therapie-Angebot in der Onkologie schaffen Orte für Worte gegen Sprachlosigkeit. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2008, Nr. 2, S. 34-35. *DZI-2193z*

Siegert, M.: Neuerungen für Medizinische Versorgungszentren nach dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 2, S. 115-117. *DZI-0021z*

5.03 Psychologie

Breer, Anita: Gewohnte Muster durchbrechen: Gewalt gegen Pflegende – Teil 1. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 145-148. *DZI-0528z*

Marx, Edeltraud: Oft gestellte Fragen aus der Praxis: Werden Kinder durch Beobachten von Gewalt aggressiver? - In: Kindergarten heute ; Jg. 38, 2008, Nr. 3, S. 22-23. *DZI-3048*

Schneider, Gudrun: Validität der Konfliktachse der Operationalisierten Psychodynamischen Diagnostik (OPD-1): Empirische Ergebnisse und Folgerungen für die OPD-2. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 54, 2008, 1, S. 46-62. *DZI-0905z*

Schumann, Claudia: Tests ohne Ende? Individuelle Gesundheits-Leistungen (IGel) im Blick. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 10-13. *DZI-2643z*

Volk, Hartmut: Die Kraft der Gelassenheit: Ein Plädoyer wider die Aufgeregtheit des Gemüts. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 2, S. 54-57. *DZI-0334*

5.04 Erziehungswissenschaft

Dietrich, Anne: Was kann ein interkulturelles Training bewirken? Diversity-Training – interkultureller Kompetenzworkshop – Landeskunde. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 21-24. *DZI-0264z*

Fischer, Christian: Strategien Selbstregulierten Lernens in der Begabtenförderung. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 03, 2008, Nr. 1, S. 41-51. *DZI-3052*

Frenke, Peer: „Band Ohne Noten“ – populäre Musik für die Förderschule arrangieren. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 109-113. *DZI-0200*

Hofmann, Tina: „Nicht nur frühe, sondern auch späte Förderung“: Aktuelle Förderschwerpunkte für Bildung, Ausbildung und Arbeit von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 65-67. *DZI-0228*

Katzenstein, Henriette: Gesprächssteuerung im Rahmen der Beistandschaft und Beratung. - In: Das Jugendamt ; Jg. 81, 2008, Nr. 3, S. 126-133. *DZI-0110z*

Mathieu-Baur, Konstanze: HIPPY – frühe Förderung in der Familie: ein Familienbildungsprogramm mit aufstrebendem Charakter. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 35-37. *DZI-0264z*

Vester, Michael: Der Klassenkampf um die Bildungschancen. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 80-86. *DZI-2387*

5.05 Soziologie

Mielck, Andreas: Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland: Die internationale Perspektive. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 51, 2008, Nr. 3, S. 345-352. *DZI-1130*

Pape, Simone: Die visuelle Wahrnehmbarkeit sozialer Ungleichheit: Eine alternative Methode zur Untersuchung der Entkopplungsthese. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 37, 2008, Nr. 1, S. 25-41. *DZI-2526*

Wexler, Philip: Nach dem Auseinanderbrechen – Der Versuch der Reintegration der Bildungssoziologie: Kontext und Tradition der Bildungssoziologie. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 100-109. *DZI-2387*

5.06 Recht

Bolm-Audorff, Ulrich: Gesetzesänderungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsmedizin. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 51, 2008, Nr. 3, S. 274-280. *DZI-1130*

Crome, Malte: Rückbesinnung auf die Dienstgemeinschaft. - In: neue caritas ; Jg. 109, 2008, Nr. 5, S. 19-21. *DZI-0015z*

Dickmann, Frank: Nachbarn müssen Toleranz zeigen: Ein Pflegeheim lässt sich nicht geräuchlos betreiben – herkömmliche Beeinträchtigungen muss ein Nachbar dulden. - In: Altenheim ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 35, 36. *DZI-1449*

Graebisch, Christine: Abschiebungshaft: Abolitionistische Perspektiven und Realitäten. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 32-41. *DZI-2272*

Kulenkampff, Rainer: Wie kann man eine leistungsgerechte Vergütung nach den §§ 75 ff. SGB XII durchsetzen? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 3, S. 125-131. *DZI-0044*

Martens, Rudolf: Vorschlag für einen spezifischen Preisindex zur Anpassung der Regelsätze: Hartz IV-Regelsatz und Preisentwicklung. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 68-73.

DZI-0524

Meyer, Daniel R.: Do high child support orders discourage child support payments? - In: Social Service Review ; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 93-118. *DZI-0178*

Meysen, Thomas: Beginn und Ende von Beistandschaften. - In: Das Jugendamt ; Jg. 81, 2008, Nr. 3, S. 120-126.

DZI-0110z

Schulte, Bernd: Behindertenpolitik und Behindertenrecht in der Europäischen Union: Teil 1. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 131-145. *DZI-1450z*

Schwonberg, Alexander: Änderungen des Ehegatten- und Betreuungserhaltungszuums zum 1.1.2008. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 60, 2008, Nr. 3, S. 49-54. *DZI-0167*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Freise, Josef: Haltungen in der Interkulturellen Sozialen Arbeit: Respekt, Empathie, Konfliktfähigkeit, Unsicherheit aushalten können. - In: Forum Sozial ; 2008, Nr. 2, S. 17-20. *DZI-0264z*

Hochstrasser, Franz: Zusammenhänge zwischen Konsumismus und Sozialer Arbeit. - In: Neue Praxis ; Jg. 38, 2008, Nr. 1, S. 42-57. *DZI-2387*

Müller, Carsten: Wer herrscht in der Sozialen Arbeit? Oder – eine Re-Politisierung mittels Gouvernementalitätsdiskurs: Politik und Soziale Arbeit. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 35-43. *DZI-2597*

Stoik, Christoph: Sozialraumorientierung – als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 14-18.

DZI-2610z

Vorgrimler, Herbert: Seelsorge ist zertifizierbar: Erfahrungen mit der Zertifizierung der Seelsorge im Clemenshospital Münster nach DIN EN ISO 9001: 2000. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 2, S. 33-41. *DZI-0334*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Becker, Jens: Welche Bedeutung wird der Prävention zugesprochen? Einstellungen und Verhaltensmuster in der Bevölkerung. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 50-55. *DZI-0524*

Dane, Thomas: Kompetenz und Kommunikation. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 18, 2008, Nr. 2, S. 13-16. *DZI-2991z*

Dern, Wolfgang: Was ist Fallmanagement? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 3, S. 101-104. *DZI-0044*

Kulbach, Roderich: Familienberatung für Menschen mit Migrationshintergrund: Prävention durch interkulturelle Sozialarbeit. - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 19-27. *DZI-2597*

Schaefer, Doris: Pflegestützpunkte, Pflegeberater und Case Manager: Neue Kompetenzprofile in den Gesundheitsberufen. - In: Public Health Forum ; Jg. 16, 2008, Nr. 58, S. 12-14. *DZI-3000*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Augurzy, Boris: Pflegemarkt bleibt auf Expansionskurs: Starke Nachfrage nach professioneller Pflege. - In: Altenheim ; Jg. 47, 2008, Nr. 3, S. 20-22. *DZI-1449*

Lukasczik, Matthias: Entbindung des Kliniksozialdienstes in der rehabilitativen Versorgung unfallverletzter Patienten durch die gesetzliche Unfallversicherung: Ergebnisse eines einjährigen Modellprojektes. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 2, S. 68-76.

DZI-0021z

Mamerow, Ruth: Bezugspflege braucht soziale Kompetenzen. - In: Heim und Pflege ; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 88-91.

DZI-2496z

Müller, C. Wolfgang: Jugendarbeit neu denken? - In: Sozialmagazin ; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 44-47. *DZI-2597*

Optiz, Gabriele: Gemeinsam zum Ziel: Eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdiensten und dem Gen Re Rehadienst kann die Rehabilitation der Patienten optimieren und Lösungen für die Zukunft aufzeigen. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2008, Nr. 2, S. 30-32, 34. *DZI-2193z*

Reinicke, Peter: Sozial und wirtschaftlich: Anregungen zum Umgang mit ökonomischen Fragen und Problemen in der Krankenhaus-Sozialarbeit. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 2, S. 46-53.

DZI-0334

6.03 Rechtsmaßnahmen / Verwaltungsmaßnahmen

Kirschenbauer, Hans-Joachim: Zeitgemäß oder anachronistisch? Zwangsweisungspraxis in Frankfurt am Main: Psychiatrisches Informationssystem Stationär-Ambulant (PISA). - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 35, 2008, Nr. 2, S. 73-79. *DZI-2574*

6.04 Jugendhilfe

Hoops, Sabrina: „Wir werden dir schon helfen!“ Zwangskontexte im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 60, 2008, Nr. 3, S. 98-112. *DZI-0135*

König, Joachim: Das Ziel ist Geschäftsfähigkeit: Anmerkungen zu den Aufgaben der Jugendsozialarbeit. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 43-49. *DZI-0228*

Schmidt, Eckart: Professionelle Partnerschaft: Stützende Beziehungen statt „Freiheitsentziehende Maßnahmen“. - In: Dialog Erziehungshilfe ; 2008, Nr. 1, S. 19-28. *DZI-0211z*

Spitzenberger, Elfa Beate: Veränderungen im Bereich der Jugendwohlfahrt. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2008, Nr. 1, S. 33-34. *DZI-2610z*

Thalmann, Ernst: Wie funktioniert Heimerziehung in der Familie? Erziehungsstellen für sozial und emotional belastete Kinder und Jugendliche. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit ; 2008, Nr. 2, S. 13-15. *DZI-2193z*

6.05 Gesundheitshilfe

Conrad, Joachim: Es herrscht großer Wissensdurst: Fortbildungsverhalten von Mitarbeitern in der stationären Krankenpflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 166-169.

DZI-0528z

Glombik, Manfred: Gesund im Alter mit der Sozialversicherung. - In: Die Rentenversicherung ; Jg. 49, 2008, Nr. 1, S. 4-7. *DZI-1467*

Loczenski, Barbara: Lücken in der Hygiene gefährden Patienten und Mitarbeiter: Patienten mit MRSA-Kolonisation oder -Infektion in der ambulanten Pflege. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 141-144. *DZI-0528z*

Panfil, Eva-Maria: Qualifikation von Nöten: Expertenstandard „Pflege von Menschen mit chronischen Wunden“. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 134-137. *DZI-0528z*

Slesina, Wolfgang: Betriebliche Gesundheitsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 51, 2008, Nr. 3, S. 296-304. *DZI-1130*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Wood, Robert G.: Two steps forward, one step back: the uneven economic progress of TANF recipients. - In: Social Service Review ; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 3-28. *DZI-0178*

7.01 Kinder

Berger, Uwe: PriMa für Barbie: Formative Evaluation eines Programms zur Prävention von Magersucht bei Mädchen ab der sechsten Klasse. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ; Jg. 54, 2008, 1, S. 32-45. *DZI-0905z*

Fendrich, S.: Kleine Kinder – große Sorgen: Zunehmende Sensibilisierung für Gefährdungen von Kleinkindern in der Familie. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 10, 2007, Nr. 3, S. 2-3. *DZI-3022*

Grötschel, Manuela: Sichere Landebahn für (r)ausgeflogene Jugendliche: Der Lebensmittelpunkt Straße birgt auch in Deutschland hohe gesundheitliche

Soziale Arbeit 7.2008

Risiken. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit; 2008, Nr. 2, S. 26-28.

DZI-2193z

Heynen, Susanne: Kindbezogene Zwangsmaßnahmen bei Trennung und Scheidung. - In: Unsere Jugend; Jg. 60, 2008, Nr. 3, S. 113-124. *DZI-0135*

König, Andrej: Geschlechtsspezifische Entwicklung der Anatomie und Gangdynamik im Kinder- und Jugendalter. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 32-39. *DZI-2534*

Möller, Jens: Lesen oder Fernsehen? Zur Vorhersage von Tätigkeitspräferenzen. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 13-21.

DZI-2534

Reinders, Heinz: Soziale und emotionale Entwicklung hochbegabter Grundschulkinder: Ergebnisse einer Begleituntersuchung. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung; Jg. 03, 2008, Nr. 1, S. 25-40. *DZI-3052*

Ziegler, Albert: Feinmotorische Defizite als Ursache des Underachievements begabter Grundschüler. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung; Jg. 03, 2008, Nr. 1, S. 53-66. *DZI-3052*

Zimmer, Renate: Sprachförderung braucht Bewegung: Was Springen, Tanzen und Klettern mit Sprachentwicklung zu tun haben. - In: Kindergarten heute; Jg. 38, 2008, Nr. 3, S. 8-12. *DZI-3048*

7.02 Jugendliche

Carol, Kerstin: Regionale Ressourcen erschließen: Das Bundesprogramm

„Kompetenzagenturen“ am Beispiel des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 59-61. *DZI-0228*

Körner, Gabriele: Du hast das Gefühl, du kannst laufen, laufen, laufen: Programm BodyGuard bietet Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Jugendliche. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit; 2008, Nr. 2, S. 20-22.

DZI-2193z

Schröter, Veronika: Im Chaos werden Rosen blühen: das Messiephänomen. - In: Forum Sozial; 2008, Nr. 2, S. 38-41. *DZI-0264z*

Ungeheuer-Eicke, Anita: „Music heals the soul“ – Musik heilt die Seele: Das musikpädagogische Konzept des Jugendhilfezentrums Johannestift. - In: Dialog Erziehungshilfe; 2008, Nr. 1, S. 29-30. *DZI-0211z*

7.03 Frauen

Berger, Manfred: Frauen in sozialer Verantwortung - Antonie (Toni) Nopitsch. - In: Unsere Jugend; Jg. 60, 2008, Nr. 3, S. 125-128. *DZI-0135*

Erzberger, Christian: Bildung hinter Gittern – eine Chance auch für benachteiligte Frauen? - In: Zeitschrift für Heilpädagogik; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 100-108. *DZI-0200*

Renner, Ilona: Einstellungen zu Pränataldiagnostik: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung befragte Schwangere. - In: Pro Familia Magazin; Jg. 36, 2008, Nr. 1, S. 20-21. *DZI-2643z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Knittel, Bernhard: Neues Gesetz zur Klärung der Vaterschaft verabschiedet. - In: Das Jugendamt; Jg. 81, 2008, Nr. 3, S. 117-120. *DZI-0110z*

Straub, Ute: Hilfe aus eigener Kraft: Family Group Conference. - In: Sozialmagazin; Jg. 33, 2008, Nr. 4, S. 10-18. *DZI-2597*

Swanberg, Jennifer E.: Quality jobs in the new millennium: Incorporating flexible work options as a strategy to assist working families. - In: Social Service Review; Jg. 82, 2008, Nr. 1, S. 119-147. *DZI-0178*

7.05 Migranten

Beck, Sebastian: Migranten-Milieus: Erste Erkenntnisse über Lebenswelten und wohnungsmarktspezifische Präferenzen von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. - In: Forum Sozial; 2008, Nr. 2, S. 12-16. *DZI-0264z*

Fournier, Katharina: Testfall für Integration: Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Jugendsozialarbeit. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 62-64. *DZI-0228*

Kornischka, Jürgen: Psychosoziale Belastungsfaktoren und psychische Erkrankungen bei Spätaussiedlern. - In: Psychiatrische Praxis; Jg. 35, 2008, Nr. 2, S. 60-66. *DZI-2574*

7.06 Arbeitslose

Hofmann, Tina: Erfolge ohne Nachhaltigkeit: Die Jugendarbeitslosigkeit kann mit arbeitsmarktpolitischen Initiativen allein nicht bekämpft werden. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege; Jg. 155, 2008, Nr. 2, S. 50-52. *DZI-0228*

7.07 Straffällige/ Straftatlassene

Cornel, Heinz: Alternativen zum Gefängnis zwischen Alibi, Reformpolitik und realem Abolitionismus. - In: Kriminologisches Journal; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 54-66. *DZI-2272*

Düinkel, Frieder: Aktuelle Daten zur Sicherungsverwahrung. - In: Forum Strafvollzug; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 76-79. *DZI-0311*

Feest, Johannes: Abolitionismus: Einige Antworten auf oft gestellte Fragen. - In: Kriminologisches Journal; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 6-20. *DZI-2272*

Köhne, Michael: Eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug der Untersuchungs-lage. - In: Forum Strafvollzug; Jg. 57, 2008, Nr. 2, S. 88-92. *DZI-0311*

Walter, Joachim: Notizen aus der Provinz: Eine erste Bilanz der Gesetzgebung der Länder zum Jugendstrafvollzug. - In: Kriminologisches Journal; Jg. 40, 2008, Nr. 1, S. 21-31. *DZI-2272*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Baier, Dirk: Schule vs. Familie und Medien – zur Bedeutung verschiedener Sozialisationsinstanzen für das Gewaltverhalten von Förderschülern mit Lernbehinderung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik; Jg. 59, 2008, Nr. 3, S. 88-99. *DZI-0200*

Gurlit, Simone: „Mehr als nur Händchenhalten“: Spezialisierte Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen für den OP. - In: Pflegezeitschrift; Jg. 61, 2008, Nr. 3, S. 130-132. *DZI-0528z*

Hauck, Otto: Jetzt gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auch für privatrechtliche Versicherungsverträge. - In: Horus; 2008, Nr. 1, S. 15-17. *DZI-0899*

Herpertz, Stephan: Adipositas ist mehr als eine Essstörung: Die multidimensionale Betrachtung einer Pandemie. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie; Jg. 54, 2008, 1, S. 4-31. *DZI-0905z*

Höfer, Renate: Von dicken Kindern, Raufbolden und Zappelphilippen: Sozialarbeit gewinnt an Bedeutung für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. - In: Forum sozialarbeit + gesundheit; 2008, Nr. 2, S. 6-8. *DZI-2193z*

Lehmann, Johannes: Ein Stimme für die Sprachlosen: Dementia Care Mapping sichert die Qualität bei der Versorgung dementer Bewohner in den Heimen der Seniorenstiftung Prenzlaue Berg. - In: Heim und Pflege; Jg. 39, 2008, Nr. 3, S. 74-76. *DZI-2496z*

Löffler-Stastka, Henriette: Prädiktoren des Therapieabbruchs in psychoanalytischen Behandlungen von Patienten mit Persönlichkeitsstörungen. - In: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie; Jg. 54, 2008, 1, S. 63-76. *DZI-0905z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.

Telefon 030/83 90 01-13

Fax 030/83147 50

E-Mail bibliothek@dzi.de

Wenn Eltern aufgeben. Therapie und Beratung bei konflikthafter Trennung von Eltern und Kindern. Von Gianfranco Cecchin und Marie-Luise Conen. Carl-Auer Verlag. Heidelberg 2007, 239 S., EUR 24,95 *DZI-D-8289*
Dieses Buch bietet aus der Perspektive der systemischen Therapie Hilfestellungen für Eltern, die sich überfordert fühlen und den Wunsch haben, sich von ihren Kindern zu trennen. Es wird erläutert, wie das Bild über Familien dazu beiträgt, Druck auf die Eltern auszuüben, denn zumeist sind sie es, die für deviantes Verhalten der Kinder, wie zum Beispiel Schulabsentismus, verantwortlich gemacht werden. Die Autoren vertreten die Auffassung, dass ein solches Problemverhalten als Botschaft an die Eltern oder als Rebellion interpretiert werden kann. Viele Konflikte beruhen zudem auf eingefahrenen Vorstellungen hinsichtlich des elterlichen Aufgabenbereiches, der Interessen der Kinder oder der Funktion des Staates. Das Buch unterstützt therapierende und andere professionelle Helferinnen und Helfer bei der Arbeit mit den betroffenen Familien und veranschaulicht anhand ausführlicher Fallbeispiele die möglichen Wege der Konfliktbewältigung.

Sorge um die Kinder. Beiträge zur Geschichte von Kindheit, Kindergarten und Kinderfürsorge. Hrsg. Sabine Hering und Wolfgang Schröer. Juventa Verlag. München 2008, 232 S., EUR 24,– *DZI-D-8288*
Dieser Sammelband enthält Beiträge zur Lebenslage und Betreuung von Kindern in verschiedenen geschichtlichen Kontexten. Auf eine einleitende Darstellung der mittelalterlichen Konzeption der Kindheit folgen Erläuterungen zur öffentlichen Kleinkindererziehung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der nächste Teil des Buches befasst sich mit der Entstehung des Kindergartens und dessen Abgrenzung von schulischen Einrichtungen. Hier wird auch die Entwicklung der Fröbel-Bewegung beschrieben, die sich für eine Zusammenlegung der beiden Institutionen einsetzte. Weitere Artikel thematisieren die Sorge für Kinder und Jugendliche zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wobei unter anderem auf die Ideen der Frauenbewegung, die Kinderfürsorge in der bremischen Textilindustrie und die kommunistische Kindergruppenarbeit Bezug genommen wird. Mit Betrachtungen zur Situation von Heranwachsenden im Nationalsozialismus schließt der Band.

Demenz – mit dem Vergessen leben. Ein Ratgeber für Betroffene. Von Elisabeth Stechl und anderen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 133 S., EUR 15,90 *DZI-D-8272*
Dieser Ratgeber richtet sich an Menschen mit Demenz im Frühstadium, deren Angehörige und alle, die einen Einblick in das Wesen dieser Krankheit gewinnen möchten. Zunächst wird beschrieben, wie sich Demenz äußert, in welchen Formen sie auftritt und welche ähnlichen Krankheiten es gibt. Anschließend folgen Tipps für die Alltagsbewältigung. In kurzen Interviewausschnitten schildern Betroffene, wie sie mit den auftretenden Problemen umgehen. Die Autorinnen

zeigen Möglichkeiten auf, das Leben mit Demenz leichter zu gestalten und machen Mut, sich mit der Krankheit auseinanderzusetzen. Sie stellen verschiedene therapeutische und kirchliche Hilfeangebote vor, ergänzt durch einen Überblick über die Sozialleistungen einzelner Träger. Am Ende des Buches finden sich ein umfangreiches Verzeichnis von Beratungsstellen sowie Hinweise zur weiterführenden Literatur.

Weibliche und männliche Entwürfe des Sozialen. Wohlfahrtsgeschichte im Spiegel der Genderforschung. Hrsg. Elke Kruse und Evelyn Tegeler. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2007, 345 S., EUR 36,– *DZI-D-8283*
Diese Festschrift erschien anlässlich des 60. Geburtstags von Professorin Sabine Hering, die im Laufe ihres Berufslebens neben vielen anderen Initiativen im Jahr 1983 das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel gründete. Durch die Arbeit des Archivs ist das Lebenswerk zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Dieser Sammelband fügt diverse Beiträge zum Komplex Soziale Arbeit und Genderforschung zusammen. Sie machen in ihrer Unterschiedlichkeit anschaulich, wie vielschichtig das Thema ist. Zunächst werden historische Gesichtspunkte beleuchtet, wie die Professionsgeschichte und die Entwicklung verschiedener Organisationen und Vereinigungen. Es folgen Biographien von vier Persönlichkeiten der Sozialen Arbeit: Ilse Arlt, Victor Gollancz, Rayna Petkova, Lieselotte Pongratz. Ferner geht es um die Bedeutung von Genderaspekten in der sozialarbeiterischen Ausbildung, auch mit Bezug auf Russland und die früheren Ostblockstaaten, und um gesellschaftliche und individuelle Herausforderungen für die Soziale Arbeit. Diese werden zum Beispiel in der Schaffung einer transkulturellen Integrationsarbeit gesehen. Das Buch schließt mit Betrachtungen zum Frauenbild des sowjetischen Pädagogen Anton S. Makarenko und zur Arbeit des Archivs der deutschen Frauenbewegung.

Migration und Psyche. Aufbrüche und Erschütterungen. Hrsg. Sigrid Scheifele. Psychosozial-Verlag. Gießen 2008, 151 S., EUR 22,90 *DZI-D-8291*
Dieser Sammelband enthält die interdisziplinären Referate zweier Tagungen des Frankfurter Psychoanalytischen Instituts zum Thema „Migration und interkulturelle Psychoanalyse“. In der ersten Tagung ging es um die Auseinandersetzung mit unbewussten Phantasien, die durch die Begegnung mit dem Fremden ausgelöst werden, und um Konflikte zwischen bewussten und unbewussten Gedanken. Im Augenmerk der zweiten Tagung lag die Diskussion der migrationsbedingten Chancen und Erschütterungen. Die einzelnen Beiträge beleuchten zum Beispiel die Faszination des Fremden, Glück und Unglück in der Emigration, die transkulturelle Psychotherapie nach Marie Rose Moro und Gender-Differenzen in Migrantenfamilien. Dabei wird untersucht, welche Voraussetzungen eine interkulturelle Psychotherapie begünstigen und wie verschiedene durch Migration und Exil hervorgerufene seelische Probleme überwunden werden können.

Das Vergessen erleben. Lebensgeschichten von Menschen mit einer demenziellen Erkrankung. Hrsg. Gudrun Piechotta. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 242 S., EUR 19,80 *DZI-D-8281*

Im deutschsprachigen Raum gibt es zwar viel Literatur zum Thema Demenz, jedoch nur wenige Bücher, die von Patientinnen oder Patienten verfasst wurden. Dieser Band enthält zehn Berichte von Betroffenen, bei denen sich die Demenz im Frühstadium oder am Anfang des mittleren Stadiums befindet und die deshalb noch in der Lage sind, ihren biographischen Hintergrund, ihre Lebenslage und Symptome der Erkrankung zu schildern. Die einzelnen Darstellungen beruhen auf Gesprächen und enthalten jeweils eine Vorbemerkung und einen Nachtrag. Im Anhang werden Adressen von Beratungsstellen und Gedächtnissprechstunden genannt. Die Autorin möchte mit dieser Publikation bei der Auseinandersetzung mit auftretenden Problemen helfen und vermittelt einen differenzierten Einblick in die Lebensrealität der erkrankten Menschen.

Probleme des Alterns. Fortschritte der Psychotherapie. Von Simon Forstmeier und Andreas Maercker. Hogrefe Verlag. Göttingen 2008, 110 S., EUR 19,95 *DZI-D-8295* Der Mangel an psychologischem Wissen über alterstypische Störungen sowie deren Behandlung mag ein Grund für die Unterrepräsentation älterer Menschen in psychotherapeutischen Praxen sein. Diesem Missstand möchte das vorliegende Buch Abhilfe schaffen. Die psychischen Herausforderungen des Alternsprozesses werden in einen Zusammenhang mit den jeweiligen physischen, kognitiven und sozialen Veränderungen gesetzt, um dann verschiedene Interventionsmöglichkeiten vorzustellen, wie zum Beispiel Selbstständigkeitsinterventionen, Psychotherapie, Interventionen beim Übergang ins Seniorenheim und Lebensrückblicksinterventionen. Zudem werden Hinweise zu entsprechenden Modifikationen in der Behandlung von Phänomenen wie Insomnie, Depression, Angststörungen und Trauer gegeben. Das Buch enthält praxisnahe Erläuterungen und bietet Therapierenden eine Fülle von Anleitungen zum Umgang mit den seelischen Problemen alternder Menschen.

Orte zum Leben – Orte zum Sterben. Palliative Care in Organisationen umsetzen. Von Katharina Heimerl. Lambertus-Verlag. Freiburg im Breisgau 2008, 64 S., EUR 9,– *DZI-D-8300*

Dieses Buch befasst sich mit der Umsetzung der Hospizidee in den einzelnen Institutionen des Gesundheitssystems wie Krankenhäusern, Altenpflegeheimen und ambulanten Pflegediensten. Zunächst werden gängige Vorstellungen vom Sterben in der heutigen Zeit betrachtet. Anschließend geht es um die Geschichte der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von Cicely Saunders und Elisabeth Kübler-Ross ins Leben gerufenen Hospizbewegung, die sich vom englischsprachigen Raum ausgehend inzwischen zu einer globalen Bewegung ausgeweitet hat. Die Autorin beschreibt verschiedene Voraussetzungen für das Gelingen von Palliative-Care-Prozessen, wie zum Beispiel Betroffenenorientierung, interdisziplinäre Zusammenarbeit und Projektmanagement, und erklärt, wie die jeweiligen Innovationen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens verwirklicht werden können.

Gewalt gegen Pflegekräfte. Problematische Situationen erkennen und lösen. Von Birgit Panke-Kochinke. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 103 S., EUR 14,90 *DZI-D-8280*

Pflegende werden in ihrem Berufsalltag nicht selten Opfer von Aggression und Gewalt. Meist sind sie der Situation gewachsen, denn sie verfügen über ein eingeübtes Repertoire an möglichen Reaktionsweisen. In manchen Fällen jedoch helfen die gelernten Techniken und Strategien nicht weiter und es kommt zu körperlichen oder seelischen Verletzungen. Aus diesem Anlass beschäftigt sich die Autorin mit dem Thema der Gewalt im Kontext der Pflege. Anhand einer auf Einzelinterviews und Gruppendiskussionen beruhenden empirischen Untersuchung entwickelt sie eine Reihe von Handlungsmustern für eine fallspezifische Prävention und Intervention, wobei verschiedene Rollenverteilungen, Konfliktfelder und Lösungswege dargestellt werden. Die Pflegenden, ihre Leitungen und Teams erhalten so einen praxisnahen Überblick über die vielfältigen Wege der Deeskalation.

Wer sich nicht bindet, trauert nicht. Der Tod und das Leben der Trauernden danach. Von Andreas Häfke. Tectum Verlag. Marburg 2008, 109 S., EUR 24,90 *DZI-D-8314* Der Autor setzt sich mit der Frage auseinander, warum manche Menschen bei einem Todesfall einer nahestehenden Person mehr trauern als andere. Er beschreibt zunächst den gesellschaftlichen Umgang mit den Themen Sterben, Tod und Trauer und deren Verdrängung aus dem öffentlichen Bewusstsein. Anschließend betrachtet er die Funktion und Entstehung von Bindungen, wobei er einen Zusammenhang zwischen frühkindlichen Erfahrungen und Bindungsverhalten herstellt. Ausgehend vom Prozess der Bindung werden verschiedene Formen von Trauer als Reaktion auf Trennungen dargestellt: die „normale Trauer“, die pathologische Trauer, die Trauerarbeit und Traueraufgaben, die Bewältigung von Trauer sowie Verhaltens- und Erlebnisweisen trauernder Menschen. Das Buch schließt mit einer empirischen Untersuchung zum Zusammenhang von Bindungsqualität und Trauerverlauf.

Die Hilfen zur Erziehung. Anforderungen, Trends und Perspektiven. Von Jan Ritzmann und Katrin Wachtler. Tectum Verlag. Marburg 2008, 239 S., EUR 24,90 *DZI-D-8316*

Dieses Buch gibt eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation der Kinder- und Jugendhilfe in Form der Hilfen zur Erziehung. Zu Beginn werden die rechtlichen Grundlagen, die Aufgaben und die Organisation der Jugendhilfe dargestellt. Die weitere Untersuchung beschäftigt sich mit dem Einfluss sozialstruktureller Bedingungen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Armut und Migration, auf den Hilfebedarf. Thematisiert werden zudem die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und der Einzug betriebswirtschaftlicher Denk- und Verfahrensweisen in die kommunale Verwaltung. Auf eine Betrachtung der Herausforderungen und Wirkungen der Jugendhilfe folgt abschließend ein Überblick über neue Trends und Perspektiven, wobei der Schwerpunkt auf die Annäherung der Institutionen Schule und Jugendhilfe gelegt wird.

Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Hrsg. Ernst-Ulrich Huster und andere. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, 623 S., EUR 49,90 *DZI-D-8325* Die Beiträge dieses Werkes beschreiben die wichtigsten Ergebnisse der Armutsforschung, beziehen neue Aspekte mit ein und verbinden nicht nur sozialstaatliche und so-

zialpädagogische Fragestellungen, sondern auch die Ideengeschichte und das breite Feld der Geisteswissenschaften miteinander. Zu Beginn werden verschiedene theoretische Ansätze reflektiert, wie zum Beispiel soziologische, sozialpolitische und sozioethische Konzepte sozialer Ungleichheit, wirtschaftsliberale Positionen und das Modell einer dynamischen Armutsforschung. Darauf folgt eine Darstellung der historischen Entwicklung von Armut im abendländischen Kulturkreis. Ein weiterer Teil des Buches beschäftigt sich mit gesellschaftlichen Prozessen, individuellen Lebenslagen und unterschiedlichen Erscheinungsformen von Armut und Ausgrenzung, wobei vor allem Zusammenhänge mit Faktoren wie Bildung, Geschlecht, Gesundheit, Migration und sozialräumliche Segregation untersucht werden. Das Buch schließt mit einem Kapitel über Strategien zur Armutsbewältigung.

Was tun SozialpädagogInnen und was glauben sie, was sie tun? Professionalisierung im Heimalltag. Zweite Auflage. Von Annegret Wigger. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2007, 142 S., EUR 14,90 *DZI-D-8326* Diese Studie umreißt detailliert das Profil der sozialpädagogischen Arbeit im Heimbereich. Ausgangspunkt der empirischen Untersuchung sind Beobachtungen von und Interviews mit sechs Sozialpädagoginnen und -pädagogen in drei verschiedenen Einrichtungen in der Schweiz: einem Dauerwohnheim für schwerbehinderte Erwachsene, einem Kindersonderschulheim und einer geschlossenen Jugendwohngruppe. Die Beschreibung bezieht sich auf verschiedene Lebensbereiche, wie den Berufsalltag, die zentralen Kooperationsformen, den Umgang mit eigenen und fremden Gefühlen, das Rollenverständnis und die Erlebnisqualität. Als zentraler Gegenstand der Tätigkeit wird die Inszenierung stellvertretender Lebensräume genannt in dem Sinne, dass die ursprünglichen Lebensräume durch möglichst angemessene Alternativen ersetzt werden müssen. Das Buch bietet eine umfassende und konkrete Definition der sozialpädagogischen Tätigkeit und wendet sich an alle, die sich für das dargestellte Berufsbild interessieren.

Soziale Kompetenz bei Menschen mit geistiger Behinderung. Von Dörte Fiedler. Verlag Julius Klinkhardt. Bad Heilbrunn 2007, 144 S., EUR 26,– *DZI-D-8331* Diese Dissertation befasst sich mit der Vermittlung sozialer Kompetenz an Menschen mit geistiger Behinderung. Nach einer Klärung der Begriffe „soziale Kompetenz“ und „geistige Behinderung“ werden verschiedene Trainingsprogramme zum Aufbau sozialer Fertigkeiten vorgestellt, die jedoch vornehmlich für nicht behinderte Menschen konzipiert sind. Anschließend erarbeitet die Autorin ein eigenständiges Konzept zur Förderung der sozialen Kompetenz bei erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung und überprüft anhand einer 18-monatigen Interventionsstudie dessen Anwendbarkeit im Rahmen einer projektorientierten, theaterpädagogischen Arbeit. Die Ergebnisse erlauben den Schluss, dass Menschen mit geistiger Behinderung durchaus in der Lage sind, ihre soziale Kompetenz weiterzuentwickeln, und dass es sinnvoll ist, sie mit entsprechenden Maßnahmen dabei zu unterstützen.

INTEGRA – Gute Arbeit und gute Pflege für demenzkranke alte Menschen. Ergebnisse und Perspektiven eines Modellprojekts. Hrsg. Paul Fuchs-Frohnhofen und

andere. Tectum Verlag. Marburg 2008, 240 S., EUR 24,90 *DZI-D-8315*

In diesem Sammelband werden die Ergebnisse des Modellprojekts Integra vorgestellt und in den Rahmen aktueller Entwicklungen und Erkenntnisse zum Thema „Gute Arbeit und gute Pflege für demenzkranke alte Menschen“ eingebunden. Integra ist ein Kunstname und bedeutet „Integrierte Weiterbildung, Personal- und Organisationsentwicklung in stationären Einrichtungen der Altenpflege unter besonderer Berücksichtigung der Betreuung gerontopsychiatrisch Erkrankter“. Die einzelnen Artikel geben einen aktuellen Einblick in die inhaltliche Arbeit von Integra und in die Qualitätsentwicklung der Versorgung von Menschen mit Demenz in stationären Einrichtungen. Dabei stellen sie einen im Rahmen des Projekts neu entwickelten Qualitätsmanagementansatz in Form des „Integra-Demenz-Labels“ vor, der die besonderen Anforderungen an die Pflege demenziell veränderter Menschen in den Vordergrund stellt. Verschiedene Beiträge der beteiligten Einrichtungen zeigen Entwicklungspotenziale wie auch Problemlagen aus der Praxis auf – sowohl bezogen auf die „gute Pflege“ als auch bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheit und Zufriedenheit der Mitarbeitenden in der Demenzversorgung.

Älter werden, Neues wagen. Zwölf Porträts. Von Ulrike Herrmann und Martina Wittneben. edition Körber-Stiftung. Hamburg 2008, 293 S., EUR 14,– *DZI-D-8330* Dieses Buch präsentiert zwölf Porträts von Menschen im Alter zwischen knapp 60 und 80 Jahren, die noch einmal neue Projekte angehen, indem sie zum Beispiel ein Unternehmen gründen, sich für ihre Mitmenschen engagieren, ein politisches Mandat übernehmen oder ihr künstlerisches Talent entdecken. Unabhängig von den Zwängen des Arbeitslebens und oft auch von familiärer Verantwortung befreit können sie es wagen, ihre Kreativität zu entfalten und Träume zu verwirklichen. Zwar haben sich in den letzten Jahrzehnten die Lebenswirklichkeit älterer Menschen und die Erwartungen an das Alter grundlegend gewandelt, doch fehlen weiterhin neue Rollenkonzepte. Noch immer prägen abgenutzte Stereotypen das Bild der Generation. Die Autorinnen setzten sich mit dieser Veröffentlichung das Ziel, die herkömmlichen Klischees zu hinterfragen und aufzuzeigen, wie sich ein erfülltes Leben im Alter gestalten lässt.

Zwang in der Heimerziehung. Chancen und Risiken. Von Mathias Schwabe. Ernst Reinhardt Verlag. München 2008, 208 S., EUR 24,90 *DZI-D-8317* Dieses Buch befasst sich mit verschiedenen Formen von Zwang in der Heimerziehung und der Frage nach deren Legitimität und Legalität. Insbesondere werden die Ergebnisse eines Praxisforschungsprojekts vorgestellt, das in den Jahren 2004 bis 2006 von drei diakonischen Einrichtungen durchgeführt und vom Autor und seinem Team des Institutes für Innovation und Beratung an der Evangelischen Fachhochschule Berlin wissenschaftlich begleitet wurde. Ausgehend vom Bereich der Familienerziehung, in dem Zwang in bestimmten Situationen gerechtfertigt sei, werden verschiedene Zwangselemente im Heimkontext untersucht, wie zum Beispiel die Freiheitsbeschränkung durch Einschließen, die Fixierung und die Verhaltenskontrolle durch Punktesysteme. Ein Kapitel des Buches be-

schreibt die in vielen Heimen übliche Bestrafungspraxis der Isolierung in Auszeiträumen. In Interviews zum Thema der Zwangsausübung in den Heimen kommen betroffene Kinder und Jugendliche auch selbst zu Wort. Das Buch schließt mit einem Überblick über die entsprechenden Rechtsnormen und einer Darstellung der vom Fachverband Evangelische Erziehungshilfe in Westfalen ausgearbeiteten Leitlinien zur Anwendung von Zwang in Einrichtungen der Erziehungshilfe.

Einführung in Mediation. Von Joseph Duss-von Werdt. Carl-Auer Verlag. Heidelberg 2008, 116 S., EUR 12,95
DZI-D-8328

In diesem Buch wird die Methode der Mediation und deren Anwendungsmöglichkeiten in der Praxis beschrieben. Es beginnt mit einer Erklärung der wichtigsten Begriffe, des geschichtlichen Hintergrunds sowie charakteristischer Eigenschaften der gewählten systemischen Perspektive. Anhand eines triadischen Modells werden die Grundstruktur des Mediationssystems und dessen einzelne Rollen und Elemente veranschaulicht, um anschließend acht aufeinanderfolgende Phasen des Vermittlungsprozesses vorzustellen. Der Autor bezeichnet die Mediation als fokussierte Kommunikation, die sich auf die zu bearbeitenden Probleme oder Konflikte beschränken müsse. Er beleuchtet auch die spezifische Rolle der Vermittelnden und die Positionierung von Mediation im Kontext von Demokratie und freier Marktwirtschaft. Das Buch schließt mit Betrachtungen zur Bedeutung von Ethos und Ethik für das entsprechende Berufsfeld.

Implementierung und Weiterentwicklung der Psychosozialen Notfallversorgung. Konzepte und Erfahrungswerte. Hrsg. Martina Trummer und Maren Helm. Verlag für Polizeiwissenschaft. Frankfurt 2008, 215 S., EUR 16,90
DZI-D-8329

Dieser Sammelband versteht sich als Beitrag zur kritischen Reflexion der Psychologischen Notfallversorgung in Deutschland. Er enthält mehrere Aufsätze zum Thema Krisenintervention und psychosoziale Betreuung. Der Schwerpunkt liegt auf der Beschreibung relevanter Bereiche, wie zum Beispiel Katastrophenschutz, Feuerwehr, Polizei, Seeschifffahrt und Luftfahrt. Nach einer Vorstellung einzelner Ansätze von Betreuungskonzepten der Psychosozialen Notfallversorgung werden verschiedene Möglichkeiten der Stressbewältigung aufgezeigt. Abschließend folgen Berichte aus der Praxis der Krisenintervention. Das Buch wendet sich an Fachleute der Psychologie, Pädagogik und Polizei, der Feuerwehr und des Rettungswesens sowie an alle weiteren Personen, die sich für die diskutierten Fragen interessieren.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland)
Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606